



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

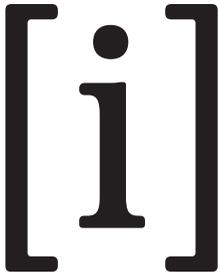
Von Alltagsheldinnen und Lokalexpertinnen

Kommunalpolitikerinnen im Porträt



Von Alltagsheldinnen und Lokalexpertinnen

Kommunalpolitikerinnen im Porträt



Inhalt

5 Vorwort
Bundesministerin Ursula von der Leyen

9 Einführung
Helga Lukoschat

Porträts

20 Antoinette Göggerle
Über die Qualität des Lebens

36 Jessica Jennrich
Vorhang auf für die Kommune!

54 Barbara Rinke
Im Mittelpunkt steht der Mensch

74 Susanne Linhart
Die Kunst des Netzwerkens

90 Petra Wermke
Machen statt Jammern!

106 Kathrin Dollinger-Knuth
Biete Wälder, Wiesen, Seen. Suche Investoren.

120 Karin Schrader
Energie – nicht nur für Frauen

136 Angela Dorn
Das Lokale ist global

152 Patricia Peill
Von Projekten, Visionen und atmenden Systemen

Informationen

169 Kommunalpolitisches Glossar

179 Ansprechpartner

182 Literaturtipps

184 Quellenverzeichnis

186 Autorinnen, Fotograf und Gestaltung

Vorwort

Mit der Kampagne ‚FRAUEN MACHT KOMMUNE‘ möchte ich Frauen ermutigen, sich in die Politik, vor allem in die Kommunalpolitik, einzumischen und sie ermuntern, eine wichtige Rolle bei der Gestaltung unserer Gesellschaft und ihres persönlichen Lebensumfeldes zu übernehmen. So haben wir das passive Wahlrecht von Frauen – das Recht gewählt zu werden – in den



Mittelpunkt der wichtigen gleichstellungspolitischen Jubiläen in den Jahren 2008 zu ‚90 Jahre Frauenwahlrecht‘ und 2009 ‚Einheit und Freiheit – 60 Jahre Grundgesetz und 20 Jahre friedliche Revolution‘ gestellt.

Beim passiven Wahlrecht startete Deutschland 1919 mit einem großen Erfolg: 37 Frauen wurden Abgeordnete der Verfassunggebenden Nationalversammlung. Helene Weber, später eine der Mütter des Grundgesetzes, war ebenso unter ihnen wie Marie Juchacz, Hedwig Dransfeld, Agnes Neuhaus und Marie Elisabeth Lüders. Die Verfassunggebende Nationalversammlung der Weimarer Republik war mit so vielen Frauen einmalig in der Welt.

Wie sieht es nun heute mit dem – von unseren Großmüttern und Urgroßmüttern hart erkämpften – politischen Erbe aus?

Deutschland liegt heute mit einem Frauenanteil von 32 Prozent im Deutschen Bundestag zwar über dem europäischen Durchschnitt von 23 Prozent. Mit einer Bundeskanzlerin und 5 Ministerinnen unter 10 Ministern steht Deutschland auf Bundesebene

ebenfalls sehr gut da und auch auf Landesebene sind Frauen in den Parlamenten und Landesregierungen angemessen vertreten.

Diese positive Bilanz lässt sich allerdings auf kommunaler Ebene nicht ziehen. Eine aktuelle Studie ‚Beruf Bürgermeister/in‘ zeigt, dass nur ca. 5 Prozent der haupt- und ehrenamtlichen Bürgermeister in Kommunen über 2.000 Einwohnern weiblich sind. Als Gründe der Unterrepräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik nennen 74 Prozent aller befragten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister die (Nicht)Vereinbarkeit von Amt bzw. Mandat und Familie. Für gut die Hälfte aller Befragten sind die männerdominierten Machtstrukturen in der Politik ein wichtiger Grund.

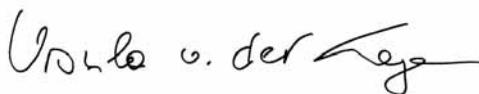
Wir leben heute in einer Gesellschaft, die vor großen demografischen Herausforderungen steht. Um diesen zu begegnen, müssen die gesellschaftlichen Potenziale und Ressourcen in Zukunft besser genutzt, Partizipation und Bürgerverantwortung gestärkt werden. Dies gilt für Frauen in gleicher Weise wie für Männer.

Ehrenamtliches oder zivilgesellschaftliches Engagement im sozialen oder kulturellen Bereich, in Kirchen, Sportverbänden oder ökologischen Initiativen steht in vielfältigen Bezügen zum kommunalpolitischen Engagement. Einerseits bildet es vielfach das „Sprungbrett“ in die Politik; andererseits ist und bleibt Kommunalpolitik wichtig, um Anliegen, Themen und Interessen bürgerschaftlich Engagierter tatsächlich umzusetzen.

Vor diesem Hintergrund spielen die (auf kommunaler Ebene tätigen) zivilgesellschaftlichen Organisationen eine zentrale Rolle im Rahmen der Kampagne ‚FRAUEN MACHT KOMMUNE‘. Sie verfügen über ein breites Reservoir an engagierten Frauen, die potenziell an der politischen Gestaltung des Gemeinwesens interessiert sein könnten. Indem sie Frauen aus ihren eigenen Reihen

zur Mitarbeit in kommunalpolitischen Gremien ermutigen, sind Vereine, Verbände und Bürgerstiftungen wichtige Partner unserer Kampagne für mehr Frauen in der (Kommunal)Politik.

Für sie und für alle Frauen, die sich für ein politisches Engagement gewinnen lassen, enthält diese Broschüre Mut machende Beispiele.

A handwritten signature in black ink, reading "Ursula v. der Leyen". The signature is written in a cursive, flowing style with a long horizontal stroke at the end.

Ursula von der Leyen
Bundesministerin für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend

Von Alltagsheldinnen und Lokalexpertinnen

Eine Einführung

Warum erscheint aus Anlass des 90-jährigen Jubiläums des Frauenwahlrechts eine Broschüre mit Porträts über Frauen in der Kommunalpolitik? Sind die Bundespolitikerinnen, die Ministerinnen und Parteivorsitzenden, nicht sehr viel interessanter und spannender? Und ist es überhaupt noch nötig, das Thema Frauen in der Politik aufzugreifen, ist es nicht längst eine Selbstverständlichkeit?

Sicher, 90 Jahre, nach dem Frauen das aktive und passive Wahlrecht errungen haben, 60 Jahre nach Verankerung des Gleichberechtigungsgebots von Frauen und Männern im Artikel 3 des Grundgesetzes, ist es, auch in unserem Land, in der Tat selbstverständlicher geworden, dass Frauen Politik machen. Zum ersten Mal wird Deutschland von einer Kanzlerin regiert. Politikerinnen sind in den Parlamenten von Bund und Ländern endlich keine Ausnahmeerscheinungen mehr: Rund 30 Prozent der Parlamentarierinnen sind Frauen. Und große Städte wie Frankfurt oder Bonn werden von Oberbürgermeisterinnen geführt, die weit über ihre Stadt hinaus einen Namen haben.

Doch diese in Medien und Öffentlichkeit so sichtbaren und erfolgreichen Frauen lassen bisweilen in den Hintergrund geraten, dass im politischen Alltag nach wie vor vieles zu tun bleibt und bei weitem nicht alles im Lot ist. Denn gerade in den Kommunalparlamenten, dort, wo die Demokratie ihre Basis hat, wo das Lebensumfeld der Menschen ganz unmittelbar betroffen ist und wo Frauen in besonderem Maße ihre Erfahrungen, Sichtweisen

und Kompetenzen einbringen könnten, beträgt ihr Anteil im Durchschnitt lediglich 25 Prozent. Doch auch diese Zahl gibt die Realität nur eingeschränkt wieder: Während in den Großstädten 30 und 40 Prozent-Anteile zu verzeichnen sind, nehmen die Zahlen kontinuierlich ab, je kleiner die Stadt wird und je ländlicher die Region. Noch immer gibt es in Deutschland Stadt- und Gemeinderäte, in denen keine einzige Frau vertreten ist. Die 313 deutschen Landkreise werden derzeit zu mehr als 90 Prozent von Männern regiert. Und bei den hauptamtlichen Bürgermeisterinnen liegt der Anteil der Frauen sogar nur bei vier Prozent. Dies entspricht in etwa dem Anteil von Frauen in den Topetagen der großen DAX-Unternehmen. Während aber über diese Tatsache seit Jahren heftig diskutiert wird und die Unternehmen sich zunehmend unter Rechtfertigungsdruck sehen, herrscht im kommunalpolitischen Bereich eher Stillschweigen.

Auch wird öffentlich kaum diskutiert, dass nach den Aufbruchzeiten der 80er Jahre, wo mit Einführung von Quotenregelungen erstmals die Zehn-Prozent-Hürde in Bund, Land und Kommunen überschritten wurde, sich die Anteile auf dem genannten Niveau von 25 bis 30 Prozent eingependelt haben. Seit fast einem Jahrzehnt stagnieren die Zahlen. Aber diese Drittelrepräsentanz ist – wie vor allem die skandinavischen Staaten zeigen – durchaus kein Naturgesetz, sondern lässt sich deutlich steigern. Dies kann jedoch nur Hand in Hand mit gesellschaftlichen Prozessen und strukturellen Veränderungen gehen, die insgesamt die Gleichstellung von Frauen und Männern voranbringen.

Auf die Dauer kann ein demokratisches Gemeinwesen sich nicht damit zufrieden geben, dass die Hälfte der Bevölkerung politisch nicht angemessen repräsentiert ist. Und es kann es sich nicht leisten, dass einem zentralen Bereich von gesellschaftlicher Gestaltungsmacht wichtige Potenziale verloren gehen. Frauen sind nicht per se die besseren Politiker: Doch aufgrund ihrer Orientierung auf mehrere Lebensbereiche – Beruf, Privatleben, Ehren-

amt, Politik – können sie ein bereicherndes Innovationspotenzial in die Politik einbringen, wie es Ulrike Hauffe, die Gleichstellungsbeauftragte des Landes Bremen, zutreffend dargelegt hat.

Innovationspotenziale

Gerade in der Kommunalpolitik ist es wichtig, dass mehrere Sichtweisen zusammen kommen und miteinander ein produktives Ganzes bilden. Sie ist ein viel zu wichtiges Feld, um es einer bestimmten Berufs- oder Altersgruppe oder überwiegend einem Geschlecht, in diesem Fall den Männern, zu überlassen. Kommunalpolitik betrifft die Menschen in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld und prägt ihre Lebensqualität: in der Ausgestaltung der Nahverkehrssysteme oder der Kindertageseinrichtungen ebenso wie in Fragen der nachhaltigen Energieversorgung oder der Gewerbeansiedlung. „Gerade in den heutigen Zeiten des demografischen Wandels, wo die Attraktivität der Städte für Familien, die Seniorenfreundlichkeit, die Integrationsfragen und die Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur eine zentrale Rolle spielen, fällt es engagierten Frauen im Allgemeinen leichter, wichtige Aspekte, Kontextfaktoren, Hindernisse oder Chancen zu erkennen, die Männern manchmal abgehen“, schreibt Andreas Osner in einem Artikel über kommunalpolitische Schlüsselkompetenzen. Er erläutert, dass das heutige Manko des kommunalpolitischen Personals in der Bundesrepublik nicht so sehr in der Einseitigkeit der vertretenen Berufe liegt, sondern in einem viel zu geringen Frauenanteil.

Vor allem für die Kommunalpolitik also gilt es, neuen Schwung in die Debatte zu bringen und sich zu fragen, was getan werden kann, um mehr Frauen zu gewinnen. Dabei sind in erster Linie die Parteien gefragt. Aber auch die zivilgesellschaftlichen Organisationen wie Verbände, Vereine oder Initiativen könnten eine wichtige Rolle spielen, um Frauen auf dem Weg in das kommunalpolitische Engagement zu unterstützen. Denn Frauen

sind im Sportverein oder der Kirchengemeinde ebenso aktiv und engagiert wie Männer. Doch fehlen sie vielfach in den Entscheidungs- und Führungspositionen und in der politischen Interessensvertretung ihrer Organisationen.

Lohnenswertes Engagement

Mit unserer Broschüre und ihren oft sehr persönlich gehaltenen Porträts wollen wir Frauen ermutigen, den Schritt in die Politik zu wagen. Sehr eindrücklich schildern die Politikerinnen, warum es sich lohnt, kommunalpolitisch aktiv zu werden: Das Engagement für die Kommune oder zunächst oft nur für ein Thema oder Anliegen, das einem besonders am Herzen liegt, erweitert am Ende auch den eigenen Horizont; es werden neue Kontakte und Netzwerke geknüpft und nicht zuletzt Kompetenzen erworben, die sowohl für den beruflichen Werdegang als auch für die persönliche Weiterentwicklung wichtig sind.

Sicher ist die Kommune nicht die große Bühne, es werden oft sehr alltägliche Dinge verhandelt. Man braucht Ausdauer und die Fähigkeit, mit den häufig kleinteiligen Verwaltungsverfahren und Abstimmungsprozessen umzugehen und sich nicht entmutigen zu lassen, wenn vieles langsamer geht als erwartet. Dafür wird man aber auch mit konkreten, sichtbaren Erfolgen belohnt, wie sie in der großen Politik in dieser Eindeutigkeit kaum zu finden sind: Da wird der sichere Radweg für die Schulkinder gebaut, eine Fachhochschule in der Stadt angesiedelt, der erste Ganztagskindergarten in der Gemeinde eröffnet, ein Jugendbeirat eingerichtet, ein ausgeglichener Haushalt für den Landkreis erreicht oder ein „Beginenhof“ – eine Wohnanlage für allein stehende Frauen – auf den Weg gebracht. All dies sind Beispiele aus dem Wirken der hier vorgestellten Frauen.

Mit der Broschüre wollen wir Vorbehalten und Vorurteilen entgegenwirken, ohne zu verschweigen, wo Schwierigkeiten

und Hürden liegen. Kommunalpolitische Aktivitäten sind häufig ein anstrengendes, mit Sicherheit ein zeitraubendes Geschäft. Kommunalpolitik ist keine friedliche Idylle, auch hier geht es um divergierende gesellschaftliche Interessen. Es gibt den Wettbewerb unterschiedlicher politischer Konzepte; und es gibt Konflikte meist politischer, manchmal auch persönlicher Natur. Das allzu Menschliche ist auch und gerade in der Kommunalpolitik nicht fern; bisweilen wirkt diese wie ein Mikrokosmos, wie ein kleines Welttheater. Humor und Gelassenheit helfen in der Regel.

Barrieren

Warum der Schritt ins unmittelbare politische Engagement soviel seltener von Frauen als von Männern gemacht wird, dazu haben Studien zur politischen Partizipation von Frauen vor allem drei Faktoren herausgearbeitet. An erster Stelle steht der Mangel an Zeit. Wer berufliche Tätigkeit und Familie miteinander vereinbaren will, steht schon damit oft genug vor einem herausfordernden Spagat. Zwischen fünf und 20 Stunden pro Woche sind zusätzlich für ein kommunalpolitisches Ehrenamt zu veranschlagen: für die Sitzungen von Gemeinde- bzw. Stadtrat, für Ausschuss- und Fraktionsitzungen, für Treffen mit der Orts- oder Bezirksgruppe der jeweiligen Partei oder Wählergemeinschaft sowie für den Besuch von Veranstaltungen. Wer ein herausgehobenes Amt wie zum Beispiel den Fraktionsvorsitz oder das Amt der stellvertretenden Bürgermeisterin übernimmt, muss mit 20 bis 30 Stunden pro Woche rechnen.

Ohne dass Partner und Familie „mitspielen“ und das Engagement aktiv unterstützen, lässt sich das kaum bewerkstelligen. An diesem Punkt zeigt sich ein sehr weit reichender Handlungsbedarf, der nicht zuletzt auf gesellschaftliche Strukturen verweist. Erst wenn sich die Aufgabenteilung zwischen Frauen und Männern umfassender ändert, wenn mehr Männer bereit sind,

Familienaufgaben zu übernehmen, und Frauen und Männer lernen, Partnerschaftlichkeit in *allen* Lebensbereichen zu praktizieren, und erst wenn Politik und Wirtschaft diesen Prozess aktiv unterstützen, wird sich eine neue Balance zwischen Frauen und Männern und zwischen Beruf, Familie und eben auch politischem bzw. ehrenamtlichem Engagement erreichen lassen.

Herausforderungen für die Parteien

Das zweite Faktorenbündel ist mit der in Deutschland immer noch stark männlich geprägten politischen Kultur verbunden. Nur zögerlich stellen sich Parteien und politische Institutionen den Herausforderungen, die sich aus komplexeren Erwerbsbiografien und vielfältigeren Lebensentwürfen von Frauen und Männern ergeben. Hier sind vor allem die Parteien selbst gefragt, neue Formen zu finden, „niedrigschwellige“ Angebote zu machen und zum Beispiel zeitweiliges und/oder themenbezogenes Engagement zu ermöglichen. Kommunalpolitik funktioniert vielfach parteiübergreifend und die Parteienlogik spielt – vor allem in kleineren Städten und Gemeinden – nicht die gleiche Rolle wie auf Landes- oder gar Bundesebene. Dennoch sind die politischen Parteien die zentralen Akteure vor Ort, vor allem für diejenigen Bürgerinnen und Bürger, die sich längerfristig engagieren wollen. Weil alle Parteien von Mitgliederschwund und Nachwuchsmangel betroffen sind, werden sie sich noch stärker als bisher fragen müssen, wie sie für neue Mitglieder attraktiver werden.

Werden die Parteien es schaffen, wie es die von uns porträtierte Patricia Peill, Gemeinderätin aus Nörvenich in Nordrhein-Westfalen, so treffend beschreibt, zu „atmenden Systemen“ zu werden, die den Bedürfnissen, Interessen und zeitlichen Optionen ihrer jeweiligen Zielgruppen sehr viel besser gerecht werden könnten?

Schließlich sind als dritter Faktor noch die Frauen selbst zu nennen: Obwohl vielfach ehrenamtlich engagiert und aktiv, trauen sich vor allem ältere Frauen den Schritt in die Kommunalpolitik nicht immer zu, fehlt es ihnen an Selbstvertrauen wie an konkreter Unterstützung und Ermutigung, fürchten sie, den Anforderungen nicht gerecht zu werden.

Kompetenzen erwerben

Mit den Porträts wollen wir zum einen zeigen, dass die Hürden nicht unüberwindlich sind. Gesunder Menschenverstand, Organisationstalent und Zeitmanagement reichen, zumindest für den Einstieg, vollkommen aus. Zum größten Teil haben sich die Frauen selbst eingearbeitet, manche haben die Fortbildungsangebote der kommunalpolitischen Vereinigungen ihrer Parteien oder der politischen Stiftungen genutzt. Zum anderen wollen wir aber auch die zivilgesellschaftlichen Organisationen anregen, sich des Reservoirs an engagierten Frauen in ihren eigenen Reihen bewusster zu werden, sie gezielter zu fördern und zum politischen Engagement zu ermutigen. Denn jeder Verein oder Verband profitiert davon, wenn seine Interessen vor Ort in der kommunalen Politik von kompetenten Frauen vertreten werden. Nicht zuletzt dient es der eigenen Imagepflege und Mitgliederwerbung. Es verbessert mit Sicherheit die Attraktivität vor allem für die umworbene Zielgruppe der jüngeren Frauen, wenn diese erfahren, dass sie gefördert werden, dass sie nicht nur als fleißige Helferinnen im Hintergrund, sondern auch in herausgehobenen Positionen und in der politischen Interessensvertretung gefragt sind. Es gilt, noch viel deutlicher zu machen, dass Kompetenzen, die mit politischem Engagement erworben oder ausgebaut werden, für den persönlichen wie beruflichen Werdegang nützlich sein können: Sitzungen zu leiten, Themen zu strukturieren, Entscheidungen zu treffen, den Umgang mit Menschen zu lernen, die andere Ansichten haben – all das sind personale und soziale Kompetenzen, die auch in der Arbeitswelt hohen Wert besitzen.

Mit dieser Broschüre legen wir den Schwerpunkt nicht auf die Diskussion politischer oder gesellschaftlicher Handlungsstrategien – hierzu wird zu einem späteren Zeitpunkt eine stärker wissenschaftlich angelegte Publikation erscheinen, die sich auf umfangreiches empirisches Datenmaterial stützen wird. Im Anhang finden sich jedoch ein Glossar zu wichtigen kommunalpolitischen Begriffen und Funktionen sowie Listen mit wichtigen Institutionen und Ansprechpartnern sowie weiterführender Literatur zu kommunalpolitischem Engagement.

Exemplarische Biografien

12.242 Gemeinden, 116 kreisfreie Städte und 313 Landkreise gibt es derzeit in Deutschland. Wenn man Frauen aus der Kommunalpolitik vorstellen will, liegt es auf der Hand, dass die Auswahl nicht repräsentativ sein kann. Dennoch haben wir uns bemüht, möglichst exemplarische und zugleich möglichst unterschiedliche Frauen vorzustellen, um sowohl die Bandbreite der Themen als auch der Biografien abzubilden.

Wir haben Frauen aus den großen Flächenstaaten und aus kleineren Bundesländern porträtiert; es sind Kommunalpolitikerinnen aus dem Osten und Westen Deutschlands sowie eine Bezirkspolitikerin aus dem Stadtstaat Berlin; es geht um prosperierende Kleinstädte ebenso wie um problematische Großstadtbezirke. Bei der Auswahl der Parteien haben wir uns an den Fraktionen des Deutschen Bundestags orientiert sowie beispielhaft für andere Gruppierungen die Freien Wählergemeinschaften einbezogen, die vor allem in Süddeutschland eine bedeutsame Rolle spielen. Wir haben bewusst nach jüngeren und älteren Frauen mit unterschiedlichen Biografien gesucht. Es gibt die Gemeinderätin aus dem Bodenseekreis mit einer „klassischen“ Frauenbiografie, die erst, nachdem die Kinder aus dem Haus waren, in die Kommunalpolitik eingestiegen ist, dann aber umso erfolgreicher und ausdauernder. Es wird die nach der Wende ar-

beitslose Ingenieurin aus Ostberlin porträtiert, die einfach nicht zu Hause sitzen und jammern wollte und heute sowohl einen anspruchsvollen Beruf als auch ein kommunalpolitisches Ehrenamt miteinander verbindet und zwei Söhne groß gezogen hat. Es ist die junge Politaktivistin aus der Universitätsstadt dabei, die sich bereits als Studentin entschloss, aktiv zu werden, und die im Lokalen ihre globalen Ziele nicht aus dem Auge verliert und umgekehrt. Es gibt die weltläufige, erfolgreiche Unternehmensberaterin, die zur Kommunalpolitik kommt, weil sie die Schulen in ihrer Gemeinde überaus verbesserungsbedürftig findet und dabei erfährt, dass sie letztlich nur dann etwas erreichen kann, wenn sie direkt politisch aktiv wird.

Überwiegend werden in dieser Broschüre ehrenamtlich tätige Politikerinnen vorgestellt. Das heißt jedoch nicht, dass uns Frauen in kommunalpolitischen Führungspositionen nicht wichtig wären, im Gegenteil. Beispielhaft sind mit Barbara Rinke aus Nordhausen eine Oberbürgermeisterin und mit Kathrin Dollinger-Knuth aus dem Kreis Mecklenburg-Strelitz eine Landrätin porträtiert.

Aber der ehrenamtliche Bereich ist uns deshalb so wichtig, weil konkret gezeigt wird, dass die Kommunalpolitik ein wichtiger Bereich bürgerschaftlichen Engagements ist und wir vor allem bereits engagierte und aktive Frauen ermutigen und unterstützen wollen, den Schritt in die Kommunalpolitik zu gehen.

Kommunalpolitik lernen

Die porträtierten Politikerinnen beschreiben jede für sich sehr anschaulich, wie ihr Einstieg in die Politik funktionierte, wie sie sich Schritt für Schritt weiter entwickelt und dazu gelernt haben. War es für die eine besonders wichtig, einen anfänglichen Dogmatismus abzulegen und zu lernen, auch mit dem politischen

„Gegenüber“ persönliche Beziehungen herzustellen, hat die andere gelernt, sich in die Taktiken und Finessen des politischen Geschäfts hinein zu denken, um festzustellen, dass man sich dieses „wie eine Sprache aneignen“ kann. Manch eine hat, vor allem am Anfang, Niederlagen erlitten, die es zu verschmerzen galt. Für manche der Projekte, die von ihnen angestoßen wurden, war oft die Zeit noch nicht reif. Heute ist vieles verwirklicht, wofür sie sich vor ein paar Jahren noch Blessuren zugezogen haben. Besonders deutlich ist dies im Bereich der Kinderbetreuung, in dem es in den eher ländlich-konservativen Regionen viele Vorbehalte gab, die sich nun – auch unter dem Druck der demografischen Entwicklungen und den Anforderungen aus der Wirtschaft – aufzulösen beginnen.

Bisweilen mussten die Frauen auch in ihrem Engagement gebremst werden, bestand doch die Gefahr, sich zu stark zu verausgaben, zu wenig Zeit für die eigene Erholung und Regeneration zu reservieren. Der Partner erwies sich hier oft als hilfreiches Korrektiv; bisweilen galt es auch, die eine oder andere Ehekrise zu meistern.

Keine der Frauen bereut ihr Engagement, im Gegenteil: Es ist ein selbstverständlicher und geschätzter Bestandteil ihres Lebens, der eben nicht nur Last, sondern vor allem Lust bedeutet oder besser: eine besondere Form von Befriedigung darstellt.

Denn bei allen Unterschieden in den Biografien, in Herkunft und politischer Prägung kennzeichnet diese Frauen, dass zur ihrer Vorstellung von einem gelingenden Leben gehört, nicht nur das persönliche Fortkommen im Auge zu haben oder die Sorge um die unmittelbare Familie, sondern sich auch für andere einzusetzen, etwas zum Wohl der Gesellschaft und der Gemeinschaft beizutragen. Und weil sie dies alles so selbstverständlich und ohne große Worte tun, ist der Respekt für sie nur umso größer.

Die Kommunalpolitik bringt in besonderem Maße so etwas wie Alltagsheldinnen hervor, Frauen, die – ohne großes Aufheben davon zu machen – ihre Zeit, ihre Kenntnisse und ihre Fähigkeiten einbringen, damit in ihrer Kommune die Welt ganz konkret ein Stückchen besser wird.

Zum Abschluss bleibt uns nur großer Dank: Allen Frauen, die sich von uns porträtieren liessen, danken wir sehr herzlich für ihre Offenheit, für ihren Einsatz und für ihre Bereitschaft, ihre Erfahrungen mit uns zu teilen.

Helga Lukoschat



„Ich wollte mal sehen:
Wie weit kommt man hier,
wenn man einfach aus-
dauernd ist?“

Antoinette Göggerle

Über die Qualität des Lebens

Antoinette Göggerle ist Gemeinderätin in Meckenbeuren im Bodenseekreis. Mit Ausdauer, Humor und Hartnäckigkeit hat sie in 20 Jahren Kommunalpolitik ihre Gemeinde entscheidend geprägt.

Antoinette Göggerle ist eine Spätberufene: Als sie sich zum ersten Mal zur Gemeinderätin wählen ließ, war sie bereits 51 Jahre alt.

Inzwischen kann sie auf fast 20 Jahre als ehrenamtlich engagierte Kommunalpolitikerin zurückblicken. Als die Kinder das Haus verließen, überkam sie das „Empty Nest Syndrom“, wie sie sagt. Die Kommunalpolitik bot sich als Chance an, sich neu zu orientieren und dabei auch noch etwas Sinnvolles zu tun. Denn in der Freizeit „nur Kaffeetrinken zu gehen, sich über Mode zu unterhalten und schön das Haus zu dekorieren, das war nicht meines.“

Das nimmt man Antoinette Göggerle sofort ab. Wenn man die gebürtige Schweizerin, die 1938 in Rapperswil am Zürichsee geboren ist, erlebt, so kann man kaum glauben, dass sie beinahe 70 Jahre alt ist – so agil und begeisterungsfähig wirkt sie. Dass sie jemand ist, dem es nicht behagt, die „Hände in den Schoß zu le-

gen“ und die einen tieferen Sinn darin sieht, sich für sich und für andere zu engagieren, spürt man sehr bald. Was man zunächst nicht so recht glauben mag, ist, dass sie auch eine Person ist, die streitlustig und unbequem sein kann.

Aber Antoinette Göggerle ist beides: überzeugter Familienmensch, dem ihre große Familie – ihr Mann, ihre drei Kinder und ihre acht Enkel – sehr am Herzen liegt. Und sie ist Politikerin. Konsequenz und beharrlich in der Verfolgung ihrer Ziele. Bereits vor ihrer aktiven Phase als Kommunalpolitikerin zeigte sich, dass diese Seite in ihr geschlummert hatte und nur zum Leben erweckt werden musste.

Ein politisches Husarenstück

Denn ihr „politisches Husarenstück“ gelang ihr einige Jahre vor ihrem Einzug in den Gemeinderat. Es war etwas, das sie im Alleingang durchgezogen hat. In beharrlicher Korrespondenz mit dem Verkehrsministerium hat sie in den 80er Jahren die Verwirklichung eines Radweges durchgesetzt. Der Stein des Anstoßes war der damalige Schulweg ihrer Kinder, eine viel befahrene Landesstraße zwischen Meckenbeuren und Tettngang. Als täglicher Radweg für die Schüler aus Meckenbeuren barg diese Strecke viele Gefahren in sich. Als 1979 der damalige Ministerpräsident Lothar Späth zu einer telefonischen Bürgergesprächsstunde einlud, nahm Antoinette Göggerle ihren Mut zusammen, rief an und besprach das Problem. In den folgenden Jahren lernte sie die langsamen und oftmals unerquicklichen Mühlen der Bürokratie am eigenen Leibe kennen. Doch sie blieb ausdauernd, wollte „das einfach mal durchhalten und sehen, wie weit ich kommen kann.“ Nach sechs Jahren wurde der Radweg gebaut. Ein bisschen geblufft hat sie dabei auch. Ihre Anträge an das Verkehrsministerium unterschrieb sie allesamt mit „Interessengemeinschaft Radweg Meckenbeuren-Tettngang“. Bis heute weiß niemand, dass sich hinter dieser Interessengemeinschaft

einzig und alleine sie selbst verbarg. Diese Episode war eine Art politisches Schlüsselereignis, ein Auslöser, der ihr „politisches Feuer“ entfacht hat.

Familiengeschichten

Antoinette Göggerle war schon immer ein politisch interessierter Mensch. In ihrem Elternhaus wurde häufig über politische Themen gesprochen und durchaus hitzig diskutiert. Ein Großvater war Bauer und zugleich Gemeindeammann, ein Amt vergleichbar mit dem ehrenamtlichen Bürgermeister in Deutschland. Ein Bruder ist ebenfalls in seiner Gemeinde engagiert.

Wenn Antoinette Göggerle bei den Kollegen im Gemeinderat gegen eingefahrene Meinungen, Einseitigkeit und tradierte Rollenvorstellungen angeht, dann ist auch das eventuell auf eine „familiäre Vorbelastung“ zurückzuführen. Sie ist in einem Geschäftshaushalt groß geworden. Ihre Eltern hatten eine Molkerei, die Mutter war im Betrieb eingebunden und hat die Erziehung und Kinderbetreuung teilweise an die Hausangestellten delegiert. Antoinette Göggerle hat es als ganz normal empfunden, dass ihre Mutter nicht immer für die Kinder da war und gearbeitet hat.

Bei ihr selbst war es dann allerdings anders. Die Entscheidung für eine eher traditionelle Rollenverteilung hat sie bewusst und gemeinsam mit ihrem Mann getroffen. Nach ihrem Umzug nach Meckenbeuren wollte Rudolf Göggerle sich voll und ganz auf seine berufliche Karriere in einem namhaften Verlag konzentrieren, um „etwas für sich und für die Familie aufzubauen.“ Die gelernte Postbeamtin ist dann nicht mehr in ihren Beruf zurückgekehrt, sondern hat die Familienaufgaben und die Erziehung der drei Kinder übernommen.

Aber sie wollte nicht nur Familienfrau sein und nutzte familiäre Freiräume für ehrenamtliche Tätigkeiten. Als ihre Kinder noch klein waren, war Antoinette Göggerle im Kindergarten und in der Kirche engagiert. Sie gab Nachhilfeunterricht und Kindersprachkurse in Französisch und Englisch an der Volkshochschule und übernahm Buchübersetzungen. Später kam dann noch ihr Engagement im Katholischen Deutschen Frauenbund hinzu. Dort war sie insgesamt acht Jahre lang stellvertretende Diözesanvorsitzende, zwölf Jahre Mitglied des Diözesanvorstandes. Zudem war sie acht Jahre Delegierte für die Bundesdelegiertenversammlung in Köln.

Die Übernahme eines kommunalpolitischen Amtes war vor allem dem Wunsch geschuldet, etwas „Sinnvolles für andere und für sich zu tun.“ Eine ganz uneigennützige Motivation sei dies nicht gewesen. Das Bedürfnis, vorgegebene Strukturen zu hinterfragen und zu verändern, entstehe meist durch persönliche, alltägliche Erfahrungen: „Es gibt so viele Dinge, die einen stören – kein Radweg, zu wenig Spielplätze, zu teure Bauplätze für junge Familien.“

Dennoch war ihr Entschluss, sich kommunalpolitisch zu engagieren, keine Entscheidung, die sie aktiv vorangetrieben hätte. Der Fraktionsvorsitzende der Freien Wähler fragte sie, ob sie sich vorstellen könne, bei der nächsten Wahl zu kandidieren. Sie zögerte keine Sekunde und sagte sofort zu, sehr zum Erstaunen ihres Gegenübers: „Das ist dem noch nie passiert, der ist total erschrocken, dass jemand so schnell sagt: Ja klar, mach ich.“

Dass sie der Fraktion der Freien Wähler angehörte, war nur in ihrem Sinne. Sie hat sich selbst immer zwischen den Parteien gesehen. Sie kann bei der CDU einiges mittragen, bevorzugt bei der SPD jedoch die sozialen Themen und ist zudem ökologisch interessiert. Bei einer parteiunabhängigen Fraktion fühlt sie sich deshalb bis heute am besten aufgehoben.



Kinder und Jugendliche liegen der Gemeinderätin besonders am Herzen. Sie sollen in Meckenbeuren etwas „erleben“ können.



Thema Verkehrssicherheit: Antoinette Göggerle hat u. a. den Bau von Radwegen durchgesetzt.

Von den Freien Wählern ließ sie sich auch über die Aufgaben einer Gemeinderätin informieren: „Die haben mir erzählt, was man da alles macht, dass man da rein wächst und dass ich überhaupt keinen Bammel haben müsste.“ Dass sie keine gebürtige Meckenbeurerin ist, sieht sie eher als Vorteil an. Sie hat die verschiedenen Gruppierungen dadurch sehr unbefangen wahrgenommen, während es bei Einheimischen, die sich zu gut kennen, unter Umständen zu „Ressentiments“ kommen kann.

Das Maß der Dinge

Dass Antoinette Göggerle die Kommunalpolitik Freude machte, merkte sie bald:

„Wenn ich in eine Sitzung reingehe, denke ich mir oft: Jetzt geht's los. Ich bin gut vorbereitet und will argumentieren, möchte etwas auf die Beine stellen. Wenn ich ehrlich bin, freue ich mich manchmal richtig, dass ich mich so auseinandersetzen kann.“

Dass sie mit ganzem Herzen dabei ist, wird spürbar, wenn sie über die große Vielfalt an Themen spricht, die ihre Tätigkeit bietet. Ihre „Leib-und-Magen-Themen“ liegen zwar eher im sozialen und kulturellen Bereich, sie kann aber auch der Beschäftigung mit Wasser, Straßen und Baugebieten einiges abgewinnen. Als sie sich nach der letzten Wahl als Gewählte mit den meisten Stimmen in ihrer Fraktion aussuchen durfte, in welchem Ausschuss sie sitzen möchte, hat sie den technischen Ausschuss gewählt: „Das ist auch interessant. Neue Baugebiete erschließen.“ Letztens musste sie sich mit Wasserrohren beschäftigen. Da hat sie auf einmal realisiert, „was für ein Geschenk es ist, sauberes Trinkwasser zu haben.“ Selbstverständlichkeiten des täglichen Lebens zu hinterfragen, das macht sie erst, seit sie sich als Gemeinderätin damit auseinandersetzen muss.

Für Antoinette Göggerle deckt eine Gemeinde das komplette Spektrum dessen ab, was Menschen brauchen. Letztlich geht es ihr bei allen Themen und Projekten darum, die Lebensqualität in ihrer Kommune zu erhöhen. Die Herausforderung für eine Kommunalpolitikerin läge darin, Entscheidungen zu treffen, die möglichst allen zugute kommen. Antoinette Göggerle möchte sich keiner Parteilinie unterwerfen müssen. Ihr Engagement ist von einer grundsätzlicheren Einstellung geprägt, einer Lebensphilosophie. Es geht ihr stets „um das Maß der Dinge. Es muss dem Menschen gerecht sein“. So sei Autofahren in Ordnung, aber man müsse nicht zwei Autos haben; ohne Wirtschaft ginge es nicht, aber wirtschaftliche Maßlosigkeit mache vieles kaputt. Dass die Menschen diesen Spagat schaffen, menschenwürdig und maßvoll zugleich zu leben, ist die tiefere Motivation, aus der sich ihr Engagement speist.

Antoinette Göggerle ist nicht nur Gemeinderätin. Sie sitzt zudem im Kreistag und ist die zweite, stellvertretende Bürgermeisterin. Als solche übernimmt sie vor allem repräsentative Aufgaben. In den Kreistag wurde sie vor fünf Jahren gewählt. Sie fand es wichtig, auch an dieser Stelle mitreden zu können, denn es werden „viele Dinge im Kreis entschieden, die auf die Gemeinde wirken oder der Gemeinde verordnet werden.“ Sie hat mit ihren unterschiedlichen Funktionen und Aufgaben einen vollen Terminkalender. Sie leugnet nicht, dass speziell ihr Engagement als Gemeinderätin, bei dem sie in drei Ausschüssen sitzt, ein sehr „zeitaufwändiges Amt ist und manchmal auch Verzicht bedeutet.“ Das hat aber auch mit ihrer Auffassung zu tun, wie man diese Tätigkeit ausfüllen sollte:

„Wenn ich etwas mache, dann richtig. Das hab ich mir vorgenommen und das ist auch mein Naturell.“



Der leer stehende Güterschuppen soll sich in einen Ort für Kultur und Kleinkunst verwandeln.

Zusammengehörigkeitsgefühl stärken

Ihre Grundeinstellung, keine „halben Sachen“ zu machen, spiegelt sich auch in vielen konkreten Projekten wider, die sie mit auf den Weg gebracht hat. Sie hat das 14.000 Einwohner zählende Meckenbeuren in ihrer 20-jährigen Tätigkeit ohne Frage mitgeprägt. Beim Spaziergang durch die Gemeinde wird das sehr anschaulich. Allein im unmittelbaren Umkreis des Bahnhofs kann sie vier Projekte benennen, an deren Verwirklichung sie beteiligt war. Da ist erstens der „Kulturschuppen“. Der leer stehende Güterschuppen wurde der Bundesbahn abgekauft, um daraus einen Ort für Kultur und Kleinkunst zu machen. „Kultur am Gleis 1“ soll er nach Fertigstellung heißen. Antoinette Göggerle wird richtig enthusiastisch, wenn sie von diesem Projekt erzählt; der Kulturschuppen werde das Zusammengehörigkeitsgefühl der Gemeinde stärken, vor allem müssten die Jüngeren nicht immer aus dem Ort, um etwas „zu erleben“. Sie hat dafür gekämpft, gegen alle Widerstände, die es im Gemeinderat anfänglich vor allem aufgrund der Finanzierung gab. Ihre Stimme klingt sehr fest, als sie sagt: „Ich steh bis heute noch dazu, wohl wissend, dass Kultur keine Pflichtaufgabe einer Gemeinde ist. Aber ich sag immer, der Mensch lebt nicht vom Brot alleine.“

Ferner gibt es am Bahnhof das Jugendcafé, den Familientreff und die „Wohnräume für Jung und Alt“. Das Jugendcafé wurde als Angebot für Jugendliche, die nicht in Vereinen in Meckenbeuren engagiert sind, eingerichtet. Also für diejenigen, die „durch das Netz fallen, für die oftmals problematische Gruppe“. Es gibt einen Jugendleiter, und es finden Programme statt, wie zum Beispiel Disco- und Koch-Events sowie Ausstellungsbesuche. Der Familientreff ist ein Angebot für (junge) Mütter, insbesondere für allein erziehende. Es gibt gemeinsame Unternehmungen, aber auch Beratungsangebote oder eine Hausaufgabenbetreuung für Migrantenkinder. Auch dieses Vorhaben war nicht einfach durchzusetzen.

Auf ein weiteres Projekt, an dem sie maßgeblich beteiligt war, ist Antoinette Göggerle besonders stolz. Es sind die „Wohnräume für Jung und Alt“. Dort wohnen ältere Menschen, die noch nicht pflegebedürftig sind, mit jüngeren Menschen, Familien und allein erziehenden Müttern in einer Wohnanlage.

Das Private wird politisch

Der Weg bis zur erfolgreichen Realisierung eines Projektes ist manchmal ein sehr steiniger: Eine der ersten Erfahrungen, die Antoinette Göggerle in dieser Hinsicht gemacht hat, war die Auseinandersetzung um die Gestaltung eines Kindergartens. Da war sie gerade ein Jahr im Amt. Zusammen mit den beiden anderen Frauen im damaligen Gemeinderat und dem Bürgermeister stellte sie den Antrag, ein Kinderhaus zu bauen, in dem eine Gruppe ganztags betreut werden sollte – und stieß damit auf extreme Widerstände bei den männlichen Gemeinderatsmitgliedern. So hieß es zum Beispiel:

„Ich hab immer gedacht, Sie sind so eine nette Frau. Und jetzt sind Sie so eine Emanze.“

Die Frauen entschieden sich zunächst, die Abstimmung zu vertagen, „weil der Antrag sonst sang- und klanglos untergegangen wäre.“ Bis zur nächsten Abstimmung nutzten sie die Zeit, um gemeinsam eine überzeugende Argumentationslinie zu entwickeln. Im Gemeinderat wurde dann mit dem „neuen Zeitgeist“ argumentiert, den man nicht aufhalten könne, und es wurden überzeugende Argumente für die Finanzierung vorgebracht. Nicht zuletzt wurde das Kinderhaus bzw. die Gruppe der Ganztagsbetreuten als Experiment dargestellt, das sofort beendet werden könne, falls es nicht funktionieren sollte. Das Kinderhaus wurde gebaut – und avancierte schon einige Jahre später zum Vorzeigeobjekt im Bodenseekreis.

Als stellvertretende Bürgermeisterin und Gemeinderätin ist sie eine öffentliche Person: Wenn Antoinette Göggerle auf den Markt geht, kann es schon vorkommen, dass sie sich vor Bürgerinnen rechtfertigen muss, warum sie diese und jene Entscheidung mitgetragen hätte oder bei bestimmten Anträgen mit *ja* gestimmt hätte. Manchmal empfindet sie die Beschwerden als unsachlich, weil die Kritiker sich oft „nicht die Mühe machen, den Prozess darin zu sehen“ und nur das Ergebnis kritisieren. Früher hat sie das manchmal frustriert. Inzwischen hat sie sich ein dickeres Fell zugelegt. Sie sagt in solchen Fällen nur noch kurz und knapp: „Warst du in der Sitzung? Ich habe dich nicht gesehen.“

Ein lachendes und ein weinendes Auge

Solidarität und Unterstützung erfährt Antoinette Göggerle in vollem Maße von ihrer Familie. Ihre Kinder finden das, was sie macht, sehr gut und sinnvoll. Ihre Enkel wollen oft mit ihr über ihre aktuellen politischen Themen und Projekte diskutieren und sind stolz, wenn sie in der Zeitung steht.

Ihr Mann stand von Anfang an hinter ihrem kommunalpolitischen Engagement. Zu Beginn sei das zwar nicht ganz uneigennützig gewesen. Da war er froh, dass sie nach dem Auszug der Kinder etwas gefunden hatte, womit sie „beschäftigt und zufrieden war“. Doch mittlerweile unterstützt ihr Mann sie auch aktiv, ist teilweise in ihre Aufgaben miteingebunden. Er fährt sie bisweilen zu Terminen, schreibt ihre handschriftlich ausgearbeiteten Reden auf dem PC oder gibt ihr Feedback. Rudolf Göggerle arbeitet gelegentlich noch freiberuflich für seinen Verlag, ist ebenfalls unterwegs. Morgens machen sie ihr gemeinsames Tagesprogramm, gleichen ihre Kalender und den Tagesablauf ab. Sie sind ein eingespieltes Team. Es ist viel Respekt da für die Tätigkeit des anderen.

Trotz der Freude und Erfüllung, die sie in ihrem kommunalpolitischen Amt empfindet, denkt Antoinette Göggerle langsam an ihren Ausstieg. Sie hätte gern mehr Zeit mit ihrer Familie, vor allem mit ihren Enkeln. Eine Tochter wohnt in Bayern, diese würde sie gerne mehr unterstützen. „Den Anspruch hat sie zwar noch nie ausgesprochen, aber für mich denke ich, jetzt kommt die Zeit, wo ich noch ein bisschen diese Dinge tun kann.“

Etwas melancholisch wird sie bei dem Gedanken ans Aufhören dann doch: „Ich habe heute Morgen erst wieder gedacht, das wird mir schon fehlen.“ Von allen Ämtern möchte sie sich daher nicht trennen. Die Arbeit im Kreistag würde sie gerne weitermachen, da diese vorhersehbarer, planbarer und weniger zeitintensiv ist.

Antoinette Göggerle ist tief überzeugt, dass sie heute eine andere Frau wäre, hätte sie sich nicht engagiert. Die Arbeit in der Kommune hat sowohl ihren Wissenshorizont erweitert, als auch ihre ganz persönliche Entwicklung befördert. Sie hat einen anderen Blick für Menschen und deren Lebensumstände entwickelt, sie hat gelernt, für völlig unterschiedliche Meinungen Verständnis aufzubringen. Sie hat hautnah mitbekommen, was Lebensqualität in einer Gemeinde bedeutet.

So denkt sie mit einem weinenden und einem lachenden Auge an den Abschied aus der Politik. „Es wäre unsinnig zu sagen, ich habe meine Schuldigkeit getan, denn ich habe es ja freiwillig und gerne gemacht. Aber ich habe das jetzt 20 Jahre gemacht im Gemeinderat. Und jetzt muss es gut sein.“

Andrea Wenzl





„Kommunalpolitik ist einfach überall: in der Zeitung, in Gesprächen. [...] Ich müsste mich einigeln, um von all dem nichts mehr wissen zu wollen.“

Jessica Jennrich

Vorhang auf für die Kommune!

Jessica Jennrich füllt in der Samtgemeinde Hollenstedt vielfältige Rollen aus: als Gemeinderätin, ehemalige ehrenamtliche Bürgermeisterin, Studentin und Mutter. Kommunalpolitik ist ihr Hobby.

„Du bist Robbie Williams und ich Kylie Minogue!“, platzt es am Ende der ersten Sitzung des neu gegründeten Präventionsrates von Hollenstedt begeistert aus Jessica Jennrich hervor. Sie will ihren Sitznachbarn zum Mitmachen animieren. Sie lacht dabei breit über ihr von der Gartenarbeit gebräuntes, mit Sommersprossen gesprenkeltes Gesicht, aber meint ihr Vorhaben bitterernst. Es geht um Ideen für den Jugendtreff in der Samtgemeinde Hollenstedt – einem Zusammenschluss aus sieben Einzelgemeinden in Niedersachsen. Ein Karaoke-Wettbewerb könnte aus ihrer Sicht eine geeignete Maßnahme sein, damit sich die Jugendlichen das „stinklangweilige“ Hollenstedt nicht mehr an der Bushaltestelle „schön trinken“ müssen.

Es fällt einem nicht schwer, sich die 39-jährige Ratsfrau Karaoke-singend als Kylie Minogue vorzustellen. Das Energiebündel findet, dass sich Politiker mehr dafür interessieren sollten, was Kin-

der und Jugendliche denken. Als Schwerpunkt ihres derzeitigen Sozialpädagogik-Studiums an der Universität Lüneburg, das die gelernte Bürokauffrau im Oktober 2006 aufgenommen hat, hat sie „Partizipation von Kindern und Jugendlichen in Politik und Verwaltung“ gewählt. Sie möchte Politik und Verwaltung davon überzeugen, dass es sich lohnt, Heranwachsende in Entscheidungsprozessen mit ins Boot zu holen. Politische Stiftungen sollten in Fortbildungen vermitteln, welche Methoden sich dafür eignen. Zum Beispiel die Sozialraumanalyse. Oder weniger soziologisch ausgedrückt: Zielgruppen von vornherein als Experten für ihre eigenen Anliegen einbeziehen, per Befragung beispielsweise. Kurzum: Sie möchte, dass Kinder und Jugendliche mehr Stimme bei der Gestaltung unserer Gesellschaft bekommen.

Überhaupt drehen sich ihre politischen Herzensthemen fast immer um Kinder und Jugendliche. Zu Beginn ihrer kommunalpolitischen Laufbahn hat sie dagegen gekämpft, dass Einrichtungen vornehmlich in einer Gemeinde zentralisiert werden, weil so die Heranwachsenden aus Randgemeinden „abgeschnitten“ und deren Eltern mit Tage füllenden Fahrdiensten beschäftigt wären. Aktuell beschäftigt sie das Thema Sicherung der Schulwege, eine Pflichtaufgabe der Samtgemeinde, für die sich aber niemand zuständig fühlt. „Die Kinder müssen überfahren werden – erst dann kommt eine Ampel.“ Ganztagsbetreuung ist ebenfalls ein Dauerbrenner.

Politisches Elternhaus

Die Samtgemeinde Hollenstedt ist ein Gemeindeverband, der für seine Mitgliedsgemeinden die Verwaltungsgeschäfte führt. Dies wird durch eine Umlage, die jede Mitgliedsgemeinde zahlen muss, finanziert. Jessica Jennrich ist in Halvesbostel, einer der Mitgliedsgemeinden von Hollenstedt, aufgewachsen. Wie die meisten Bewohner/innen des Speckgürtels von Hamburg, zog es ihre ursprünglich aus Hamburg stammenden Eltern

irgendwann „raus ins Grüne“. Nach dem ersten Schock über die erzkonservative ländliche Idylle wurde Papa Jennrich Elternsprecher und kurz darauf kommunalpolitischer Abgeordneter und parteiloser Bürgermeister.

Die Eltern waren aktiv gegen die Tieffliegerei engagiert – deshalb fanden sie sich gelegentlich in der Presse wieder und waren in der Gegend durchaus bekannt. Die Tochter musste immer irgendwie mit. „Da war man einfach politisch.“ Jessica Jennrich war zunächst in der Schule aktiv. Schon als Klassensprecherin stand sie beherzt für ihre Anliegen ein. Als ein Lehrer bei einer Klassenarbeit trotz 100prozentiger Leistung keine Einsen vergeben wollte, weil er die Aufgaben im Nachhinein für zu leicht befand, suchte die Klassensprecherin zuerst beim Vertrauenslehrer, dann beim Klassenlehrer und schließlich beim Direktor Unterstützung. Als sie dort auf taube Ohren stieß, scheute sie nicht den Weg zum Schulrat. Und bekam nicht zum ersten und zum letzten Mal das, was sie wollte.

Mit 17 zog sie zu Hause aus. Eine ihrer Bleiben war ein Bauernhof in Buxtehude, dessen Bewohnerin eine ehemalige Bundestagsabgeordnete der FDP war. Ihr war der Name „Jennrich“ ein Begriff gewesen – Jessica Jennrich war also nicht „irgendwer“, als sie sich dort vorübergehend niederließ. Und die ehemalige Vermieterin ist für sie bis heute wie eine Mentorin. Jessica Jennrich erinnert sich, wie sie damals voll von überwältigenden Eindrücken von einem Besuch in der Bonner Bundespolitik zurückkehrte. „Die Frau war einfach toll: voller Energie, offen für alles und jeden. Hat das Liberale so richtig verkörpert.“ Diese Erfahrung entfachte eine gewisse Sympathie für die FDP in ihr.

Nach ihrer Rückkehr nach Halvesbostel wollte sie vor allem etwas vor Ort bewirken. Da traf es sich gut, dass die FDP mit drei Mitgliedern, zwischen denen auch die Chemie stimmte, die

kleinste Partei vor Ort war. 1996 wurde Jessica Jennrich FDP-Mitglied und kandidierte bei der nächsten Wahl für ein kommunalpolitisches Mandat.

„Wenn ich etwas verändern will, muss ich mich wählen lassen. Damit ich mitreden kann, am besten auch Entscheidungen fällen. Ich wollte bestimmen.“

Was sie vor allem anstachelte, war die Inkompetenz derjenigen, die zu dem Zeitpunkt die Samtgemeinde regierten. „Ich war überzeugt, dass ich das eigentlich besser kann.“ 1997 rückte sie 28-jährig in den Samtgemeinderat Hollenstedt nach und ist darin bis heute Mitglied.

Jessica Jennrich wurde auch deshalb Kommunalpolitikerin, weil ihr Kopf „Futter“ brauchte. Ihr damaliges Leben füllte sie nicht aus. Sie war im Kinderspielkreis Halvesbostel zunächst als Praktikantin tätig gewesen, weil sie für die Zulassung zum Studium der Sozialpädagogik an der Fachhochschule Lüneburg ein Vorpraktikum brauchte. Daraus wurde dann eine insgesamt fünfjährige Tätigkeit als ungelernte Erzieherin – u. a. weil sie zwei Kinder bekam und zur Familienernährerin wurde, während ihr Ehemann Jura studierte. Als sie nach ihrer Scheidung zur allein erziehenden Mutter wurde, musste sie sich erst recht um das Familieneinkommen kümmern. Sie machte der „Notlösung Kindergarten“ ein Ende, absolvierte eine Umschulung zur Bürokauffrau und arbeitete danach als kaufmännische Angestellte und Personalsachbearbeiterin.

Kurs auf den Chefsessel

Parallel dazu entwickelte sich ihre kommunalpolitische Karriere weiter. Ihr Vater war 15 Jahre parteiloser Bürgermeister der Gemeinde Halvesbostel gewesen. Als es auf die Kommunalwahlen



Kommunalpolitikerin zu sein, heißt manchmal auch, mit Jugendlichen kickern.



Beim Netzwerken mit jungen Müttern auf dem Spielplatz des Dorfgemeinschaftshauses in Halvesbostel.

2001 zuzuging, kündigte er seine Amtsniederlegung an. Keiner der Nachfolge-Kandidaten konnte der kritischen Betrachtung von Jessica Jennrich standhalten. „Ich konnte mir nicht vorstellen, dass die dann über mein Leben bestimmen sollen.“ Wer sollte besser für ein solches Amt geeignet sein als sie, die „jeden Menschen, jedes Haus, jeden Strauch, jeden Stein, jede Geschichte von Halvesbostel kennt?“

Bei der Aufstellung der Wählergemeinschaftsliste, der einzigen Wahlliste, die es in Halvesbostel gab, kämpfte sich die couragierte Macherin auf die erste Stelle – die Position der Bürgermeisterkandidatin. Die Leute kannten sie – wegen ihres Vaters, der als Bürgermeister sehr beliebt gewesen war, und weil sie in Halvesbostel aufgewachsen und fünf Jahre im Kinderspielkreis tätig gewesen war. Vor allem die Frauen kannten sie. So setzte sie sich mit einem klaren Stimmenvorsprung gegen ihre beiden männlichen Konkurrenten durch.

Für die Wahl des Bürgermeisters wurde jedoch noch eine zweite Runde eingeläutet, da dieser nicht direkt, sondern vom Rat gewählt wird. Sie hatte zwei Mitbewerber und musste mindestens fünf der neun Gemeinderäte auf ihre Seite bekommen. Von einem der neun wusste sie bereits, weil er es ihr selbst offenbart hatte, dass er sie aufgrund ihres Lebenswandels – geschieden und allein erziehend mit zwei Kindern – einfach nicht wählen würde.

Was tun? Um zumindest einen ihrer beiden Konkurrenten auszuschalten, überzeugte sie ihn davon, seine Kandidatur als Bürgermeister zurückzuziehen und als ihr Stellvertreter anzutreten. Mit einem knappen Sieg von 5:4 beerbte Jessica Jennrich 2001 schließlich ihren Vater und wurde die erste Bürgermeisterin, die Halvesbostel je erlebt hatte.

Alltag einer Bürgermeisterin

Mit links meisterte sie das neue Amt nicht. Mehr als einmal stellte sie sich während ihrer Zeit als Bürgermeisterin die Frage, ob sie die richtigen Entscheidungen getroffen hatte oder ob ihr jemand daraus einen Strick drehen könnte. „Die Angst war immer ein bisschen da, dass irgendetwas falsch sein, dass jemand einen anklagen könnte. Es ist halt nicht nur ein Job – es ist ein bisschen mehr.“

In schwierigen Situationen führte sie sich immer vor Augen, dass es die anderen nicht unbedingt besser können. Wenn sie sich unsicher fühlte, machte sie sich kundig. Mit ihrer neugierigen und offenen Art ist sie sich für keine Frage zu fein. Und manchmal pokerte die eigentlich sehr wahrheitsliebende junge Frau einfach und verpackte die Dinge rhetorisch so gut, dass niemand merkte, „dass das eigentlich totaler Quatsch war.“ Solch gelungene Selbstdarstellung bedeutete für sie immer einen kleinen Triumph.

Die Freude, Bürgermeisterin zu sein, überwog den damit verbundenen Stress allemal.

„Es ist wirklich spannend; man beschäftigt sich mit allem. Ich habe Klos bestellt, mich um die Elektrizität der Straßenlaternen gekümmert, die Abwasserentsorgung geregelt.“

Sie musste sich auch eine Lösung dafür einfallen lassen, dass die Jugendlichen nicht mehr die Straßenlaternen eintreten. Hier konnte sie unter Beweis stellen, dass sie weiß, wie man mit Heranwachsenden umgeht. Sie stellte sie vor die Wahl: Straßenlaternenentreten oder jährliche Ausfahrt. Da sich die Ausfahrt stets großer Beliebtheit erfreut hatte, ging ihr Plan auf.

Ganz im Gegensatz zu ihrem Vater, der sein Bürgermeisteramt „sehr Streitbar und laut“ ausfüllte, schildert sie sich als „eher ruhigen Typ“. Sie fand es wirkungsvoller, sich eben nicht provozieren zu lassen und genoss es, ihre Gegner „erstmal ausreden zu lassen, um ihnen dann sachlich und mit ruhiger Stimme zu sagen, dass sie gerade totalen Schwachsinn erzählt haben.“

Politische Karriere oder Eigenheim?

Nach drei Jahren Bürgermeisteramt in Halvesbostel stand bei Familie Jennrich 2004 eine Entscheidung an, die Jessica Jennrich bis heute als „Bauchschmerz-Aktion“ bezeichnet. Fortsetzung ihrer politischen Karriere oder Verwirklichung des Traums vom eigenen Heim? Es kam einiges zusammen: Sie wollte mit ihrem neuen Lebenspartner gern in ein neues gemeinsames Haus ziehen. Das aber hätte auch warten können. Hinzu kam aber, dass für die Tochter ein Schulwechsel anstand. Und dass in Halvesbostel kein Baugrundstück zu bekommen war, während die Preise für Fertighäuser in benachbarten Gemeinden gerade auf Niedrigniveau sanken.

Wären da nicht diese Glaubenssätze gewesen, die bis heute nicht von Jessica Jennrichs Seite weichen: Wer A sagt, muss auch B sagen. Wenn man etwas anfängt, muss man es auch zu Ende führen. Nach langem inneren Hin und Her legte Jessica Jennrich ihr Amt vorzeitig nieder und zog in die Nachbargemeinde Wenzendorf.

Aber die Bauchschmerzen blieben. Und sie überlegte, ihr kommunalpolitisches Engagement auslaufen zu lassen, weil sie sich angesichts ihres Ausstiegs aus dem Bürgermeisteramt nicht mehr wohl in der Rolle als Ratsfrau fühlte. Auch hatte sie bei den etwa 80 konservativen Männern des FDP-Kreisverbandes nicht wirklich ein politisches Zuhause gefunden. Zudem hatte sie



Mit ihren beiden Kindern vor dem Eigenheim der Familie.

inzwischen ein Ehrenamt als Richterin am Verwaltungsgericht Lüneburg übernommen. Nach den Erfahrungen als Bürgermeisterin reichte ihr ein „einfaches“ kommunalpolitisches Mandat nicht mehr aus.

(K)ein Leben ohne Kommunalpolitik!?

Ein Leben ohne (Kommunal-) Politik war für sie aber auch nicht vorstellbar. „Kommunalpolitik ist einfach überall: in der Zeitung, in Gesprächen. Da geht es nicht um Weltpolitik oder Wirtschaftsgeschehen, sondern darum, was hier zu Hause gerade los ist, und wie man sein Umfeld lebenswerter gestalten kann. Ich müsste mich einigeln, um von all dem nichts mehr wissen zu wollen.“

Kommunalpolitik ist für Jessica Jennrich eine zutiefst „menschelnde“ Angelegenheit. Da sie immer „was mit Menschen“ machen wollte, fühlt sie sich hier als eine Art „Voyeurin“ genau richtig. Sie mag die Menschen, den Austausch, die Selbstdarstellung und die besondere Mischung aus ernsthaften Grundsatzentscheidungen und Alltagsbanalitäten.

All das veranlasste sie, bei der Kommunalwahl 2006 doch wieder anzutreten. Seitdem sitzt sie nun wieder auf der FDP-Fraktionsbank im Samtgemeinderat – zusammen mit ihrem Vater, der als Parteiloser auf der Liste der FDP kandidieren durfte. Ihre Eltern sind bis heute diejenigen, zu denen sie den engsten Draht in kommunalpolitischen Dingen hat. Die wissen einfach sofort, worüber sie redet. Da bleibt auch ihr jetziger Mann in gewisser Weise außen vor. Wenn ihr Partner sich auch aus dem politischen Geschäft raushält, so hält er ihr doch dafür den Rücken frei. Als für sie 2006 das Studium erneut in greifbare Nähe rückte, heirateten die beiden.

Mit Kind und Kegel

Die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und kommunalpolitischem Ehrenamt stellte für Jessica Jennrich nie ein Problem dar. Sie machte es einfach ihren Eltern nach, die auch immer beide erwerbstätig und ehrenamtlich engagiert waren. Zeitweilig hatte die Mutter das Haus gebaut und der Vater die Kinder betreut – für damalige Verhältnisse „verkehrte Welt“. Hollenstedt, wo es gern gesehen wird, wenn die Mütter sich von morgens bis abends um die Kinder kümmern, macht es ihr diesbezüglich nicht leicht. Krippen- und Hortplätze erobern sich nur langsam einen Platz auf der politischen Agenda; Kindergartenzeiten von 9 bis 12 Uhr sind die Regel.

Für Jessica Jennrich ist es immer selbstverständlich gewesen, ihre Kinder auch einmal abzugeben. Von Anfang an fand sie es wichtig, dass sie nicht an ihrem Rockzipfel hängen, sondern dass sie mehrere Ansprechpartner haben: Papa, Oma, Opa, ihre Schwester. „Die Kinder haben das immer gut gebacken gekriegt, auch wenn jeder seine eigenen Regeln hatte.“ Als sie in die Kommunalpolitik einstieg, kam noch eine Babysitterin dazu. Die Kosten werden für die Ratssitzungen immerhin mit sechs Euro die Stunde von der Kommune übernommen – so steht es in der Satzung. In Notfällen war auch mal ein Baby in den Ratssitzungen dabei; und in jüngster Zeit lässt sie auch mal ihr Handy an.

Prioritäten setzen

Seit Oktober 2006 versucht sie nun, ein Vollzeitstudium mit der Gemeinderatstätigkeit zu vereinbaren. Da steht sie bisweilen vor der Entscheidung, schwänzen zu müssen: entweder die Sitzung oder das Seminar. Für eine Jugend-, Sozial-, Kultur- und Sportausschusssitzung lässt sie durchaus einmal die Uni sausen; umgekehrt für das Projektseminar montags von 14 bis 20 Uhr die Begehung der neuen Umgehungsstraßen in der Samtgemein-

de. Termine, die abends nach 19.30 Uhr oder an Wochenenden liegen, nimmt sie in aller Regel wahr.

Sich selbst stellt sie eher hinten an. Sie ist froh, wenn sie es dienstags und donnerstags ins Fitness-Center schafft. Zum Biertrinken und Skatspielen nach der Ratssitzung kann sie leider nie bleiben. Sie bedauert es einerseits, weil ihr die dort ausgetauschten Informationen vorenthalten bleiben. Andererseits hat sie in diesen Runden auch noch nie eine Frau gesehen. Nach einem kurzen „Klönssnack“ will sie lieber nach Hause und nachsehen, ob mit ihren Kindern alles in Ordnung ist. Das findet sie einfach wichtiger.

Dafür ist sie mit den Frauen der Gemeinde im Gespräch. Sie findet, dass Frauen gerade für die alltagsnahen kommunalpolitischen Angelegenheiten den besseren Blick haben und da viel mehr mitbekommen. Einerseits bedauert sie es, dass nur so wenige Frauen den Wunsch haben, sich kommunalpolitisch zu engagieren. Andererseits versteht sie gut, dass Frauen mit anspruchsvollem Job und Familie nicht auch noch Politik machen können. Eine solche hat vor kurzem den Fraktionsvorsitz abgegeben; sie kommt zu fast jeder Sitzung zu spät. Aus ihrer Sicht ließe sich das Problem lösen, wenn künftig mehr Männer bereit wären, Verantwortung für Haushalt und Kinder zu übernehmen.

Zukunftspläne

Das künftige Ziel von Jessica Jennrich ist die Landespolitik. Anderthalb Jahre dauert ihr Studium noch. Deshalb hat sie das Angebot ihrer Mentorin, sie bei einer Landtagskandidatur zu unterstützen, zunächst ausgeschlagen. Sie hofft auf eine zweite Chance: „Meine Mentorin würde mich, ohne mit der Wimper zu zucken, sofort in ihre ganzen Kreise einführen.“

Da sie schon immer Politik gemacht hat und der Beruf eher zweitrangig war, kann sie sich ein Dasein als Berufspolitikerin

gut vorstellen. Sie will aber auch deshalb in den Landtag, um ihr Leib- und Magenthema „Schule“ voranzubringen. So radikal sie ihre Forderung findet: Aber am liebsten würde sie das Beamtentum für die Lehrerschaft abschaffen. Sie hofft, die Lehrerinnen und Lehrer damit aus einer gewissen Lethargie herauszureißen.

„Ich habe ein großes Problem damit, dass jeder sein eigenes Süppchen kocht und sich nicht in die Karten gucken lässt. Man müsste viel mehr Neues ausprobieren und die Lehrer anregen, gegenseitig voneinander zu lernen.“

Finnische Schulen sind ihr Vorbild. Sie hätte gern die Macht, um zu bewirken, dass sich das deutsche Schulsystem etwas mehr an Finnland orientiert. Als Elternvertreterin tut sie schon, was sie kann. Als Landtagsabgeordnete könnte sie aber noch ganz andere Fäden ziehen.

Beim Kreisverband der FDP war sie schon längere Zeit nicht mehr. Wenn sie es in die Landespolitik schaffen will, muss sie jedoch genau hier ansetzen. Denn dort trifft sie auf die Männer, die sie überzeugen muss, sie für ein Landtagsmandat zu nominieren.

Beim Hollenstedter Präventionsrat ist ihr diese Überzeugungsarbeit bereits gelungen. Für ihre Idee, eine Sozialraumanalyse durchzuführen, erntet sie zustimmendes Klopfen der anwesenden acht Männer mittlerer und reiferer Jahrgänge und der vier jungen Frauen. Um dem Missbrauch von Alkohol, Zigaretten und weiteren Drogen vorzubeugen, will sie eine Befragung entwickeln. Sie möchte die jugendlichen Besucher, die für die kommende NDW-Party in Hollenstedt in der Warteschlange stehen, zu ihrer Sicht auf das Thema „Drogenmissbrauch“ befragen. Auch Eltern und die Gewerbetreibenden sollen einbezogen werden. Aus den Ergebnissen der Befragung soll der Präventionsrat dann entsprechende Maßnahmen ableiten.

Vom eigenen Vorhaben begeistert, fragt sie beim Rausgehen charmant in die Männerrunde, wer sich mit ihr gemeinsam in die Befragung der Warteschlange stürzen möchte. Der Initiator des Präventionsrates, dessen sympathische Seiten Jessica Jennrich stetig bemüht ist zu entdecken, ist nach einem kurzen Moment des Sich-Zierens mit von der Partie. Er wird bestimmt nicht der einzige bleiben.

Uta Kletzing





„Mein Glaube hilft mir,
mich davon frei zu machen,
dass ich die ganze Welt
organisieren muss.“

Barbara Rinke

Im Mittelpunkt steht der Mensch

Barbara Rinke ist Oberbürgermeisterin der Stadt Nordhausen und engagierte Kirchenpolitikerin. In ihrer Amtsführung verbindet sie Bodenhaftung mit Weitblick und Geradlinigkeit.

Barbara Rinkes Redefluss verlangsamt sich und ihr Blick wird nachdenklich, als sie von dem bewegendsten Erlebnis ihrer Amtszeit als Oberbürgermeisterin von Nordhausen erzählt: ihr Besuch in Antwerpen anlässlich der 60-Jahr-Feier zum Gedenken an die Befreiung von der deutschen Besatzung.

Sie überbrachte damals die offizielle Entschuldigung ihrer Stadt, vor deren Toren im Zweiten Weltkrieg Häftlinge des Konzentrationslagers Mittelbau-Dora die so genannte V-Waffe bauen mussten. Barbara Rinke war die erste und einzige deutsche Vertreterin, die nach 60 Jahren jemals offiziell in Antwerpen gesprochen hat. Sie wollte mit ihrem Besuch ein Zeichen setzen: „In unserer Stadt lag der Flugplatz, von dem aus der Krieg in die Welt getragen wurde. Die Häftlinge mussten bauen, was ihre eigenen Familien zerstört hat.“ An der Stelle, wo in Antwerpen die ersten Bomben abgeworfen wurden, erinnert heute ein Gedenk-

stein an das Verbrechen. Der Antwerpener Stadtrat hatte heftig debattiert, ob Barbara Rinke als Stadtoberhaupt von Nordhausen überhaupt an der Gedenkfeier teilnehmen dürfe. Sie durfte nicht nur gedenken, sie durfte auch reden.

Die 61-jährige Oberbürgermeisterin hat sich das Thema Versöhnung auf die Fahnen geschrieben. Nach vielen bewegenden Begegnungen mit ehemaligen Häftlingen ist es ihr nicht nur zu einem wichtigen politischen, sondern auch zu einem sehr persönlichen Anliegen geworden. Inzwischen hat Barbara Rinke Partnerschaften mit Städten in Belgien, Polen, Frankreich und Israel ins Leben gerufen.

Feuerprobe Korruptionsbekämpfung

Barbara Rinke ist in Nordhausen geboren. Als sie 1994 ihr Amt antrat, war es ihre erste Aufgabe, vor der eigenen Haustür zu kehren. Als Oberbürgermeisterin ist sie qua Amt Vorsitzende des Aufsichtsrates der städtischen Unternehmen. Als sie sich einen Überblick über die Bilanzen verschaffte, musste sie feststellen, dass hier über Jahre nicht in die städtische, sondern in die eigene Tasche gewirtschaftet worden war.

Eine schwierige Situation: Aus den eigenen Reihen erfuhr sie wenig Unterstützung, denn einige Stadträte wussten längst von den Machenschaften und hatten wenig Interesse an deren Aufklärung. Darüber hinaus waren die Ehefrauen von einigen der für die Misswirtschaft verantwortlichen Geschäftsführer ehemalige Schulkameradinnen der Oberbürgermeisterin. Das machte die Situation nicht leichter.

Nachdem sich trotz Barbara Rinkes Vorwarnung seitens der Verantwortlichen nichts regte, suchte sie zunächst Rückendeckung bei der Landesregierung und schaltete dann rechtliche Instanzen ein. Der Ehemann ihrer ehemaligen

Klassenkameradin musste für drei Jahre ins Gefängnis. Aber ihr war damals sofort bewusst, dass sie nicht wirklich die Wahl hatte:

„Krumme Sachen mache ich einfach nicht mit. Wenn man einmal irgendwo die Augen zumacht, dann ist man dauerhaft erpressbar.“

Mit ihrer klaren Haltung und ihrem entschiedenen Vorgehen hat sie sich das Vertrauen der Stadt erobert: „Manchmal bedarf es bestimmter Entscheidungen, damit man anerkannt wird“, sagt sie im Rückblick. „Auch wenn diese beinhalten, Menschen, die offensichtlich gegen einen arbeiten, vor die Tür zu setzen.“ Bis zu dieser „Feuerprobe“ hatte ihr das keiner zugetraut. Auch sie selbst nicht.

Die Wende als politischer Türöffner

Ihre politischen Lehrjahre waren knapp bemessen. In frühen Wendetagen hatte sie die SDP, die Sozialdemokratische Partei in der DDR, mitgegründet, die sich im September 1990 mit der westdeutschen SPD vereinigte. Der Parteieintritt fiel ihr jedoch nicht leicht: „Ein Parteibuch hatte für mich immer den Anschein, dass Leute in Ämter und Positionen wollen, weil sie sonst nichts können.“ Andererseits fand sie es wichtig, in so einer entscheidenden Situation selbst politisch tätig zu werden. „Man hatte das Gefühl, dass man in einer historischen Situation ist und dass es auf jeden Einzelnen ankommt.“ Am Silvestertag 1989 trat sie schließlich der SDP bei, um einer Partei ohne DDR-Vergangenheit zu helfen, Fuß zu fassen. Auch die Grünen und der Demokratische Aufbruch wären für sie in Frage gekommen. Über die SPD wurde jedoch schon in ihrem Elternhaus sehr positiv gesprochen; und in der Politik von Willy Brandt und Helmut Schmidt konnte sie ihre wichtigsten politischen Ziele – Einsatz für Frieden und für soziale Gerechtigkeit – wieder finden.

Als im März 1990 die ersten Kommunalwahlen anstanden, wurde sie nicht nur in den Stadtrat gewählt, sondern übernahm auch den Fraktionsvorsitz im ersten demokratisch gewählten Nordhäuser Stadtrat. Ihr 15-jähriges Engagement in der evangelischen Kirche und in der Kirchenleitung hatten sie nicht nur in der Stadt bekannt gemacht, sondern sie auch gut darauf vorbereitet, Verantwortung in dem neuen Gremium zu übernehmen. Als sich im Vorfeld der nächsten Oberbürgermeister-Wahl abzeichnete, dass der damalige Amtsinhaber der CDU von den eigenen Leuten nicht wieder aufgestellt werden würde, witterte die SPD ihre Chance. Als sich drei ihrer SPD-Parteikollegen nicht einigen konnten, wurde sie gefragt. Als vermeintlich ungefährlicher „Notnagel“, wie sie es selbst beschreibt.

„Die haben gedacht, ach, die ist eine ganz nette Frau – und wenn’s aufs Ganze geht, dann schicken wir sie zum Friseur.“

Soll ich oder soll ich nicht?

Drei Fragen bewegten Barbara Rinke, bevor sie sich für die Kandidatur entschied: Verträgt sich das Amt mit meiner Ehe und mit meinen Kindern? Kann ich das? Und bin ich dann noch ein freier Mensch?

Barbara Rinke ist verheiratet und hat vier Töchter; die jüngste war zum damaligen Zeitpunkt zehn Jahre alt. Als Geschäftsführerin des Maschinenreparaturbetriebes ihrer Eltern war Barbara Rinke gut ausgelastet, doch zusätzlich als „Managerin des alltäglichen Familienchaos“ im Prinzip rund um die Uhr für die Kinder und für ihren Mann da – auch er ein selbständiger Firmeninhaber.

In einer von ihr einberufenen Familienkonferenz sicherte ihr die Familie jedoch ihre volle Unterstützung zu. Bei der Betreu-



In der dritten Amtsperiode erledigt Barbara Rinke die Amtsgeschäfte souverän und routiniert.



Empfang der IHK Nordhausen: Im Gespräch mit Mitarbeiterinnen.

ung der halbwüchsigen Kinder sprang ihre Mutter ein, die im gleichen Haus lebt, sowie zahlreiche Bekannte.

Bei der zweiten Frage „Kann ich das?“ erschien es der studierten Werbeökonomin auf den ersten Blick zunächst als hinderlich, keine Juristin oder Verwaltungswirtin mit den entsprechenden Fachkenntnissen zu sein. Aber dann kam ihr die Erkenntnis, „dass die Probleme eigentlich nicht darin liegen, dass man die Verwaltung nicht verwaltungsgemäß führt, sondern dass man eigentlich mal etwas ganz anderes machen müsste.“ Fachlich musste sie dennoch viel lernen und nutzte ihren zweiwöchigen Urlaub kurz nach Amtsantritt ausschließlich für ihre Einarbeitung: „Ich habe Tag und Nacht nur Bücher gelesen. ... Ich weiß noch, dass meine Familie gesagt hat: ‚Das ist ja furchtbar, mit dir fahren wir nie wieder in den Urlaub.‘“

Die dritte Frage beschäftigt Barbara Rinke bis heute: Wie frei kann man als Mensch in einem solchen Amt bleiben? Das „Gefängnis aus Arbeit“, das sie damals befürchtete, hat sich durchaus bewahrheitet. Ihr Tag ist von neun bis neun nicht selten im Fünf-Minuten-Takt durchgeplant. Und dennoch: Wenn sie den Job nicht mehr gern machen würde, würde sie aufhören. Im Umkehrschluss bedeutet das: Solange sie den Job macht, macht sie ihn auch gern. „Ein schöneres Amt kann man nicht haben. Das Schönste ist, dass es so vielseitig ist. Es gibt fast nichts, womit man nicht irgendwann befasst ist.“

Herzenthemen

Den Themen, mit denen sie bei ihrer ersten Kandidatur antrat, ist sie bis heute treu geblieben: Stadtentwicklung, Kultur und Bildung. Die Ansiedlung einer Fachhochschule in Nordhausen hat alle drei Bereiche vorangebracht und ist deshalb für die Oberbürgermeisterin die wichtigste Entscheidung und der größte Erfolg ihrer Amtszeit. Sie hat damit drei Dinge auf einmal erreicht:

Bundesgelder zu akquirieren, junge Menschen in die Stadt zu bringen und inhaltliche Kooperationsmöglichkeiten zwischen Wissenschaft und Praxis zu ermöglichen. „Als wir den Zuschlag bekamen, hat die ganze Stadt gefeiert.“ Barbara Rinke sieht in der Fachhochschule nicht nur eine Bildungseinrichtung, deren guter Ruf sich herumgesprochen und die inzwischen mehr als 2000 Studierende hat. Die Schule wird von der Bürgermeisterin auch aktiv als „Keimzelle des Denkens“ für die Zukunft Nordhausens genutzt.

Alle vier Jahre befragt die Fachhochschule die Bürgerinnen und Bürger in Nordhausen. Der hohe Rücklauf des Fragebogens, der immerhin rund 300 Fragen enthält, zeugt davon, wie gut die Befragung angenommen wird. Nordhausen kann heute sowohl einen Zuzugstrend als auch steigende Geburtenziffern verzeichnen und damit wieder steigende Einwohnerzahlen. Die heute ca. 45.000 Einwohner zählende Stadt stellt damit eine Ausnahme in den ostdeutschen Ländern dar. Interessanterweise brachte die Befragung zutage, dass es vorrangig die Frauen sind, die entscheiden, wo gewohnt wird: ob lieber in der Stadt oder auf dem Land. Danach gefragt, was die Bevölkerung in der Stadt hält bzw. was sie in die Stadt zieht, werden zuallererst das Kulturangebot – also Theater, Kino etc. – sowie sonstige Freizeitmöglichkeiten genannt. „Egal ob die Leute hingehen oder nicht: Sie wollen, dass es ein Theater gibt. Denn die Menschen am Theater, die Musiker, die Sänger und Schauspieler, sind prägend für das kulturelle Leben in einer Stadt.“

Aber auch die Kinderkrippen- und Kindergartenplätze, die in Nordhausen ausreichend vorhanden sind, haben ihrer Ansicht nach eine wichtige Rolle für die Entscheidung von Frauen gespielt, in die Stadt zu kommen bzw. in der Stadt zu bleiben.

Mit großer Begeisterung widmet sich Barbara Rinke nicht nur der Bildungspolitik, sondern auch der Stadtentwicklung.



Barbara Rinke setzt sich in besonderer Weise für die europäische Völkerverständigung ein.

Nordhausen wurde im Zweiten Weltkrieg zu zwei Dritteln zerstört. Wenn sie an die Spaziergänge als kleines Kind mit ihrem Großvater durch das Stadtzentrum zurückdenkt, kann sie sich an nichts anderes als an Trümmer erinnern. Zu DDR-Zeiten wurde der Wiederaufbau der Stadt mit dem Ziel betrieben, möglichst schnell Wohnungen zu schaffen – die Qualität blieb dabei auf der Strecke. Barbara Rinke engagierte sich bereits vor 1989 im Denkmalschutz. Nun hat sie die „baupolitische Entscheidungshoheit“ in der Stadt und kann ihre Leidenschaft für die Stadterneuerung voll ausleben. So hat sie sich vorgenommen, „Stadtkern und Altstadt wieder entstehen zu lassen“. Bis zum Ende ihrer dritten Amtszeit soll außerdem die neue Stadtbibliothek stehen, die Schulen sollen saniert sein, und es soll sich der erste Betrieb im neuen Industriegebiet angesiedelt haben.

Das alles kostet natürlich. Als die Oberbürgermeisterin ihr Amt übernahm, war zunächst Schuldenabbau angesagt. Sie ließ sich dennoch von der Devise leiten, dass allen Sparzwängen zum Trotz unter Gesichtspunkten der Nachhaltigkeit und Dauerhaftigkeit auch einmal „geklotzt“ werden müsse: „Lieber erst mehr ausgeben, um hinterher weniger auszugeben!“ Dank umsichtiger Finanzpolitik hat sich seit 2007 die Haushaltslage entspannt.

Bürgernähe und Menschenwürde

Trotz der zahlreichen Aufgaben, die zu bewältigen sind, kommen für Barbara Rinke die Bürgerinnen und Bürger ihrer Stadt an erster Stelle – vor allem diejenigen, die in Schwierigkeiten stecken. Da sitzt sie durchaus auch einmal mit einer Schuldnerberaterin und dem Verschuldeten an einem Tisch und versucht, gemeinsam etwas für den Betroffenen zu erreichen. Ihr aktueller Sorgenfall ist ein junger Mann mit Invalidenrente, der den Kredit aufs Haus nicht mehr zahlen kann und deshalb in Sicherheitsverwahrung soll. Soziale Benachteiligung jedweder Art ist

ihr Thema: „Wenn man sozial schwach ist, bringt man weder die Kraft noch das Wissen auf, um sich zu wehren.“

Ihre Lebensphilosophie ist stark vom Protestantismus geprägt. Als Präses im Kirchenparlament redet sie über die Würde des Menschen; als Oberbürgermeisterin will sie für menschenwürdiges Leben praktisch tätig werden. Ihr Glauben und ihr kirchliches Ehrenamt geben ihr wichtige Impulse und Inspirationen für ihre Arbeit – sie nennt das den „weiten Blick“. Aus ihren Worten spricht eine wohlthuende Gelassenheit und Bescheidenheit.

„Mein Glaube hilft mir, mich davon frei zu machen, dass ich die ganze Welt organisieren muss. Ich mache das, was ich hier mache, mit Chancen und Fehlern. Ich muss keine Alleskönnerin sein, sondern das bewegen, was geht.“

Die Verankerung in der Kirche bringe ihr vor allem zwei Vorteile: Erstens habe sie „immer auch ein passendes Gebet parat.“ Zweitens besitze sie mit ihren Kirchen-Kollegen ein vertrauenswürdiges, überparteiliches Netzwerk.

Umgekehrt vermag sie mit ihrer Alltagsnähe aber auch die Kirche zu prägen. Barbara Rinke bemüht sich, in den kirchlichen Debatten dafür zu sorgen, dass diese nicht allzu himmlisch abheben, sondern geerdet bleiben. Sie ist der „Realitätscheck“ der Kirchenpolitik.

„Als Kommunalpolitikerin ist man auf die Realität angewiesen. Ich kann nicht zu irgendwelchen theoretischen Gebilden ja sagen, die sich in der Praxis nicht umsetzen lassen. Es sind die Leute vor Ort, die mit den politischen Entscheidungen umgehen müssen. Da ich jeden Tag genau mit diesen

Leuten zu tun habe, habe ich ein gutes Gespür dafür, was sich machen lässt und was nicht.“

Umgang mit Macht

Auch ihre ersten Erfahrungen mit Macht und „Machtspielchen“ hat sie in der Kirche gesammelt. Macht war für sie lange etwas „Anrühiges“ und sie musste erst lernen, Macht zu wollen:

„Wenn man so ein Amt hat, gehört es dazu, dass man Macht ausüben will. Ich finde es schön, dass ich Entscheidungen treffen kann. Ich gebe gern die Richtung an. Und damit übe ich Macht aus. Sonst machen es nämlich andere mit einem. Das Entscheidende ist, dass ich nicht über andere Macht ausübe. Ich habe keinen Gefallen daran, anderen zu zeigen, wie wichtig ich bin.“

Unsaubere Machenschaften lässt sie niemandem durchgehen. Deshalb treibt sie auch der Umgang mit der DDR-Vergangenheit um. Sie selbst ist während ihres Studiums in die Freie Deutsche Jugend (FDJ), die Jugendorganisation der DDR, eingetreten. Um etwas zu verändern. Mit 21 Jahren erlebte sie den Prager Frühling und trat nach dessen Niederschlagung wieder aus der FDJ aus.

Es ist ihr wichtig, dass Menschen, die zu DDR-Zeiten wegen ihrer politischen Überzeugung in Bautzen in Haft gesessen haben, eine Stimme behalten. Und sie will nicht verstehen, dass bis zum heutigen Tage manche den Schießbefehl an der innerdeutschen Grenze bagatellisieren. Ganz klar ist für sie, „dass Leute, die damals als politische Führung zugange waren, jetzt nicht wieder aufs Schild gehoben werden dürfen.“ Nur unter zwei Bedingungen kann sie sich daher eine Zusammenarbeit mit der Linken vorstellen. Die Partei müsste sich klar zu ihrer Vergangenheit positionieren und dürfte keine aus DDR-Zeiten belaste-



Auf dem Weg zum nächsten Termin.



Eine Jugendinitiative hat die Oberbürgermeisterin überzeugt, einen „Stadtstrand“ einzurichten. Hier besichtigt sie den Fortschritt der Bauarbeiten.

ten Personen in politische Funktionen bringen. Aus ihrer Sicht ist die Zeit nach knapp 20 Jahren noch nicht reif, um der Linken irgendeine Form der Meinungsführerschaft zu überlassen. „Vielleicht in noch mal zwanzig Jahren, aber vorher nicht.“ Aber auch hier kehrt sie vor der eigenen Haustür. Ihre eigene Partei habe das DDR-Thema aus ihrer Sicht nicht ausreichend bearbeitet und würde sich mit der Verbrüderung mit der Linken auf ein gefährliches Terrain begeben.

Transparenz und Partizipation sind ihr auch in ihrer eigenen Verwaltungsführung wichtig. Damit nicht jeder nur „sein Ding“ macht, beraumt die Verwaltungschefin seit Jahren Klausurtagungen mit den Ressorts- und Amtsleitungen ein. Begleitet von einer externen Moderation, werden hier entlang der vorbereiteten Tagesordnung nicht nur zentrale Entscheidungen gefällt und aktuelle und zukünftige Projekte besprochen, sondern es kommen auch Fragen der Zusammenarbeit im Team oder der persönlichen Work-Life-Balance zur Sprache.

Familie als Ressource

Nur 36 Oberbürgermeisterinnen gibt es in Deutschland. Barbara Rinke übt diese Aufgabe mit großer Selbstverständlichkeit aus. Als „Großvaterkind“ wurde sie nicht „als Mädchen“ erzogen, sondern überall mit hingeschleppt, auch in die Zigarrenrunden der älteren Herren. Sie wurde mit der Botschaft erzogen: Du kannst alles! Und du musst auch alles können! Sie hat früh gelernt, sich durchzusetzen, und ihr Gerechtigkeits-sinn wurde von den Eltern bewusst gefördert. Sie sagt von sich, dass sie sich gern auseinander setzt und streitet. „Davor muss man keine Angst haben.“

Ihr Selbstbewusstsein kommt ihr auch zugute, wenn sie – wie so oft – als einzige Frau in kommunalpolitischen oder kirchlichen Gremien sitzt. Mit ironischem Unterton wies einmal ein Innen-

minister in seiner Begrüßung darauf hin, dass man ja jetzt nicht mehr alles beim Bier regeln könne. Daraufhin sagte sie: „Ich trinke auch gern einmal ein Bier. Daran soll es nicht liegen.“

Barbara Rinke kennt die Regeln: „Ich bin eher ein weicher Typ, aber das zeige ich nicht. In der Regel muss man Stärke beweisen. Die angreifbaren Stellen, die man von sich zeigt, muss man sorgfältig auswählen.“ Einmal im Jahr lässt sie sich von einem befreundeten Theologen und Psychologen supervidieren. Sie findet diese Außensicht vor allem hilfreich, damit man sich nicht in Dinge verrennt.

Die unbestritten wichtigste Stütze der Oberbürgermeisterin bildet jedoch ihre Familie. Drei der vier Töchter, die heute zwischen 25 und 33 Jahre alt sind, leben in Nordhausen. Bei allen hat sie die Diplomarbeit Korrektur gelesen. Und jeden Sommer trifft sich die stetig wachsende Familie zum gemeinsamen Urlaub im eigenen Haus in der Bretagne. Dass sie von dort aus – wie zu Amtsbeginn wegen der Korruptionsaffäre – jeden Tag telefonieren muss oder die Probleme sich in ihre Träume einschleichen, ist inzwischen zum Glück die Ausnahme.

Nicht zuletzt bildet ihr Ehemann ein „kritisches Korrektiv“: „Der passt schon immer ein bisschen auf. Ich brauche das auch, weil man sonst vor lauter Arbeit nicht mehr herausfindet.“ Als sie vor kurzem eine Herzattacke erlitt, hat ihr Mann ihr umgehend eine Woche Gardasee zur Erholung verordnet.

Wenn ihre Amtszeit 2012 vorbei ist, will sie wieder mehr für sich selbst unternehmen und Zeit mit der Familie verbringen: Eine Reise mit der transsibirischen Eisenbahn steht noch auf dem Wunschzettel. Sie würde auch gern ihren Mann bei seinen Geschäften und ihre Töchter in der Betreuung der Enkelkinder unterstützen. Auch ihre Mutter wünscht sich mehr Zeit mit ihr.

Wie Barbara Rinke sich weiter in der Kirche engagieren wird, hat sie noch nicht entschieden.

Geschichte(n) schreiben

Morgen kommen sie wieder – wie inzwischen jedes Jahr: die Antwerpener mit Kindern und Enkelkindern. Altersbedingt sind es jedes Jahr ein paar weniger. Sie fahren erst nach Buchenwald, um der Befreiung des Konzentrationslagers durch die Amerikaner zu gedenken. Im Anschluss bittet Barbara Rinke sie zu sich nach Hause zum Essen. Dann kann man in Ruhe miteinander reden – ihr wichtigstes Anliegen. „Die ehemaligen Häftlinge wollen eigentlich nichts anderes, als immer wieder ihre Geschichte erzählen. Sie haben Angst, dass alles vergessen wird, wenn sie sterben.“ Manche können bis heute nicht alles sagen. Beim ersten Besuch haben sie sich mit Namen und ihren Häftlingsnummern in ein „Goldenes Buch“ eingetragen. „Der Name soll bleiben – das ist das Wichtigste.“ Die Antwerpener sind sich inzwischen sicher, dass sie auf Barbara Rinke zählen können. Wenn sie ihre Geschichte eines Tages nicht mehr selbst erzählen können, wissen sie, dass sie von anderen erzählt werden wird. Zwischen den ehemaligen Opfern und den Nachfahren der Täter sind persönliche Freundschaften entstanden. Barbara Rinkes Versöhnungsidee hat Früchte getragen.

Uta Kletzing





„Neulich wurde ich angesprochen: ‚Ihr Frauen mit eurem Netzwerk, man könnte richtig neidisch werden.‘“

Susanne Linhart

Die Kunst des Netzwerkens

Susanne Linhart ist zweite Bürgermeisterin im bayerischen Grafing. Sie setzt in ihrer Arbeit auf gesunden Menschenverstand – und auf den Zusammenhalt unter Frauen.

Spaziert man mit Frau Bürgermeisterin durch die Stadt, begleitet einen das interessierte *Grüß Gott*, das allseits ertönt, wie eine freundliche Hintergrundmusik. Sei es von der 80-jährigen Jubilarin, die über den Gartenzaun ihres kleinen Grundstücks grüßt und vor kurzem von der Bürgermeisterin persönlich zu ihrem Ehrentag beglückwünscht wurde. Sei es vom aufstrebenden Bauunternehmer, der direkt hinter dem Markplatz mit seinen noch zahlreich vorhandenen barocken Häusern einen neuen Wohnkomplex mit Eigentumswohnungen errichtet. Eifrig berichtet er über den Fortgang der Bauarbeiten und versteht es charmant, das eine oder andere lobende Wort für seine Stadtherrin einzuflechten.

Susanne Linhart, vor kurzem erneut zur zweiten Bürgermeisterin im oberbayerischen Grafing gewählt, ist sichtlich stolz auf das Vorhaben. Jahrelang haben die abbruchreifen Häuser vor

sich hingegammelt, jetzt erhält das Zentrum von Grafing einen neuen Anziehungspunkt. Dieser dürfte vor allem für ältere Menschen attraktiv sein, aber durchaus auch für wohl situierte Familien.

Im fernen Berlin kennzeichnet man diese Bauweise seit neuestem mit dem schicken Begriff der „Town Houses“. In Grafing heißt es der „Grandauer Hof“.

Bayerische Moderne

Denn Grafing, ca. 30 km südöstlich von München in Richtung Rosenheim gelegen, hat sich, seitdem es einen gut funktionierenden S-Bahnanschluss gibt, zu einer beliebten Wohngegend für eine betuchte Münchener Klientel entwickelt. Die 13.000-Einwohnerstadt ist auf eine angenehm moderne Weise bayerisch. Was vor zwanzig, dreißig Jahren noch muffig-kleinstädtisch hätte wirken können, übt sich heute in leicht mediterran angehauchtem Lebensstil, mit Espressi und Capuccini auf dem Marktplatz, mit Feinkostläden und Vernissagen. Aber dennoch bleibt es bayerisch – dafür sorgen nicht zuletzt die Alpen, die bei gutem Wetter herübergrüßen und bei Großstadtmenschen das leicht unwirkliche Gefühl auslösen, in einer Postkartenidylle gelandet zu sein.

Eine Idylle, die ihren Preis hat: Um die 500 Euro kostet hier der Quadratmeter Bauland. Deshalb hat die Stadt vor einiger Zeit ein Neubauvorhaben mit rund 50 Häusern ausgeschrieben, das ausschließlich Einheimischen vorbehalten war. Einheimisch: Das heißt, mindestens 12 Jahre am Stück in Grafing wohnhaft. Der Quadratmeter wurde von der Gemeinde für 300 Euro angeboten.

Susanne Linhart war in dieser Zeit im Bauausschuss tätig. Im Bauausschuss mitzuwirken, das ist so etwas wie das Adelsprädi-

kat in der Kommunalpolitik, weil hier die Gestaltungsmöglichkeiten für die Stadt oder Gemeinde erheblich sind. Ihr selbst hat diese Arbeit unglaublich Spaß gemacht. Und sie ist überzeugt, viel bewirkt zu haben: Dass bei Neubauvorhaben die Schulweg-Sicherheit und die Spielplätze nicht vergessen worden sind, ist u. a. ihr Verdienst.

Ihre erste Periode als Stadträtin in Grafing verbrachte sie im Ausschuss für Kultur, Schule, Sport und Soziales. Auch hier hat ihr die Tätigkeit viel gebracht. Auch hier hat sie einiges bewirkt. Zur Kommunalpolitik kam sie über ihre Tätigkeit im Elternbeirat, und ihre erste Tat als frischgebackene Stadträtin galt den damaligen Missständen in der Hauptschule.

Zusammen mit einem gleichfalls frisch gewählten Kollegen aus der Jungen Union, der Nachwuchsorganisation der CSU, unterstützte sie den Elternbeirat tatkräftig bei seinen Reformbestrebungen. Nach Intervention beim bayerischen Kultusministerium erhielt die Schule tatsächlich einen neuen, fähigen Direktor und ist seitdem auf gutem Wege. Die Kollegen im Stadtrat seien aber damals durchaus skeptisch gewesen, ob es richtig sei, sich hier einzumischen.

Herausforderungen und Erfolgsstrategien

Im Verlauf ihres politischen Engagements ist Susanne Linhart immer wieder mit solchen Einwänden, mit im Hintergrund gebrummelter Skepsis, auch gegenüber ihrer eigenen Person, konfrontiert gewesen.

„Eine Frau, eine Zugezogene, eine Akademikerin – das ist normalerweise nicht so das, was die CSU mag.“

Doch drei Dinge hätten ihr geholfen, so sagt sie nicht ohne leicht süffisante Ironie gegenüber ihren Parteiliebenden: dass sie immerhin „bayerisch“ sei, und zwar direkt aus dem Bayerischen Wald, dass ihr Mann als Inhaber einer Tierarztpraxis in zweiter Generation einen guten Namen hatte, und nicht zuletzt, dass sie als Ehefrau immer tüchtig in der Praxis mitgearbeitet hat.

Geholfen hat sicher auch, dass Susanne Linhart eine Person mit gesundem Menschenverstand ist. Sie ist eine angenehme Gesprächspartnerin, unaufgeregt, freundlich, aber durchaus bestimmt und entschieden genug, ihre Meinung zu sagen. Diplomatisches Geschick hat sie ständig unter Beweis zu stellen, denn es gilt, die verschiedenen Charaktere in Fraktion und Partei einzubinden, oder neben einem eher traditionell-autoritär eingestellten Ersten Bürgermeister eine nicht immer leichte zweite Rolle zu spielen.

Misserfolge im eigentlichen Sinne habe sie in den 12 Jahren, in denen sie nun schon aktiv in der Kommunalpolitik tätig ist, nicht erlebt, aber die Missgunst, der Neid, die menschlichen Irrungen und Wirrungen haben ihr doch manches Mal zugesetzt.

Eine „richtig miese Kampagne“ habe sie erlebt, als sie zum ersten Mal zur Wahl für das Bürgermeisteramt vorgeschlagen wurde. Da hatte sich ein altgedienter Kollege erhofft, dass er nun an der Reihe sei, und habe es nicht verkraftet, dass die jüngere Frau an ihm vorbei zog. Auf offener Straße sei sie angegangen worden, „angenehm war das alles nicht.“

Aber von ihrem Weg hat sie sich nicht abbringen lassen.

Heute hilft der 47-jährigen in solchen Situationen das Selbstbewusstsein, das über die Jahre gewachsen ist, es hilft die Erfahrung, es hilft auch die Familie, die Rückhalt gibt. Vor allem mit ihrem jüngsten Sohn, der heute 22 Jahre alt ist, kann sie sich



Persönliche Begegnungen prägen das Amt einer zweiten Bürgermeisterin. Dazu gehört auch die handgeschriebene Grußkarte.



Susanne Linhart an ihrem häuslichen Arbeitsplatz.

austauschen. „Ganz freiwillig“ sei er zusammen mit seinem zwei Jahre älteren Bruder bei der Jungen Union eingetreten. Im jüngsten Wahlkampf hat sie bestens mit ihm zusammengearbeitet, manches Mal am Küchentisch die Veranstaltungen vor- und nachbereitet und Strategien ausgeheckt. Man glaubt ihr aufs Wort, wie viel Spaß ihr dies gemacht hat.

Politik von klein auf

Das kommunalpolitische Engagement hat sie im Elternhaus und in der Familie kennen gelernt. Der Vater war für die Freien Wähler im Stadtrat der Heimatstadt tätig, seine Brüder waren gleichfalls kommunalpolitisch aktiv, eine Cousine mit einem Landtagsabgeordneten verheiratet. Über Politik wurde bei den diversen Familienfesten immer debattiert, durchaus heftig, durchaus kontrovers. In den 80er Jahren war Susanne Linhart noch ein Fan von Helmut Schmidt.

Sie habe sich immer schon vorstellen können, wenn sie einmal in einer Stadt sesshaft werden würde, sich dort in der Kommune zu engagieren. Der Anstoß, der CSU beizutreten, kam, als Anfang der 80er die Republikaner im Landkreis Rosenheim stark zulegen. Da habe sie sich entschlossen, etwas dagegen zu tun und die CSU zu stärken. Eine konservative Grundausrichtung habe sie immer besessen, aber tiefschwarz sei sie sicher nicht.

Das privat-berufliche Team

Sie studierte deutsche und englische Literaturwissenschaft sowie Neuere Geschichte, auf Lehramt. Dann lernte sie im Studentencafe ihren jetzigen Mann kennen – und das erste Kind kam überraschend und unverhofft. Vier Monate vor Geburt des ersten Sohnes Alexander wurde geheiratet. Bald darauf zog die Familie nach Grafing, wo ihr Mann in die elterliche Praxis einstieg.

Ihr sei schnell klar geworden, dass es sinnvoll sei, sich mit ihm dort zusammen zu engagieren und ein gemeinsames Leben aufzubauen, persönlich wie eben auch beruflich. Statt des aufwändigen Staatsexamens entschloss sie sich für den Magister und schrieb ihre Abschlussarbeit, als das Kind bereits auf der Welt war. Der zweite Sohn kam dann, geplant, zwei Jahre später. In der Praxis hat sie in den Anfangsjahren intensiv mitgearbeitet, dabei die gesamte Personalbetreuung und Buchhaltung gemacht, oft 50 bis 60 Stunden die Woche. Die Praxis ist ganzjährig geöffnet, sonn- wie feiertags, Tag und Nacht. Susanne und Axel Linhart sind ein tüchtiges und erfolgreiches Paar, die florierende Praxis mit mehreren Angestellten sowie das weitläufige Wohnhaus mit elegant-modernem Interieur zeugen davon.

Die Bauern auf dem Land kennen und grüßen Susanne Linhart als „Frau Doktor“. Auch das helfe für das politische Engagement, denn sie sei nun mal bekannt und geschätzt, die Bauern würden sonst kaum eine Frau wählen. Als sie einmal mit Angelika Niebler, der Europaabgeordneten der CSU und jetzigen Bezirksvorsitzenden der Frauenunion in ihrem Bezirk, eine Wahlkampfveranstaltung an einem Sonntagmorgen besuchte, habe so ein gestandener Bauer ganz entgeistert gefragt:

„Und wer dat jetza bei euch kochen dahoam?“

Familienpolitik und Frauennetzwerke

Susanne Linhart nimmt das gelassen, lächelt darüber hinweg, aber sie nimmt es nicht hin. In der Familienpolitik setzt sie moderne Akzente: In Grafing hat sie sich schon vor zehn Jahren für eine Kinderkrippe eingesetzt, zum kompletten Unverständnis einiger Kollegen, die das weniger aus finanziellen denn aus ideologischen Bedenken ablehnten, da Mütter nun einmal für Kleinkinder da zu sein haben. Mit freundlicher Beharrlichkeit hat sie ihre Argumente vorgebracht, Unterstützer gewonnen.

Heute gibt es drei Krippen in Grafing. Der Münchner Speckgürtel ist eine prosperierende Region, die Arbeitslosigkeit ist extrem niedrig, Fachkräfte werden gesucht. Und für Susanne Linhart ist klar, dass die jungen Frauen heute beides wollen, Beruf und Familie, und dass die tradierte Rollenteilung zwischen Frauen und Männern nicht mehr zeitgemäß ist.

Obwohl Susanne Linhart sich sicher nicht als Feministin bezeichnen würde, ist vieles von dem, was sie tut, von einem gleichstellungspolitischen Bewusstsein geprägt. Sie setzt sich zum Beispiel mit großer Selbstverständlichkeit für andere Frauen ein: So versucht sie gezielt, Frauen für die Kandidatur im Stadtrat zu werben und ist zum dritten Mal Mentorin im Mentoring-Programm der oberbayerischen Frauenunion.

Besonders der Umgang mit ihrer zweiten Mentee wurde zu einer sehr schönen Erfahrung, wie sie sagt. Die von ihr unterstützte Nachwuchspolitikerin hat jetzt bereits verantwortliche Funktionen in ihrem örtlichen CSU-Verein übernommen. Wer in der Kommunalpolitik reüssieren will, und reüssieren heißt als erstes, auf einen aussichtsreichen Listenplatz zu kommen, muss ihrer Ansicht nach vor allem bekannt sein:

„Jede Tätigkeit in einer Vorfeldorganisation ist hilfreich: ob im Sport- oder Turnverein und die Männer vor allem in der Feuerwehr.“

Bei den Frauen sei dagegen soziales Engagement gefragt. Wer als Frau dem Gewerbeverein vorstehe, wird wohl eher misstrauisch beäugt. Auch in diesem Punkt halten sich in der ländlich geprägten bayerischen CSU die Vorurteile. Aber auch die der CSU zugewandten Frauen seien oft zögerlicher:

„Ich bin ja nun Frauen gegenüber ausgesprochen aufgeschlossen, aber es ist immer noch schwer,



Im Gespräch mit Tilde Putz, Ehrenvorsitzende der Frauenunion in Grafing.

Frauen zu einer Kandidatur zu animieren. Die sagen, ach, das kann ich nicht, um Gottes Willen. So etwas sagt kein Mann. Die anderen, die vielleicht möchten und sich das auch zutrauen würden, die haben dann Probleme mit ihrem Partner. Die sagen ganz offen: Mein Mann mag's nicht.“

Wer da Frauen zum Engagement in der Politik ermuntern will, braucht einen langen Atem. Umso wichtiger werden Vorbilder.

Susanne Linhart selbst hatte eine Mentorin, auch wenn es den Begriff damals noch gar nicht gab. Das war die Vorsitzende der Frauenunion, Tilde Putz, eine resolute und gewitzte Politikerin. Vom Äußeren her ein „Miss-Marple-Typ“ habe sie die Männer durchaus „das Fürchten gelehrt“ und von allen Seiten Respekt genossen. Von ihrer Mentorin wurde sie für den Vorsitz der Frauenunion und dann den Vorsitz des CSU-Ortsverbandes aufgebaut. Von ihr erhielt sie Zuspruch, Tipps, kurzum das politische Rüstzeug. Überhaupt die Frauenunion! Anfangs war Susanne Linhart davon ausgegangen, dass das ein Verein für älterliche Frauen sei, ein Kaffeekränzchen. Längst ist sie eines Besseren belehrt. Die Frauenunion in Oberbayern hat sich zu einem gut funktionierenden Netzwerk entwickelt. Man unterstützt sich gegenseitig, tauscht sich darüber aus, welche Veranstaltungen „gehen“ und welche nicht, was ankommt in der Bevölkerung, und wie man die politische Prominenz aufs Land holt. Die männlichen CSU-Kollegen seien mittlerweile auf die Kontakte fast schon neidisch.

Vor kurzem hat sie in ihrer Funktion als Kreisvorsitzende der Frauenunion die neue Generalsekretärin der CSU, Christine Haderthauer, in den Landkreis eingeladen. Da waren die männlichen Kollegen mehr oder minder sprachlos: „Wen Du schon wieder kennst.“

Neue Frauen braucht das Land...

Pragmatisch, gemäßigt modern, unideologisch – Susanne Linhart repräsentiert die neue Generation der Unionspolitikerinnen auf selbstverständliche Weise. Mit den Kollegen der anderen Parteien kommt sie gut klar, auch mit der Vorsitzenden der Grünen, „selbst wenn das manchmal gar nicht gern gesehen wird.“ Berührungssängste hat sie keine, im Gegenteil. Ihr Führungsstil ist kooperativ, sie hört zu, sie moderiert, sie versteht es aber auch, die Männer an die Leine zu nehmen, wenn die wieder einmal durcheinander schwätzen:

„Unterbrechen lasse ich mich nicht gern.“

Insgesamt sei die Atmosphäre im Stadtrat kooperativer geworden: „Meine Generation an Stadträten arbeitet auch parteiübergreifend besser zusammen. Ich stelle fest: vor allem die Frauen. Wir haben nicht so dieses Problem, wenn es jetzt von den Roten vorgeschlagen wird, können die Schwarzen nicht zustimmen.“

Nach zwölf Jahren im Stadtrat und nach sechs Jahren als Kreisrätin und Bürgermeisterin kennt sie das politische Geschäft. Jetzt, wo die Söhne erwachsen sind und auch in der Tierarztpraxis der Druck nachgelassen hat, kann sie sich eine professionelle Karriere in der Politik durchaus vorstellen: So hat sie bereits 2005 für den Bundestag kandidiert, durchaus auf einem aussichtsreichen Platz. Wenn die CSU nur etwas besser abgeschnitten hätte, hätte sie das Ticket nach Berlin in der Tasche gehabt. Dann wäre ein langgehegter Traum in Erfüllung gegangen, einmal einen politisch verantwortungsvollen Posten bekleiden zu können.

Die CSU hat in den Augen von Susanne Linhart in den letzten Jahren leider viel Rückenwind verloren, so dass auch die Landtagswahl 2008 für die Union nicht leicht werde. Stoiber habe es versäumt, rechtzeitig einen Nachfolger aufzubauen, konstatiert Susanne Linhart nüchtern, die jetzige Situation sei alles andere als befriedigend.

Fast möchte man den Christlichsozialen in Bayern raten, sie sollten doch künftig bitte ihre weiblichen Talente besser fördern und eher den Männern das Kochen am Sonntagmorgen überlassen. Dem Land täte es sicher gut.

Helga Lukoschat





„Man muss ein Thema haben, für das man brennt. Es muss etwas geben, das man sich nicht gefallen lassen oder ändern will.“

Petra Wermke

Machen statt Jammern!

Petra Wermke steht der Bezirksverordnetenversammlung von Berlin Marzahn-Hellersdorf vor. Bürgerengagement liegt ihr besonders am Herzen.

Marzahn ist anders. Der Berliner Großbezirk am östlichen Rand der Hauptstadt hat mit den Altbauquartieren in Berlin-Mitte, Prenzlauer Berg oder Friedrichshain oder den gutbürgerlichen Vierteln im Süden der Stadt auf den ersten Blick wenig gemein. Doch Marzahn ist auch anders, als es manches Vorurteil über die „Plattensiedlungen“ im Osten der Stadt nahe legt.

2001 wurden die in den 70er Jahren zu DDR-Zeiten hochgezogenen Neubausiedlungen Marzahn und Hellersdorf zu einem gemeinsamen Bezirk vereinigt – mit rund 250 000 Einwohnern hat der Bezirk die Größe einer mittleren deutschen Stadt. In den letzten Jahren war der Bezirk Objekt zahlreicher Stadtentwicklungsprojekte. Die haben gegriffen: Hochhäuser wurden saniert, nicht mehr benötigter Wohnraum rückgebaut oder abgerissen, leer stehende Flächen in Mietergärten verwandelt. An einem hel-

len Sommertag präsentiert sich der Bezirk fast beschaulich: Auf den Spielplätzen tummeln sich die Kinder, auf dem weitläufigen Platz vor dem Marzahner Freizeitforum flanieren Jung und Alt, die Blumenrabatten mit Rosen und Lavendel sind besser gepflegt als in manchem Innenstadtbezirk, ein Springbrunnen plätschert vor sich hin.

Doch auch dies fast kleinstädtisch anmutende Bild ist nur ein Teil der Realität. „Der Bezirk hat eine soziale Schere“, weiß Petra Wermke, die Vorsteherin der Bezirksverordnetenversammlung – kurz BVV, wie die kommunalen Parlamente der Berliner Bezirke heißen.

Soziale Brennpunkte

Marzahn-Hellersdorf besteht nicht nur aus rund 100 000 Neubauwohnungen, sondern auch aus fünf ehemaligen „Dörfern“. Diese sind historisch gewachsen und überwiegend mit Einfamilienhäusern bebaut. Hier wohnen die sozial und ökonomisch Bessergestellten. In den Hochhäusern dagegen konzentrieren sich seit einigen Jahren mehr und mehr sozial schwache Bevölkerungsgruppen, darunter zahlreiche Spätaussiedler-Familien. Die Erwerbslosenquote liegt bei über 15 Prozent, das Durchschnittseinkommen mit rund 900 Euro im unteren Drittel der Rangfolge der Berliner Bezirke.

Die Themen, mit denen sich die Bezirksverordneten zu befassen haben, kreisen so auch um die Neuordnung der Arbeitsmarktpolitik und ihrer Auswirkungen auf den Bezirk, auf die Sicherung sozialer Projekte oder darum, dass ein Großmarkt im Einkaufszentrum „Helle Mitte“ den Standort aufgeben will und 120 Arbeitsplätze gefährdet sind. Aber es werden auch kleine Erfolgsgeschichten behandelt: Berichtet wird über gut besuchte Sommerfeste und Kulturwochen oder über die erfolgreiche Einrichtung eines Sponsorenstammtisches, bei dem die lokalen

Unternehmen und Gewerbetreibenden mit den zahlreichen Projekten und Initiativen zusammensitzen.

Leben in Marzahn

Petra Wermke, welche die Bezirksverordnetenversammlung ehrenamtlich leitet, steht mit ihrer Biografie fast prototypisch für diesen Bezirk. Zusammen mit ihrem Mann – er hat wie sie Ingenieurwissenschaften in Moskau studiert – ist sie 1987 in eine der „Platten“ gezogen. Schnell hintereinander kamen die beiden Söhne zur Welt. Der soziale Zusammenhalt funktionierte: „Wir haben uns gegenseitig geholfen, auf die Kinder aufgepasst. Die Türen standen immer offen.“ Marzahn und Hellersdorf waren die Vorzeigebezirke im damaligen Ostberlin, für junge Familien attraktiver als die Altbauwohnungen mit Ofenheizung und Außenklo der Berliner Mitte.

Petra Wermke ist gleich mit 18 in die SED eingetreten. Sie wollte es so, auch wenn ihre Familie in punkto Politik zweigeteilt war: Ihre Mutter war Parteimitglied, ihr Vater nahm eine kritische Haltung ein. Nach der Wende 1989 blieb sie in der PDS und übernahm die Funktion einer „HGL“, einer Hausgemeinschaftsleiterin. In dieser Funktion kümmerte man sich vor allem um gemeinsame Unternehmungen, leistete Nachbarschaftshilfe.

Die wohnortnahe, soziale Verankerung der PDS hat mit Sicherheit dazu beigetragen, dass heute *Die Linke*, zu der sich die PDS nach dem Zusammengehen mit der überwiegend westdeutschen WASG umformierte, weiterhin stärkste Fraktion im Bezirk ist. Zwar liegt der Stimmenanteil nicht mehr wie 2001 bei über 50 Prozent, doch auch in der aktuellen Wahlperiode bei immerhin 38 Prozent. Mit 22 Bezirksverordneten stellt *Die Linke* die größte Fraktion in dem 55 Personen zählenden Bezirksparlament.

Diplomingenieur Petra Wermke

Als Petra Wermke gefragt wurde, für die BVV zu kandidieren, hat sie nicht lange gezögert: Damals war sie erwerbslos, hatte soeben eine Umschulung im Bereich Marketing hinter sich. Der Betrieb, in dem sie anschließend gearbeitet hatte, war nicht überlebensfähig.

Es kennzeichnet die zupackende, pragmatische Art der heute 46-jährigen, dass sie sich nicht entmutigen ließ. Vor allem wollte sie eines nicht: jammern. Ein halbes Jahr, nachdem sie in die BVV eingezogen war, klappte es dann auch mit dem Job, und zwar in einem Bereich, der exakt ihren Qualifikationen entsprach: Für die Zertifizierung deutscher Exportgüter nach Russland wurde ein Ingenieur mit perfekten russischen Sprachkenntnissen gesucht. Petra Wermke erhielt die Stelle.

In der Firma machte sie eine Erfahrung mit ihren westdeutschen Kunden, die viele weibliche Ingenieure aus der ehemaligen DDR kennen dürften: Zuerst unterschrieb sie ihre Briefe mit *P. Wermke*. Da wurde dann nach Herrn Peter Wermke gefragt. Dann unterschrieb sie mit *Petra Wermke*. Da wurde dann nach dem Chef gefragt. Heute unterschreibt sie mit Diplomingenieur Petra Wermke. Nach dem Chef wird kaum mehr gefragt. Über diese Erfahrungen berichtet sie heute eher amüsiert.

Termine, Termine

Trotz eines anspruchsvollen 40-Stunden-Jobs hat sie nie daran gedacht, ihr kommunalpolitisches Engagement aufzugeben. Der Tag geht von morgens 8 bis abends 22 Uhr. Fast jeden Abend gibt es einen Termin: sei es Senioren-BVV oder Ältestenrat, Ausschuss- oder Fraktionssitzung. Dazu kommen zahlreiche repräsentative Aufgaben: ein Empfang in der belorussischen Botschaft, Jubiläen, Feierstunden. Und Freitag in vierzehn Tagen gibt es auch einen privaten Termin: Da will sie zusammen mit



Petra Wermke ist Vorsitzende des Vereins für Städtepartnerschaften in Marzahn-Hellersdorf.



Fußballer aus der englischen Partnerstadt Halton zu Besuch in Berlin.



Plattenbauten prägen das Gesicht des Bezirks. Aber es gibt auch dörfliche Areale.

ihrem Mann ein Konzert auf dem Berliner Gendarmenmarkt besuchen. Rund 20 Stunden pro Woche veranschlagt Petra Wermke für ihr Engagement. Als Vorsteherin der BVV erhält sie dafür eine Aufwandsentschädigung von rund 1000 Euro pro Monat.

Das umtriebige Leben macht ihr offensichtlich Spaß:

„Ich lebe doch dabei“, sagt sie energisch. Das Leben beginne doch nicht erst ab 17 Uhr, wenn man zu Hause sei. Manchmal beschleiche sie die Frage: „Was machen die Leute da eigentlich?“

Wo es Dinge zu organisieren gibt, ist Petra Wermke in ihrem Element. Auch zwischen den vier Familienmitgliedern – zurzeit eher drei, weil der älteste Sohn gerade für ein Jahr in Australien ist – sind die Pflichten genau aufgeteilt. Der Haushalt schnurrt: „Wenn wir zusammen sind, ist das sehr intensiv. Dann halten wir uns nicht mit Kleinigkeiten der Art auf, wer die Socken aufräumt oder die Küche sauber macht.“ Stolz ist sie auf ihre beiden Söhne, die „erstaunlich gut geraten“ seien. Der eine will ein Informatik-Studium, voraussichtlich an der Humboldt-Universität, aufnehmen, der andere will Physiker werden. Seit über zehn Jahren lebt die Familie in einem fast 80 Jahre alten Häuschen in einem der „dörflichen“ Gebiete des Bezirks.

Bezirkswahl über Parteipolitik

Petra Wermke hat auch eine ausgesprochen mütterliche Seite. „Harmoniebedürftig“ sei sie, sagt sie von sich selbst. Ihr gefällt es, in ihrer Rolle als Vorsteherin vor allem parteiübergreifend zu wirken, Konflikte auszugleichen, für die Belange aller Fraktionen ein offenes Ohr zu haben. Nie käme es ihr in den Sinn, ihre herausgehobene Stellung parteipolitisch auszubeuten. Und das wird von den Bezirksverordneten honoriert: Fraktionsübergreifend wurde sie 2006 zum dritten Mal zur Vorsteherin gewählt.



In einer Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport.



Petra Wermke ist Vorsteherin der Bezirksverordnetenversammlung (BVV)

Ist es einerseits erstaunlich, so ist es andererseits auch folgerichtig, dass sie sich selbst als „eher unpolitischen“ Menschen bezeichnet. Sich mit Strömungen auseinandersetzen, Stellungnahmen schreiben, Mehrheiten organisieren, das ist nicht ihre Welt. Sehr eindrücklich beharrt sie auf dem Unterschied zwischen vordergründiger Parteipolitik und Engagement. Engagement – das ist für sie die Arbeit mit und für die Menschen; und so will sie auch ihre politische Motivation verstanden wissen. Seit Jahren ist sie zum Beispiel auch als Vorsitzende des Vereins für Städtepartnerschaften tätig. Just am Wochenende zur EM wird sie eine Gruppe junger Fußballer aus der englischen Partnerstadt Halton in Empfang nehmen und betreuen.

Rege Bürgerbeteiligung

Besonders stolz ist sie darauf, dass sich in Marzahn-Hellersdorf so viele Bürger am bezirklichen Geschehen beteiligen: „Wir haben hier Bürger-Initiativen noch und noch. Bei unseren Einwohnerversammlungen geht es hoch her: Die kommen und diskutieren mit, beschweren sich oder machen Vorschläge.“ Auch das Amt des bzw. der Bürgerdeputierten, welches die Berliner Verfassung vorsieht, wird gut angenommen: „Da können sich fachkundige Bürgerinnen und Bürger in den Ausschüssen engagieren und bei den Fachthemen mitarbeiten.“ Überhaupt glaubt sie, dass der Weg ins kommunalpolitische Engagement über die unmittelbare Betroffenheit läuft: „Man muss ein Thema haben, für das man brennt. Es muss etwas geben, das man sich nicht gefallen lassen oder ändern will. Sei es, dass etwas in der Kita der Kinder nicht gut läuft oder dass die Verkehrswege unsicher sind.“ Sie selbst hat sich vor allem im Umweltbereich engagiert, ist Mitbegründerin der lokalen Agenda 21.

So denkt sie auch, dass es nicht unbedingt große Vorzeigeprojekte sind, auf die sie in ihrer kommunalpolitischen Tätigkeit stolz sein könnte, sondern die vielen kleinen Veränderungen

und dass sie mit dazu beigetragen hat, die Menschen zu aktivieren.

„Ich kann es nicht ausstehen, wenn Menschen vor dem Spiegel stehen und sich beklagen.“

Mit Klagen und Beschwerden hat sie ständig zu tun, doch sie versteht es auch, die Anliegen zu kanalisieren und in eine produktive Richtung zu lenken.

„Ich kann einiges für die Leute tun, aber sie müssen auch selbst Verantwortung übernehmen. Ich schlage dann ganz konkret vor: Komm morgen um 18 Uhr in die Ausschusssitzung, trag dein Anliegen vor, mach etwas.“

Die intensive Bürgerbeteiligung hat in Marzahn-Hellersdorf deutlich Früchte getragen: Bereits im Jahr 2000 erhielt der Bezirk im Rahmen der Expo einen ersten Preis für seine Projekte im ökologischen Stadtumbau. Längst sind sich die Experten einig, dass ohne die intensive Einbeziehung und Aktivierung der Bevölkerung der Wandlungsprozess nicht zu bewältigen gewesen wäre.

Während an diesem hochsommerlichen Nachmittag der Großteil der Berliner die Sonne und ihre Freizeit genießen, sitzen in der Bezirksverordnetenversammlung 55 Menschen und diskutieren die Anliegen ihres Bezirks. Alt und Jung sind hier vertreten, Studierende und Rentnerinnen, kleine Gewerbetreibende und Ärzte aus den zahlreichen Gesundheitseinrichtungen, die weit über den Bezirk hinaus einen Namen haben. Petra Wermke hat ein bisschen Mühe, die plaudernden Abgeordneten zusammen zu trommeln und Ruhe in den Saal zu bringen. Doch dann nimmt die Versammlung routiniert und diszipliniert ihren Verlauf. Das alles ist nicht spektakulär oder aufregend, ein Antrag nach dem anderen wird abgehakt. Vieles ist durch die haupt-

amtliche Verwaltung bestimmt, der Berliner Bär steppt hier bestimmt nicht. Und dennoch beschleicht die Beobachterin ein Gefühl tiefen Respekts: dass hier Menschen so selbstverständlich ihre Freizeit opfern, sich für das Klein-Klein des alltäglichen Verwaltungshandelns nicht zu schade sind. Und dabei so etwas wie den Kitt einer Gesellschaft bilden, der dafür sorgt, dass das Gemeinwesen überhaupt funktionieren kann – sei es in Marzahn oder im Rest des Landes.

Helga Lukoschat





„Ich möchte den Leuten
ein Stückchen Hoffnung
geben. Sie sollen mit
Stolz sagen können:
„Wir kommen von hier.““

Kathrin Dollinger-Knuth

Biete Wälder, Wiesen, Seen. Suche Investoren.

Kathrin Dollinger-Knuth will als Landrätin von Mecklenburg-Strelitz ihren Landkreis attraktiver machen: für die Wirtschaft und für die Menschen.

„Wie, *Sie* sind aus Mecklenburg-Vorpommern? *Sie* sind da wirklich geboren?“ Kathrin Dollinger-Knuth bekommt diese Frage öfter zu hören. Die 36-jährige Landrätin aus dem Landkreis Mecklenburg-Strelitz passt mit ihrer offenen, zugewandten Art so gar nicht ins Bild von den eher kühlen und wortkargen Mecklenburgern.

Kathrin Dollinger-Knuth ist in vielerlei Hinsicht eine Ausnahmeerscheinung: Mit 30 Jahren war sie bundesweit die jüngste Person, die je in dieses hochrangige kommunalpolitische Amt gewählt wurde. Und sie ist nach wie vor eine der ganz wenigen Frauen: Deutschlands 313 Landkreise werden derzeit zu mehr als 90 Prozent von Männern regiert.

Ursprünglich wollte Kathrin Dollinger-Knuth Richterin werden. Im Wende-Herbst begann sie zunächst ein Germanistik- und

Anglistik-Studium in Berlin an der Humboldt-Universität und wechselte ein Semester später zur juristischen Fakultät, die jedoch kurz darauf abgewickelt werden sollte. Sie ging zurück in ihre Geburtsstadt Waren an der Müritz und machte bei der Regionalzeitung eine Ausbildung zur Verlagskauffrau. Im Anschluss wurde sie von der Sparkasse für den Aufbau des Immobilienbereichs eingestellt. Nebenher absolvierte sie zwei weitere Abschlüsse als Sparkassenkauffrau und Sparkassenwirtin und übernahm die Leitung des Immobilien-Centers der Sparkasse Mecklenburg-Strelitz.

Wie kommt eine solche Frau in die Politik? Meckern reichte Kathrin Dollinger-Knuth noch nie – nicht in der Schule und nicht im Berufsleben. Weil ihre ersten politischen Erfahrungen von der Helmut-Kohl-Zeit geprägt waren, stand für sie schnell fest: „Wenn ich in eine Partei eintrete, dann in die CDU.“ Das tat sie 2001 und rückte rasch in den CDU-Ortsvorstand von Neustrelitz auf.

Ein Blitzstart

Mit ihrem politischen Engagement verband sie den Wunsch, die Wirtschaft in der Region anzukurbeln und etwas für die Heranwachsenden zu tun. Die Vorstellung, Politik zum Beruf zu machen, lag da noch in weiter Ferne.

Doch dann verunglückte der damalige Landrat nur einige Monate nach seinem Amtsantritt tödlich. Ihr Amtsvorgänger war der erste CDU-Landrat des Kreises gewesen. Wie man im Ortsverein bzw. Vorstand der CDU vermutete, war sein Alter von Anfang 30 möglicherweise für seine Wahl mit ausschlaggebend gewesen. Kathrin Dollinger-Knuth war damals genau 30 Jahre jung. Da noch keine konkreten Vorschläge für die Nachfolge auf dem Tisch waren, begann sie, sich ihre Gedanken zu machen: „Will ich jetzt die nächsten zehn Jahre Immobilien verkaufen



Große Wiedersehensfreude mit Förderern und Unterstützern beim Jahresempfang des Landkreises im Theater von Neustrelitz.



Die Landrätin vergibt Auszeichnungen für ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger.

oder noch mal etwas ganz anderes ausprobieren?’, fragte sie sich. Nach sechs Jahren hatte sie „ihren Laden“, das Immobilien-Center der Sparkasse Mecklenburg-Strelitz, im Griff. Sie hatte alles über Umstrukturierungen gelernt, gab an der Sparkassenakademie Fortbildungen zu Immobilienmarketing, hatte Publikationsangebote. Über ihr war nur noch die Vorstandsebene.

Kathrin Dollinger-Knuth führte in dieser Zeit viele Gespräche, machte sich kundig, was auf sie als Landrätin zukommen würde. Weil neben persönlicher Glaubwürdigkeit und Offenheit für die Belange aller Bevölkerungsschichten heute vor allem Managementkompetenz und betriebswirtschaftliche Kenntnisse gefragt sind, schien ihr die Aufgabe die richtige Herausforderung zu sein.

Bei den Wahlen zu den kommunalen Spitzenämtern wie Landrat oder (Ober-) Bürgermeister zählt vor allem die Person des Kandidaten und weniger die Parteizugehörigkeit. So kam ihr nicht zuletzt zugute, dass sie über ihre Tätigkeit für die regionale Sparkasse vielen Menschen persönlich bekannt war und über die Jahre hinweg ihre Netzwerke gepflegt hatte. Im Dezember 2002 zog sie ins Landratsamt ein.

Als Landrätin trägt sie nun Verantwortung für die sieben Städte und 48 Gemeinden, die sich im 2000 Quadratkilometer großen Landkreis befinden – insgesamt für 82.500 Einwohner.

Standortvorteile

Mitten im Mecklenburger Kiefernwald, hinter dem Ortsausgangsschild von Neustrelitz, steht der helle modernisierte Plattenbau, in dem die ca. 320 Angestellten der Kreisverwaltung tätig sind. Die Kreisverwaltung ist einer der größten Arbeitgeber der Region. Die Fortsetzung und Vollendung des Hausumbaus war eine der ersten Amtshandlungen der frisch gebackenen

Landrätin. Sie fand ein modernes „Aushängeschild“ als Werbung in eigener Sache wichtig – nicht nur gegenüber den eigenen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen und gegenüber der einheimischen Bevölkerung, sondern auch gegenüber den Touristen und Investoren.

Die Kreisverwaltung ist umgeben vom Kapital der Region: Wälder, Wiesen und Seen. Landwirtschaft und Tourismus sind die wichtigsten Branchen der Gegend. Aus diesem Grund ist die Landrätin auch bereit, in Zuschussgeschäfte wie in den Erhalt des Regionalflughafens oder des Landestheaters zu investieren. Gelegentlich kann man Kathrin Dollinger-Knuth dabei beobachten, wie sie im Hausboot auf der Müritz schippernde Touristen mit Handschlag begrüßt und sich nach deren Wohlbefinden erkundigt.

Mit ganzer Kraft setzt sie sich für die Belange der Region ein. „Ich möchte den Leuten ein Stückchen Hoffnung geben. Sie sollen mit Stolz sagen können: *Wir kommen von hier.*“ Kathrin Dollinger-Knuth versteht es als ihre Aufgabe, trotz der berechtigten Alltagsorgen Optimismus unter den Menschen zu verbreiten. Denn so schön die Mecklenburger Seenplatte ist – als alleinige Wirtschaftsbasis des Landkreises wird der Tourismus nicht ausreichen. Deshalb ist die alles entscheidende Frage für sie: Was kann man aus einem Standort machen, der niemals das Zeug zum Industriegebiet haben wird? Was macht diese Region künftig sowohl attraktiv für Wirtschaftsunternehmen als auch lebenswert für die Menschen?

Die Landrätin hat einen Prozess angestoßen, in dem gemeinsam mit regionalen Unternehmen Leitbild und Profil des Landkreises entwickelt wurden. Seine „Marke“ besteht aus den Kompetenzfeldern Umweltwirtschaft, Landtechnik, Logistik, Industriereserve und Gebäudetechnik. Um Wirtschaftspartner zu gewinnen, verlässt sie selbstverständlich auch die Grenzen ihres Land-

kreises und führt beispielsweise Gespräche mit dem US-amerikanischen Generalkonsulat in Hamburg.

Aber nicht nur für die Wirtschaft müssen attraktive Standortbedingungen geschaffen werden. Angesichts des demografischen Wandels und der Abwanderung junger Menschen werden in Mecklenburg-Vorpommern laut Prognosen der Industrie- und Handelskammer im Jahr 2030 wieder so wenig Menschen wie im Jahre 1939 leben. Um junge Menschen an die Region zu binden, hat die Schaffung von Arbeitsplätzen für die Landrätin Priorität. Damit die Bleibenden auch die Chance haben, eine Familie zu gründen, liegt ihr zudem die Förderung familienfreundlicher Personalpolitik am Herzen. Deshalb hat sie den Wettbewerb „Familienbewusstes Unternehmen des Landkreises Mecklenburg-Strelitz“ ausgelobt.

Wirtschafts-Know-how für die Verwaltung

Auch in ihrer eigenen Verwaltung sind Wirtschaft und Wirtschaftlichkeit ihre Themen. Ihr betriebswirtschaftliches Wissen und ihre Erfahrungen bringt sie nicht nur in ihre Arbeit als Chefin der Kreisverwaltung ein, sondern auch als Vorsitzende des Finanzausschusses im Landkreistag von Mecklenburg-Vorpommern. Auf der Grundlage des Haushaltssicherungskonzeptes ist der Haushalt 2008 des Landkreises nun wieder ausgeglichen. Für die Landrätin ist das einer der größten Erfolge ihrer Amtszeit.

Als zweiten großen Erfolg verbucht sie, dass die Verwaltung sich heute als moderne Serviceeinrichtung versteht. Bei einem Besuch im Partnerlandkreis Osnabrück lernte sie, „dass man Verwaltungen auch wie ein Unternehmen führen kann, gerade was Führungsinstrumente und Finanzinstrumente betrifft.“ Für eine typische Verwaltungspersönlichkeit hält sie sich ganz und gar nicht. Sie will die Dinge verstehen, die über ihren Tisch gehen, nicht nur „abhaken“ oder „durchwinken“.



Landrätin Dollinger-Knuth in ihrem Element: im Kontakt mit Menschen.

Sie ist gern dicht am Bürger und mag die Gestaltungsspielräume, die ihr das Amt eröffnet. Dass kein Tag wie der andere ist, macht für die Verwaltungschefin gerade den Reiz ihrer Aufgabe aus:

**„Was man an einem Tag so alles erleben kann!
Morgens ein Mitarbeitergespräch, nachmittags
ein Fachgespräch zu Gesundheit, Ordnung und
Sicherheit, Forst- oder Veterinärwesen und abends
die Eröffnung einer Ausstellung oder ein Konzert-
besuch.“**

Am liebsten sind ihr die Besuche vor Ort, wie bei Kinderprojekten oder in Unternehmen. „Man kommt viel rum. Man redet mit den Leuten. Man sieht, was entsteht.“

Obwohl sie sich in der Kommunalpolitik inzwischen zu Hause fühlt, ist das alles ein hartes Stück Arbeit. „Wenn ich es wollte, könnte ich sieben Tage die Woche arbeiten.“ In ihren ersten drei Amtsjahren musste sie das auch hin und wieder, allein um sich in neue Themenfelder einzuarbeiten. Inzwischen läuft vieles routinierter. Wenn sie zu Hause ankommt, schlüpft sie aus der Haut der Landrätin in die der Privatperson. Wenn sie das versäumt, erinnert ihr Ehemann sie daran. Manchmal setzt er sich als Gast in die Kreistagssitzungen – um besser zu verstehen, was seine Frau tagtäglich umtreibt. Und um ihr in schwierigen Auseinandersetzungen den Rücken zu stärken. Im Freundes- und Bekanntenkreis redet sie kaum über ihren Job – auch, weil sie das von Amts wegen nur sehr eingeschränkt darf.

Am Ball bleiben

Wenn sie ihre politische Tätigkeit mit ihrer früheren Führungstätigkeit vergleicht, findet sie die Arbeit in einer Bank sehr viel geradliniger: „Sie haben Ihre Vorschriften, Vorstandsbeschlüsse, Dienstanweisungen. Sie haben geordnete Häuser. Da ist eins plus

eins gleich zwei.“ Der Kern des politischen Geschäftes ist es dagegen, Mehrheiten zu bekommen. Sie muss überlegen:

„Ist die Zeit jetzt reif dafür?“

Da man mit der gleichen Vorlage selten eine zweite Chance bekommt, ist mit der Ablehnung eines Antrags in der Regel das Thema vom Tisch. Da musste sie auch lernen, „dass die Dinge manchmal nicht so schnell gehen, wie man sich das wünscht.“ Es ist bisweilen ein ungeheuer zähes Geschäft, bei dem es darauf ankommt, bei Themen über einen längeren Zeitraum am Ball zu bleiben und den richtigen Moment und die richtige Konstellation für deren Platzierung nicht zu verpassen. Ihr gutes politisches Gespür und ihre Hartnäckigkeit kommen ihr dabei zupass. Bei Dingen, die ihr wichtig sind, gibt sie nicht so schnell auf.

Auch manche, die ihr in den Anfangszeiten mit einer Haltung,

„Na wollen wir mal sehen, was die Kleine da so macht ...“

begegnet sind, hat sie inzwischen im Boot. In den kommunalpolitischen Gremien sitzt sie nicht nur als Frau, sondern auch als *junge* Frau. „Sie sind die junge Blonde, auf die erstmal geguckt wird.“ Unterschätzt wurde sie am Anfang. Und manchmal auch mit fadenscheinigen Argumenten persönlich angegriffen und abgewertet. Richtige „Frechheiten“ habe sie erlebt. Auf der Sachebene streitet sie sich ausgesprochen gern, aber wenn es unsachlich wird, macht sie das bisweilen immer noch sprachlos.

Drei Königinnen

Kathrin Dollinger-Knuth ist heute eine auch über die Parteigrenzen hinweg geachtete Landrätin. Ohne starken Willen und Mut sowie die Bereitschaft, Zeit und Kraft zu investieren, wäre sie nicht da, wo sie heute ist. Wie schafft sie das alles? Wichtig ist

für sie vor allem ein Umfeld zu haben, auf das sie sich verlassen kann. Und sich Ziele zu setzen.

Zu einem ihrer Ziele gehört, ein Mitglied des englischen Königshauses zu einem Besuch zu bewegen. Mecklenburg-Strelitz hat immerhin drei Königinnen hervorgebracht, wie die Landrätin stolz betont: Königin Luise von Preußen, Königin Friederike von Hannover und Sophie-Charlotte, Königin von England, eine Ahnherrin des heutigen Kronprinzen. Aufgrund klug aufgebauter Kontakte und mehrfacher Besuche in London ist dieses Ziel möglicherweise gar nicht so unrealistisch. Allein die vage Aussicht auf einen Besuch aus London hatte gehörige Aufregung ausgelöst. So oder so, aus dem Projekt „drei Königinnen“ wird Kathrin Dollinger-Knuth auf jeden Fall etwas machen.

Uta Kletzing





„Ich fand und finde es toll,
etwas verändern und mich
für andere Menschen ein-
setzen zu können.“

Karin Schrader

Energie – nicht nur für Frauen

Karin Schrader engagiert sich als Stadträtin in Bielefeld zu vielen Themen – von Stadtplanung bis Gesundheitsprävention. Aber immer hat sie die Sicht von Frauen im Blick.

Karin Schrader beugt sich zusammen mit der Architektin über den Grundriss. „Alle Wohnungen werden durch überdachte Laubengänge erschlossen, die direkt am Innenhof liegen“, erklärt ihr diese stolz und fährt mit ihrem Zeigefinger die Linien der Bauskizze nach. Bei Kaffee und Erdbeerkuchen sitzen beide in Karin Schraders Büro bei den Bielefelder Stadtwerken. Ein heller Raum, dessen Fenster den Blick auf eine große Rasenfläche und den Bahnhof der Stadt freigeben. Karin Schrader gießt Kaffee nach und lässt sich das Neueste vom Wohnprojekt „Bielefelder Beginenhöfe“ erzählen. Die Fraueninitiative wird im Herbst 2009 ein Wohnprojekt für 29 Mietparteien im Bielefelder Bezirk Senne beziehen, dem Wahlbezirk von Karin Schrader. Die Kommunalpolitikerin hat das Projekt von Anfang an unterstützt.

„Dass Du als Politikerin dabei warst, Karin“, sagt die Architektin zu ihr, „das hat uns den Rücken gestärkt.“

Denn in anderen Bielefelder Stadtteilen gab es doch Stimmen, die dem Wohnprojekt gegenüber sehr skeptisch eingestellt waren. Dass allein stehende Frauen, zum Teil mit Kindern, in einem Wohnprojekt zusammenziehen, war vielen nicht geheuer. Karin Schrader hat gute Stimmung für das Projekt gemacht und es in den politischen Gremien auf die Tagesordnung gesetzt. Am Ende gab es kaum Widerstände. Vor kurzem fand der erste Spatenstich statt, bei dem Karin Schrader die Rede von Seiten der Stadt Bielefeld und des Stadtbezirks hielt.

An der Schnittstelle

Das Projekt steht exemplarisch für die zwei großen Themen der 57-jährigen Kommunalpolitikerin: Als gelernte Bauzeichnerin schlägt ihr Herz für die Stadtplanung. Ihren zweiten, fast größeren Schwerpunkt bilden die Rechte der Frauen. Auf dem Fensterbrett in ihrem Büro steht eine blonde Barbie in Arbeiterkluft und mit Bauhelm auf dem Kopf. „Die haben mir zwei Kolleginnen geschenkt, als ich anfang, hier bei den Stadtwerken als Gleichstellungsbeauftragte zu arbeiten“, erzählt Karin Schrader. Ihr Einsatz als Kommunalpolitikerin ist rein ehrenamtlich, aber er überschneidet sich thematisch mit ihrem eigentlichen Beruf: In beiden Bereichen setzt sie sich für Frauen ein.

Karin Schrader ist Kommunalpolitikerin mit Verve: Für die SPD sitzt sie zum einen in der Bezirksvertretung des Stadtteils Senne, wo sie auch stellvertretende Bezirksvorsteherin – also Vize-Bezirksbürgermeisterin – ist. Zum anderen ist sie auch eines der 60 Mitglieder des Rates der Stadt Bielefeld. Dort ist sie im Finanz- und Personalausschuss und im Sozial- und Gesundheitsausschuss tätig. Letzterer ist ihr besonders wichtig: „In unserer



Besuch des SPD-Parteivorsitzenden Kurt Beck bei den Stadtwerken Bielefeld. Karin Schrader gehört zum Empfangskomitee.



Die Gleichstellungsbeauftragte und ehrenamtliche Stadträtin erläutert die Situation vor Ort.

Gesellschaft wird immer noch viel zu wenig auf die Gesundheit Rücksicht genommen“, sagt Karin Schrader. „Und noch weniger darauf, dass es auch geschlechtsspezifische Unterschiede im Gesundheitswesen gibt.“ Sie erläutert, dass der Herzinfarkt bei Frauen viel später erkannt würde als bei Männern, weil oft das Fachwissen fehle. „Frauen haben andere Symptome und denken auch oft, sie hätten nur einen schlechten Tag – dadurch kann es dann schon zu spät sein.“ Ihre Tätigkeit als Gleichstellungsbeauftragte und ihr Engagement in der Kommunalpolitik ergänzen sich bestens: „Über meine Kontakte u.a. aus dem Gesundheitsausschuss kenne ich zum Beispiel auch einige Ärzte und lade diese dann schon mal zu Vorträgen bei den Stadtwerken ein.“ So erfahren ihre Kolleginnen zum Beispiel zum Thema Brustkrebs den neuesten Stand in der Forschung. Ansonsten kümmert sie sich um die verschiedenen Probleme der mehr als 2100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Betriebs, die in der Energieversorgung oder in den Bädern, der Telekommunikation und auch im Verkehrsbereich arbeiten. An ihrer Pinnwand im Büro hängt ein Foto mit drei Damen vor einem Bus, die um die Wette strahlen: „Das waren die allerersten Busfahrerinnen in Bielefeld Anfang der 90er Jahre“, sagt sie nicht ohne Stolz.

Seit elf Jahren ist Karin Schrader nun Gleichstellungsbeauftragte. Seitdem ist sie bei Bewerbungsgesprächen dabei, bemüht sich um Kita-Plätze für die Kinder der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und berät Frauen, aber auch Männer, die nicht genau wissen, wie das zum Beispiel mit der Elternzeit funktioniert. Wieder eine Schnittstelle: Die richtigen Ansprechpartner findet sie schnell; da nutzen ihr die Kontakte aus ihrer politischen Arbeit. So kann sie Spendenanfragen von Frauenprojekten vermitteln, aber andererseits auch Mitarbeiterinnen Tipps geben, an wen sie sich in einer verzwickten Situation wenden können. Sie nutzt ihre Netzwerke für beide Seiten und kommt so auch an wertvolle Informationen. Das geht nur, weil ihr Arbeitgeber sie in ihrer „Schnittstellen-Funktion“ unterstützt. Man lässt ihr in

ihrem Beruf viel Freiheit und – so kann sie zum Beispiel Termine leichter hin- und herschieben.

Lust und Abenteuer

Engagiert hat sich Karin Schrader schon immer. In der Grundschule war sie Schülerlotsin und Klassensprecherin und damals merkte sie, dass es mit der Gleichbehandlung von Jungen und Mädchen nicht weit her ist. „Ein Klassenkamerad hat bei der Notenvergabe im Kunstunterricht dem Lehrer mein Bild gezeigt und hat eine bessere Zensur dafür bekommen als ich.“ Dann begann eine Zeit, in der sie sich für die linke Szene interessierte. „Damals in der Zeit der 68er wollte ich einfach dagegen sein“, sagt sie. „Da hing bei mir im Zimmer Che Guevara neben Cliff Richard an der Wand.“

Schon immer aber wollte sie Architektin werden, jedoch wurde Karin Schrader nach ihrer Ausbildung zur Bauzeichnerin schwanger. Mit 20 Jahren bekam sie ihren Sohn Hendrick. „Außerdem hatte ich Angst vor dem Studium und habe diesen Traum dann einfach beerdigt“, sagt sie. Dann kam die Trennung von ihrem ersten Mann.

Als Alleinerziehende war sie eine Weile in Teilzeit beschäftigt und nutzte die freien Stunden, um sich ehrenamtlich zu engagieren: beim Sorgentelefon des Kinderschutzbundes, als Gruppenleiterin bei den Weight Watchers oder im Altenheim. 1986 trat sie in die SPD ein. Sie engagierte sich im Ortsverein ihres damaligen Stadtteils und übernahm schnell verschiedene Ämter. Und sie war fasziniert von den Möglichkeiten, die ihr das politische Engagement bot.



Dank Karin Schrader gibt es seit den 90er Jahren in Bielefeld Busfahrerinnen und Schaffnerinnen.

„Ich fand und finde es toll, etwas verändern und mich für andere Menschen einsetzen zu können.“

Dann trat 1999 die bisherige Kandidatin aus Senne nicht mehr zur Wahl an. „Da habe ich mich aus einer Mischung aus Lust und Abenteuerlust beworben“, sagt Karin Schrader. Die Wahl in den Stadtrat von Bielefeld war für sie der politische Durchbruch. Seit fast zehn Jahren sitzt sie jetzt im Rat der Stadt, in dem die CDU die Mehrheit gegenüber der SPD hat; aber das sieht sie sportlich.

Als sie 1993 umzog, entschied sie sich mit ihrem zweiten Mann für den Bezirk Bielefelds, in dem sie geboren wurde. Sie entschied sich genau für den Teil, der aufgrund des hohen Ausländeranteils als problematisch gilt. Aber Karin Schrader ist kein Typ, der gern Däumchen dreht.

„Ich zieh da hin, da mach ich was“,

dachte sie sich und ließ sich in die Bezirksvertretung wählen. Die Arbeit dort macht ihr Spaß, weil sie ihrer Art, Politik zu machen, besonders gut entspricht.

„Für mich ist es wichtig, nah bei den Leuten zu sein“,

sagt sie. „In der Bürgerfragestunde bekommt man die dringenden Probleme der Bewohner und Bewohnerinnen mit und kennt so einfach viel besser die Lage vor Ort.“ Ihr größter Erfolg im Bezirk war, dass sie mit anderen zusammen die Schließung des Bezirksamtes verhindern konnte. „Wir wollten, dass es bleibt. Denn es ist wichtig, dass sich die Bürgerinnen und Bürger über das, was im Bezirk passiert, selbst informieren können“, sagt sie. Bielefeld ist als kreisfreie Stadt in elf Bezirke aufgeteilt. Zu Recht, wie Karin Schrader glaubt. „Denn der ältere Mensch fährt mit seinen Problemen nicht extra in die Stadt. Der braucht eine Anlaufstelle vor Ort, und sei es, dass er dort nur die gelben Müllbeutel abholen will.“

Unter Strom

Karin Schrader ist ständig auf Achse: Sie nimmt an den regelmäßigen Sitzungen der politischen Gremien und der verschiedenen Ausschüsse teil, in denen sie Mitglied ist. Dann trifft sie sich mit ihrer Fraktion und sitzt auch im Aufsichtsrat der Städtischen Klinik. „Ich bin auch Mitglied im Aufsichtsrat der Stadtwerke, allerdings in meiner Funktion als Betriebsrätin“, erklärt Karin Schrader. Weiter ist sie Vorsitzende der Beschwerdestelle für Psychiatrie in Bielefeld. Dazu kommen Diskussionsrunden, zu denen sie eingeladen wird, Reden auf Veranstaltungen wie der Eröffnung der Senner Ferienspiele. Und natürlich solche Pflichten, wie zum Beispiel Bewohnern des Bezirks zum 90. Geburtstag zu gratulieren. Wie bekommt man das alles unter einen Hut? Eine Antwort darauf sind die zwei kleinen Handcomputer, die auf ihrem Schreibtisch liegen. Während den meisten Managern ein Blackberry reicht, hat sie zwei. Einer ist dienstlich, der zweite privat und mit dem telefoniert sie nur. Aber das Entscheidende ist die Energie, die sie aufbringt. „Mir gefällt das einfach“, sagt Karin Schrader. „Ich sehe immer wieder etwas Neues und bekomme Einblicke in alle möglichen Bereiche.“ Außerdem mag sie, dass sie viele verschiedene Leute kennen lernt. „Und mich freut auch, wenn ich mitbekomme, dass ich etwas bewirken kann, dass ich es schaffe, jemanden von meiner Meinung zu überzeugen.“ Allerdings hat sie auch gemerkt, dass die Zeit, die sie im Job und im ehrenamtlichen Engagement einsetzt, ihrem Privatleben fehlt. „Ich hatte vor ein paar Jahren eine richtige Ehekrise“, sagt sie. „Mein Mann hat mir mehrere Warnschüsse gegeben und irgendwann habe ich dann gemerkt, dass wir auf dem Weg sind, nur noch aneinander vorbei zu leben.“ Daraufhin hat sie einige ihrer Ämter abgegeben. „Mein Mann und ich haben das gemeinsam überstanden, auch weil er mich immer unterstützt hat. Inzwischen ist er in Rente; er arbeitet nicht mehr als Stadtplaner.“ Die Hausarbeit haben sich beide schon immer geteilt, aber jetzt übernimmt er noch einiges mehr. Seit einem halben Jahr haben die beiden auch eine Putzhilfe. „Außerdem wollte ich mehr Zeit

für meine Enkelin haben“, sagt Karin Schrader. Maxine heißt die vierjährige Tochter ihres Sohnes, mit der sie gerne im Garten spielt, kocht oder einen Ausflug in den Tierpark unternimmt.

„Sie ist der einzige Grund, warum ich wirklich jeden Termin absagen würde.“

Ansonsten reist die Kommunalpolitikerin leidenschaftlich gerne, aber sie hat auch eine ruhige Seite: Sie mag, in ihrem Garten Blumen zu pflanzen und sie pflegt ein etwas aus der Mode gekommenes Hobby, das Sticken.

Unter Männern

Typisch weiblich? Das prallt an Karin Schrader ab. Sie mag ihre Weiblichkeit, kleidet sich gerne schick in Blazer und Rock. Dass sie eine Frau sei, habe ihr in ihrer politischen Karriere keine Probleme bereitet, sagt sie.

„Wobei ich in den ersten Jahren in reinen Männerreihen saß und immer Hosenanzüge trug, um mich sicherer zu fühlen und nicht so aufzufallen. Aber dass ich eine Frau bin, war für mich nie ein Nachteil.“

Aber auch kein großer Vorteil: „Ich hatte auch nie das Gefühl für einen Posten vorgeschlagen zu werden, nur weil ich eine Frau bin.“ Gleichzeitig gäbe es immer wieder Männer, die gerade Frauen-Themen nicht so ernst nähmen. „Einige verdrehen dann die Augen nach dem Motto ‚Was will die denn schon wieder‘, wenn ich Frauen- oder Familienthemen anspreche“, sagt Karin Schrader und zuckt kurz mit den Achseln. „Aber das ist mir heute egal.“ Mit den Jahren sei sie mutiger und selbstbewusster geworden. Trotzdem war das nicht immer einfach. „Bei meiner ersten Rede vor dem Rat war ich innerlich ganz schön am Flattern.“



Begehung einer Baumaßnahme: Im Bielefelder Stadtteil Bethel wird ein Bach umgeleitet und erhält einen Krötentunnel.



Karin Schrader bei den Spatenstichen für das von ihr engagiert unterstützte Frauen-Wohnprojekt „Bielefelder Beginenhöfe“.

Der Kontakt zu anderen Frauen ist für Karin Schrader essentiell. Sie ist in Frauennetzwerken der Stadt Bielefeld, denn Frauen sind wichtig für die Politik, glaubt sie. „Ich denke, das tut der Politik gut, denn Frauen haben eine andere, emotionalere Art, mit vielen Dingen umzugehen“, sagt sie. Das gilt auch für sie selbst. „Ich habe im Laufe der Zeit gelernt, auf mein Bauchgefühl zu hören und denke, dass das ganz wichtig ist.“ Die FPD-Politikerin Hildegard Hamm-Brücher ist eines ihrer großen Vorbilder. „Sie hat in der Politik Emotionen gezeigt. Sie war Mensch und Politikerin und das gefällt mir an ihr.“

Außerdem hält sie Frauen oft für fähiger in der Kommunikation. Das sei genau so wichtig für eine Politikerin wie authentisch zu sein, glaubt sie. Nächsten Sommer stehen wieder Kommunalwahlen an. Karin Schrader will nochmals für beide Posten kandidieren. „Ich werde Ende 2011 nicht mehr als Gleichstellungsbeauftragte arbeiten. Deshalb möchte ich gerne politisch weiter machen, denn so ganz von 100 auf 0 – das kann ich nicht.“

Lydia Leipert





„Die Leute, die sich nicht engagieren, haben das einfach noch nicht erlebt. Ich glaube, es ist eine ganz wichtige Erfahrung, dass Engagement Spaß macht.“

Angela Dorn

Das Lokale ist global

Angela Dorn engagiert sich als Stadtverordnete in Marburg vor allem für Klimapolitik und Umweltschutz. Politischer Anspruch und Spaß am Engagement gehören für sie zusammen.

Angela Dorn strahlt eine Mischung aus Jugendlichkeit und reflektierter Ernsthaftigkeit aus. Sie ist jemand, der die Dinge von mehreren Seiten durchdenkt und kritisch hinterfragt, mit einem hohen Anspruch an sich selbst. Sie weiß sehr wohl, dass manchmal nicht alles geht. Und sie tut sich dennoch nicht leicht damit. Es ist eine ungewöhnliche Mischung für eine 26-jährige.

Angela Dorn ist eine besondere junge Frau. Sie hat vor kurzem ihr Studium beendet und arbeitet jetzt in Vollzeit als Diplom-Psychologin in der forensischen Psychiatrie. Dort ist sie als Therapeutin auf einer geschlossenen Station tätig. Ihre Klienten sind psychisch kranke Straffällige. Gleichzeitig absolviert sie eine Ausbildung zur Psychotherapeutin.

Während viele ihrer Altersgenossinnen ihre Freizeit mit Freunden, Ausgehen oder Shoppen verbringen, hat sie sich verstärkt

dem gesellschaftspolitischen Engagement verschrieben. Seit 2006 ist sie Stadtverordnete in Marburg und Mitglied verschiedener Ausschüsse. Sie sitzt im Schul- und Kulturausschuss, in der Gleichstellungskommission, in der Universitäts- und Regionalentwicklungskommission und im Ältestenrat. Vor ihrer parteipolitischen Tätigkeit war sie bereits in einigen Initiativen und Nichtregierungsorganisationen aktiv. Sie war bei den Protesten gegen die Studiengebühren in Hessen dabei und auch bei den Blockaden gegen den G-8-Gipfel im Sommer 2007 in Heiligendamm.

Seit einem Monat ist sie Vorsitzende der Grünen Jugend in Hessen, davor war sie bereits ein Jahr in deren Vorstand.

„Ja, ich weiß, eigentlich ist es zu viel“, sagt sie. Ihre „Work-Life-Balance“ komme oft zu kurz. Darüber gibt es manchmal Diskussionen mit ihrem Freund. Ihr ist das sehr bewusst. Eine Lösung hat sie dennoch nicht. Vielleicht möchte sie aber auch gar keine haben. Denn sie ist mit vollem Herzen dabei.

Der tiefere Sinn dahinter

Bei der Frage, warum das so ist und woher ihre Motivation für ihr politisches Engagement kommt, erwidert sie, das wäre eine gute, aber schwierige Frage. Und denkt nach. Ein Grund sei wohl relativ „egoistisch“, antwortet sie schließlich. Sie wäre schon immer jemand gewesen, dem es wichtig war, nicht an der Oberfläche zu bleiben, „über eine Tiefe zu reden“, auch in Freundschaften. Sie wollte immer Dinge verändern, etwas Sinnvolles bewirken.

„Wenn ich etwas tue und das Gefühl habe, ich komme damit weiter, dann fühle ich mich besser.“

Und dann gäbe es noch den „sozialen Aspekt“: Im Rahmen ihres Engagements hat sie viele neue Freunde gefunden. Ihr Freundes-



Angela Dorn bringt jugendlichen Schwung in den Marburger Stadtrat.



Drachenbootrennen auf der Lahn: Die Parteien im Stadtrat treten gegeneinander an.

und Bekanntenkreis setzt sich zu einem großen Teil aus Leuten zusammen, die gesellschaftspolitisch tätig sind. Das Leben würde dadurch in vielerlei Hinsicht spannender: „Die Leute, die sich nicht engagieren, haben das einfach noch nicht erlebt. Ich glaube, es ist eine ganz wichtige Erfahrung, dass Engagement Spaß macht.“

Protest und Widerstand mit friedlichen Mitteln sind für Angela Dorn eine wichtige und legitime Form politischer Aktivität. Die Teilnahme an den Protesten gegen den G-8-Gipfel war für sie eine Art politisches Schlüsselerlebnis. In der Nacht zuvor hatte sie kaum geschlafen, weil sie sich ständig überlegt hatte, „wie das sein würde, wenn die Wasserwerfer kämen“. Sie hatte zwar schon häufiger demonstriert, aber nicht auf diese Art und Weise. Ihre Ängste stellten sich als unbegründet heraus. Die Demonstranten, „die friedlich in diesen Massen über die Felder liefen“, hätten der „Gegenseite“ jedoch wenig Anlass gegeben, mit Wasserwerfern einzugreifen: „Dass das so viel Macht haben kann, wenn Menschen etwas wirklich gemeinsam wollen, hat mir politisch viel Kraft gegeben.“

Die Solarsatzung

Und wie bringt sie beide Formen des politischen Engagements, die eher global ausgerichteten Proteste und die kommunal ausgerichtete Arbeit bei den Grünen und im Stadtparlament, miteinander in Einklang? Ihre Antwort kommt prompt:

„Wir zeigen lokal, was wir global entwickeln müssten.“

Ein konkretes Vorhaben, das in diese Richtung zielte, war die Verabschiedung der Solarsatzung durch die rot-grüne Mehrheit im Stadtparlament. Diese wurde federführend vom grünen Bürgermeister der Stadt entwickelt und von der Fraktion der Grünen

mitgestaltet. Ziel der Satzung ist es, Marburg flächendeckend zur „Stadt der Solardächer“ zu machen und andere Kommunen zu einem ähnlichen Vorgehen zu bewegen. Danach gilt für alle privaten und gewerblichen Hausbesitzer bei Neubauten, Austausch der Heizungsanlage oder Dachsanierung eine Verpflichtung zur Anschaffung von solarthermischen Anlagen.

Marburg agiert aus Sicht der jungen Stadtverordneten bei klimapolitischen Zielen fortschrittlich: Marburg würde Verantwortlichkeiten nicht dem Bund zuschieben, sondern vor Ort versuchen, etwas zu erreichen. Die Solarsatzung kam bis in die internationale Presse – eine Bestätigung für Angela Dorn, dass etwas, das im Kleinen, im lokalen Rahmen politisch gestaltet wird, eine größere Tragweite haben und breitere Bahnen ziehen kann.

An den richtigen Hebeln zu sitzen und etwas mitgestalten zu können, diese Erfahrung hat sie vor ihrer kommunalpolitischen Tätigkeit ein Stück weit vermisst. Die konkrete Aktivität hat auch das Gefühl der Hilflosigkeit gemindert, das sie früher öfters beschlichen habe, zum Beispiel, wenn sie in der Zeitung über Dinge gelesen habe, die ihr ungerecht erschienen. Jetzt hat sie Konzepte im Kopf, wo es hingehen kann, und nicht mehr nur das Gefühl: „Da läuft was schief.“

Dass Angela Dorn in der Kommunalpolitik gelandet ist, ist letztlich Marburgs stellvertretendem grünen Bürgermeister zu verdanken, der regelmäßig in dem Eine-Welt-Laden, in dem sie damals arbeitete, einkaufte und sie dort ansprach. Er fragte sie, ob sie nicht den Grünen beitreten wolle. Junge Frauen würden gesucht und sie sei doch so engagiert. Er rannte bei der Psychologie-Studentin offene Türen ein, denn sie hatte selbst schon öfter darüber nachgedacht, parteipolitisch aktiv zu werden. Bei der nächsten Kommunalwahl ließ sie sich aufstellen „und dann ging es relativ schnell.“



Mitglieder der Grünen Jugend Marburg-Biedenkopf im Gespräch mit ihrer Vorsitzenden.



Sitzung des Landesvorstandes in der Geschäftsstelle der Grünen Jugend Hessen in Marburg.

Es hat ungefähr ein Jahr gedauert, bis sie in ihre kommunalpolitische Tätigkeit hineingewachsen war. Die erste Zeit verbrachte sie damit, die Strukturen kennen zu lernen, Anträge mitzuschreiben, mitzudiskutieren. Sie hat viel gelernt in der Zwischenzeit und „lernt aber immer noch unglaublich viel dazu.“

An ihrer parteipolitischen Einbindung findet sie gut, dass sie dadurch eine Linie und Konzepte im Kopf hat, die ihr auch selbst Orientierung geben. Auch die Arbeitsteilung, die in der Fraktion möglich ist, findet sie grundsätzlich positiv, da sie selbst nicht über jedes Thema Bescheid wissen kann. Eher kritisch sieht sie, dass „man für alles Mögliche verantwortlich gemacht wird, wofür man sich nicht verantwortlich fühlt“, weil es eben Parteilinie ist. Dies passiert ihr häufig, wenn sie an Informationsständen der Grünen steht und Passanten sie in Diskussionen zur Bundes- oder Landespolitik verwickeln. Da in ihren Augen bei den Grünen „die innerparteiliche Demokratie“ jedoch noch stärker ausgeprägt ist als in anderen Parteien und es nicht nur um den „Meinungskonsens“ geht, kann sie sich damit ganz gut arrangieren.

Heimat ist da, wo man sich engagiert

Das Besondere an einem kommunalpolitischen Amt sind für die grüne Politikerin die sichtbaren und greifbaren Erfolge vor Ort. Zum Beispiel, wenn gemeinsam durchgesetzt wird, mehr Geld in die Kinderbetreuung zu stecken.

Die kommunalpolitische Tätigkeit hat ihren Bezug zu ihrem Ort verändert. Manchmal geht sie durch die Straßen und empfindet ein Gefühl von Heimat. Mehr noch als in ihrem eigentlichen Heimatort Aschaffenburg. Sie kennt die Stadt inzwischen sehr gut. Sie nimmt kleine Missstände wahr, die sie früher nicht gesehen hat, weil es Bürger gibt, die sie als Stadtverordnete darauf aufmerksam gemacht haben. Dann fühlt sie sich verantwortlich.

In dieser Hinsicht ist sie viel aufmerksamer geworden. Ihre Freunde wundern sich manchmal darüber, sagen dann: „Voll krass, was du jetzt alles über Marburg weißt, was du alles siehst, fällt mir gar nicht auf.“

Als öffentliche Person erfährt sie auch Kritik. Aber damit versteht sie umzugehen und nimmt es sogar positiv in dem Sinne, dass sie für die Leute vor Ort greifbar ist. Sie hat jüngst im Rahmen einer Schuldiskussion in ihrem Ausschuss sechs Protestbriefe, adressiert an Frau Stadtverordnete Angela Dorn, in ihrem Briefkasten gefunden. Da war sie einerseits betroffen, weil ihr bewusst wurde, dass sie wohl etwas machte, „was anderen Leuten nicht so passt.“ Andererseits hat es ihr aber auch gezeigt, dass sich die Leute an sie wenden:

„Das war ein tolles Gefühl, weil ich normalerweise diejenige war, die Protestkarten geschrieben hat. Und die sind nie irgendwo angekommen.“

Ab und an wird sie auf der Straße erkannt. Dann ist sie ganz verduzt, dass jemand ihr Gesicht kennt.

Am meisten Spaß macht es Angela Dorn, wenn sie ein Anliegen aus der Bevölkerung voranbringen kann. Das gelingt naturgemäß nicht immer. Beim ersten Haushalt, den Angela Dorn in ihrer kommunalpolitischen Tätigkeit mit verabschiedet hat, war sie „total deprimiert“. Man hatte in der Fraktion vorher gute Ideen gehabt, Dinge neu angedacht, viel geplant. Durchgesetzt wurde davon ganz wenig. Das sei ein bisschen gewesen, „als hätte man gegen Windmühlen gekämpft.“ Da ist ihr auch zum ersten Mal bewusst geworden, was es heißt, politisch etwas durchzusetzen. Dass es dabei häufig um Kompromisslösungen, um eine Einigung mit den anderen Fraktionen geht. Dass man sich manchmal auf einen „Kuhhandel“ einlassen muss, und dass man eine Sache häufig nur dann durchbringen kann, wenn man

im Gegenzug auf eine andere verzichtet. Sie sei damals noch „unerfahren“ gewesen, sagt sie heute. Jetzt wüsste sie, dass man Mitstreiter für seine Ideen brauche, Netzwerke da sein müssten, in denen man sich gegenseitig fördert. Inzwischen mache es ihr sogar manchmal Spaß, in diesem „System“ mit drin zu sein und an irgendwelchen „Dingen zu stricken“, wie es im grünen Politikjargon heißt. Grundsätzlich verfolgt sie in ihrer politischen Arbeit einen eher kooperativen Ansatz. Hier profitiert sie vielleicht auch von ihrer Ausbildung zur Psychologin.

„Ich versuche über persönliche Kontakte und Gespräche eine positive Beziehung zu bekommen und dann darauf aufzubauen.“

Ihr ist erst allmählich bewusst geworden, dass sie sich auch über Wertschätzung durchsetzen kann, und nicht nur durch Ellenbogendenken:

„Ich werde auch irgendwie gemocht und habe dadurch meinen Weg gefunden.“

Auf diesen Sympathien baut sie auf, wenn sie ein Vorhaben durchsetzen möchte. So versucht sie, „Leute mit einzubeziehen, nach deren Erfahrungswissen zu fragen.“ Damit hat sie schon einiges erreicht.

Zeit fürs Privatleben?

Neben ihrer Berufstätigkeit geht Angela Dorn vier Abende in der Woche zu politischen Veranstaltungen und Arbeitskreisen. Auch die Wochenenden müssen öfter daran glauben, entweder für ihre kommunalpolitische Tätigkeit oder für ihre Tätigkeit als Vorsitzende der Grünen Jugend Hessen. Sie nutzt beinahe jede freie Minute für ihr politisches Engagement. Sie hat sich vor kurzem ein Handy gekauft, mit dem sie ins Internet kommt,

damit sie ihre Mails überall lesen kann. Das tut sie dann häufig in der Mittagspause oder auf dem Weg zum Auto. Die Lösung, wie ihr Privatleben dabei nicht zu kurz kommt, hat sie noch nicht wirklich gefunden. Deshalb ist sie froh, dass ihr Partner sie manchmal darauf hinweist, wenn es wieder einmal zu viel wird.

„Ich bekomme dann einen Rüffel und merke, da war doch noch was Wichtigeres in meinem Leben.“

Ihr Freund ist nicht parteipolitisch aktiv, aber er unterstützt sie in ihrem parteipolitischen Engagement. Sei es, dass er sie in gemeinsamen politischen Diskussionen zum Nachdenken anregt, sei es, dass er ihr bei wichtigen Reden mit Formulierungen und Argumenten weiterhilft. Ihr Freundeskreis findet es gut, dass „sie etwas bewegen will.“ Für manche ihrer Bekannten ist es ein Phänomen, woher Angela Dorn diese unglaubliche Energie und diesen Tatendrang nimmt. Es gibt einige, die sie gefragt haben: „Angela, wie machst Du das, Du musst doch irgendwann umkippen.“ Das glaubt sie bisweilen selbst.

Sie erklärt sich ihr Durchhaltevermögen damit, dass sie schon immer ein engagierter Mensch gewesen sei. Dadurch würde man mehr aushalten als andere, es wäre wohl ein gewisser Gewöhnungseffekt. Als Gesprächspartnerin meint man bei Angela Dorn aber auch eine tiefe Motivation zu spüren, die Welt zum Besseren verändern und gestalten zu wollen, aus der sich möglicherweise ihre Kraft und Energie speist.

Auch wenn der Spagat aus Erwerbstätigkeit, Privatleben und Ehrenamt manchmal etwas an ihren Kräften zehrt, sieht es nicht so aus, als würde sich Angela Dorn in nächster Zeit von ihrem kommunalpolitischen Engagement verabschieden wollen.

Ihr Resumée fällt nach zwei Jahren kommunalpolitischer Tätigkeit sehr positiv aus. Profitiert hat sie davon nicht zuletzt für ihre persönliche Entwicklung. Sie hat ihre Stärken und Schwächen besser kennen gelernt und gelernt, mit ganz verschiedenen Menschen zu kommunizieren, „auch wenn diese eine völlig unterschiedliche Meinung vertreten.“ Und sie ist viel selbstbewusster geworden: „Früher habe ich mir öfter Sorgen darum gemacht, wie ich bin und wie ich ausschaue. Jetzt bin ich viel zufriedener mit mir und weiß, dass ich etwas kann.“

Andrea Wenzl





„Sagt uns, was ihr braucht,
damit ihr euch wohl fühlt!“

Patricia Peill

Von Projekten, Visionen und atmenden Systemen

Patricia Peill, Gemeinderätin aus Nörvenich bei Düren, verbindet unterschiedliche Welten. Politik versteht sie als kreative Dienstleistung.

Der Ort des Zusammentreffens mit Patricia Peill ist das Büro einer Unternehmensberatung hoch über den Dächern von Köln. Es ist ein schickes, sehr modernes Büro mit großen, verglasten Fensterfronten. In dieser mondänen Umgebung spricht die 45-jährige Unternehmensberaterin über Kommunalpolitik, ländliche Strukturen und über die Schwierigkeit, Frauen auf dem Land für ein kommunalpolitisches Amt zu gewinnen. Es ist ihre Arbeitsstätte, in der sie die eine Hälfte der Woche als Personalverantwortliche – oder neudeutsch „Recruiting-Managerin – unter anderem mit der Gewinnung von geeigneten Nachwuchskräften beschäftigt ist. Die andere Hälfte arbeitet die studierte Betriebs- und Volkswirtin im landwirtschaftlichen Betrieb ihrer Familie in Nörvenich, einer ländlichen Kommune mit 11.500 Einwohnern im Kreis Düren. Und den restlichen Teil ihrer Zeit widmet sie ihrem Mann, ihrer Familie, ihren vier Kindern – und ihrem kommunalpolitischen Ehrenamt.

Es ist eine Mischung, wie sie ungewöhnlicher und vielfältiger nicht sein kann. Es sind verschiedene Welten, in denen Patricia Peill agiert. Sie scheint diese Welten sehr gut unter einen Hut zu bekommen. Teilweise hat sie von den Kompetenzen, die sie sich in einem Bereich angeeignet hat, für die anderen Bereiche profitiert. Teilweise hat sie sich schwer getan mit den unterschiedlichen Welten. Zum Beispiel als sie festgestellt hat, dass in der Kommunalpolitik alles viel langsamer geht als in der Arbeitswelt. Und dass Erfolge und Misserfolge dort anderen Bewertungsmaßstäben unterliegen.

Man kann sich kaum vorstellen, dass sich Patricia Peill überhaupt mit irgendetwas schwer tut. Sie ist jemand, der die Dinge positiv formuliert. Sie lässt sich von der Einstellung leiten: „Wenn es so nicht geht, geht es anders.“

Die Treppe in die Kommunalpolitik

In der Kommunalpolitik hat Patricia Peill zahlreiche Ämter und Aufgaben. Sie sitzt im Rat der Gemeinde Nörvenich. Dort ist sie Sprecherin im Schulausschuss und leitet den Jugendausschuss. Sie ist im Bezirksvorstand und im Kreis-Agrarausschuss der CDU. Schließlich gehört sie der Frauenunion an und ist dort Kreisvorsitzende.

Dennoch war es nicht so, dass die Kommunalpolitik schon immer „vor ihrer Tür lag.“ Patricia Peill entschied sich vor mittlerweile über acht Jahren dafür, weil sie ein konkretes Anliegen hatte. Es ging um die Grundschule ihrer Kinder in Nörvenich: „Wahrscheinlich geht es vielen Müttern so, dass sie über Themen in die Politik kommen, die ihr Leben berühren. Das ist oft der Punkt, an dem es überspringt.“

Patricia Peill wollte diese Schule, eine typische Landschule, mitgestalten. Sie erklärt das ein bisschen aus ihrer eigenen Biografie heraus. Sie selbst ist in unterschiedlichen Ländern aufgewachsen

und auf verschiedene Schulen gegangen, hat im Ausland studiert und in den USA und lange Zeit auch in Asien gelebt.

Es trieb sie die Vision einer „anderen“ Schule um. Patricia Peill glaubt, dass diese Herangehensweise vor allem eine „Sache von Frauen“ ist: „Ich kenne fast keine Frauen, die in die Politik gehen, um Politik zu machen. Sie haben ein Thema, einen Sachbezug. Das ist ein Riesenunterschied.“

Damals ist Patricia Peill zunächst in den Elternbeirat gegangen. Das hat ihr so viel Spaß gemacht, dass sie auch in übergeordneten Elterngremien und im Bildungspolitischen Netzwerk der CDU mitarbeitete. Irgendwann kam der Punkt, wo ihr auch diese Form von Engagement nicht mehr gereicht hat:

„Ich stieß immer wieder an Grenzen. Dann hieß es: Jetzt müssen wir abwarten, was die Politik entscheidet. Wenn ich etwas verändern will, muss ich die ganze Treppe gehen.“

Von dieser Erkenntnis aus war der Schritt in die Kommunalpolitik nahe liegend. Zunächst war sie sachkundige Bürgerin. Doch auch diese Rolle war ihr bald zu „passiv“, bot zu wenig Gestaltungsspielraum. So hat sie sich für die CDU aufstellen lassen – und zog in den Gemeinderat von Nörvenich ein. Ihr Beitritt zur CDU war mit „einem pragmatischen Ansatz“ verbunden: Die inhaltlichen Grundlinien stimmten mit den ihren überein, und vor Ort in ihrer Kommune machte die CDU eine gute Politik, die sie mittragen konnte.

Die Sprache der Politik

Ihr erstes Projekt als aktive Kommunalpolitikerin war gleichzeitig eine erste „Schlappe“ für sie – zunächst zumindest. Sie wollte aus der Grundschule eine offene Ganztagschule machen.

Ihr Antrag war gut durchdacht und mit überzeugenden Argumenten ausgestattet. Und dennoch reichte es nicht. Er wurde abgelehnt, mit dem Verweis darauf, dass die „Zeit für so etwas auf dem Land noch nicht reif wäre.“

Von diesem Misserfolg sehr enttäuscht, kam sie damals aus der Schulausschusssitzung, rief ihren Mann an und sagte zu ihm:

„Das war’s jetzt mit der Politik. Das mache ich nicht mehr, das ist zu mühsam. Die haben mich voll gegen die Wand fahren lassen.“

Damals war ihr noch nicht bewusst, wie schwerfällig Veränderungen vonstatten gehen, wie tief die Ängste sitzen. Sie hatte auch nicht gesehen, dass einige Kollegen ihre Ideen eigentlich überzeugend fanden und sie trotzdem bei der Abstimmung aus taktischen Gründen nicht unterstützten. Sie benötigte einige Zeit, um diese Erfahrung zu verkraften und um besser zu verstehen, dass Politik nach anderen Gesetzmäßigkeiten funktioniert als das Berufsleben. Sie tat sich schwer damit zu akzeptieren, dass ihre Überzeugungsarbeit mit der Abstimmung ein jähes Ende hatte: „Da gibt es nichts mehr zu reden und zu argumentieren, das ist dann vorbei.“ Dennoch wären die politischen Mechanismen gut erlernbar, es sei wie eine andere Sprache, die man sich aneignen könne.

Ihre vermeintlich erste Niederlage war im Übrigen doch noch ein Erfolg. Einige Monate später wurde die Pisa-Studie veröffentlicht – und auf einmal war Patricia Peills Konzept der Ganztagschule en vogue. Die Schule wurde in eine Ganztageseinrichtung umgewandelt.

Die Kommunalpolitik ist inzwischen zu einer echten Leidenschaft für Patricia Peill geworden. Es gibt viele Dinge, die ihr daran gefallen. Sie findet es gut, dass Kommunalpolitik als



Ortstermin im Altenheim von Nörvenich: Im Gespräch mit der Vertreterin der Heimbewohner.



Das Projekt „Jugendbeirat“: Mit einem Fotowettbewerb holte die Gemeinderätin Jugendliche und Gemeinderatskollegen ins Boot für diese Idee.

Ehrenamt auf freiwilliger Basis funktioniert. Sie fühlt sich sehr nahe an den Bürgern, weil sie sieht, was sie bewirkt hat: „Da ist ein Schulanbau oder ein neues Gewerbegebiet, ein nun zentral gelegenes Altenheim.“ Diese sichtbaren Erfolge machten einfach Spaß. Politik ist für sie auch „Persönlichkeitsentwicklung.“ Man lerne, den Mut zu haben, etwas durchzusetzen, standhaft zu bleiben, mit Kritik umzugehen, eine Position zu beziehen.

Es sei toll, „Dinge mitgestalten und entscheiden zu können.“ Aber das ist es nicht in erster Linie, warum sie ihre Zeit in die Kommunalpolitik investiert. Man müsse „auch innerlich spüren, dass man eine Liebe für die Sache empfindet.“

Politik als Dienstleistung

Ein aktuelles Projekt der engagierten Kommunalpolitikerin ist die Einrichtung eines Jugendbeirates, um auf diese Weise mehr Jugendliche einzubinden und für die Belange der Kommune zu interessieren. Auch gegen dieses Vorhaben wurden zunächst zahlreiche Bedenken vorgebracht: ob solch ein Beirat wirklich umzusetzen sei, ob die Kosten nicht zu hoch seien, ob die Jugendlichen sich überhaupt motivieren ließen, mitzumachen.

Patricia Peill entschied sich, den Jugendlichen ganz konkret zu zeigen, „welche Faszination Teilhabe haben kann“ – und sie bei ihren Themen abzuholen. Sie schrieb einen Fotowettbewerb aus, ging in Schulen und Vereine und verteilte dort Wegwerfkameras. Die Jugendlichen sollten Kollagen machen, Fotos von Dingen, die sie in ihrer Kommune gut oder schlecht fanden. Die Kollagen wurden anschließend auf einer öffentlichen Veranstaltung gezeigt, alle ortsansässigen Parteien waren dazu eingeladen worden. Die Präsentation der Jugendlichen funktionierte wie eine Art „Augenöffner“, sagt die Kommunalpolitikerin zufrieden: „Es zeigte, wie gut die Jugendlichen ihre Gemeinde kennen, was sie Schönes sehen: die Wegekreuze, den Wald, die

Spielplätze, die Kirche, das Rathaus. Allen ging plötzlich das Herz auf.“ Aber auch die Missstände, welche die jungen Fotografen festhielten, z.B. nicht reparierte Bolzplätze und eine fehlende Sitzbank, wurden ernst genommen. Beide Seiten profitierten von der Aktion: Die Gemeinde sah, dass die Schwelle zur Politik bei den Jugendlichen nicht unüberwindbar ist und die Jugendlichen sahen, dass Engagement etwas bewirken kann.

Damit war der Weg frei für die Umsetzung des Jugendbeirats. Demnächst wird dieser seine Arbeit aufnehmen.

Der Ansatz, eng an den Bedürfnissen der Bevölkerung zu bleiben, ist typisch für die politische Arbeitsweise von Patricia Peill. Sie ist von ihrer grundsätzlichen Einstellung getragen, Politik als Dienstleistung zu verstehen: „Ich würde gerne zu den Menschen kommen und fragen, was sie brauchen.“

Warum sie mit vielem, was sie antreibt, erfolgreich ist, schreibt sie ihrer Fähigkeit zu, sich „kreative Systeme“ zu überlegen und bei Meinungsverschiedenheiten integrativ zu wirken. Zudem macht sie eine gewisse Gelassenheit und Ausdauer dafür verantwortlich. Vor allem durch die Tätigkeit in der Landwirtschaft hätte sie „die Gesetze der Langsamkeit“ kennen gelernt. Sie hat dort erfahren, dass Erfolge nicht immer in ihrer Macht liegen, sondern oft von „Sonne, Regen und Wetter“ abhängig sind; dass man dagegen nichts tun könne und manchmal einfach abwarten müsse, bis sich das Wetter ändert.

Sinnvoll gefüllte Leerlaufphasen

Fragt man Patricia Peill, wie sie ihre Erwerbstätigkeit in zwei unterschiedlichen Branchen, die politische Arbeit, die Gremientätigkeit und ihre Familie unter einen Hut bekommt, dann erhält man zunächst die verblüffende Antwort:



Auf den Feldern des landwirtschaftlichen Betriebs der Familie.



Beraterin, Gemeinderätin und Landwirtin – Patricia Peill ist in jeder Rolle souverän.

„Ich finde es für meine eigene Persönlichkeit schöner, wenn die Leerlaufphasen, die man ansonsten hätte, sinnvoll gefüllt werden.“

Was andere als Stress und mangelnde Zeitressourcen empfinden, ist für Patricia Peill eine Frage von Organisation und Strukturierung. Sie hat diese Fähigkeiten früh gelernt, hat im Jugendalter Verantwortung für ihre Geschwister übernehmen müssen, da ihr Vater früh gestorben war. Im Alter von 14 Jahren hat sie bereits den Haushalt geführt und ist gleichzeitig zur Schule gegangen. Als ihre eigenen Kinder kleiner waren, hatte sie das Glück, dass die vor Ort wohnende Schwiegermutter eingesprungen ist. Und es gab viele Jahre ein Aupairmädchen.

Das Familienleben ist so organisiert, dass es feste Zeiten gibt, zu denen sich die Familie trifft. Das sind beispielsweise die gemeinsamen Mahlzeiten, das Frühstück um halb sieben Uhr morgens. Da hält man sich auch nicht mit Problemen und erzieherischen Maßnahmen auf, sondern genießt das Zusammensein. Morgenmuffel gäbe es in ihrer Familie allerdings keine, das dürfte sich auch keiner leisten, erklärt Patricia Peill mit einem Schmunzeln.

Die richtigen Themen und der richtige Zeitpunkt

Die Frage, warum es oftmals schwierig ist, Frauen für eine kommunalpolitische Tätigkeit zu gewinnen, beschäftigt sie zunehmend. Inzwischen findet sie es beinahe schade, dass das Thema bei ihr erst vergleichsweise spät ins Bewusstsein rückte. Patricia Peill hat Weitblick genug um zu sehen, dass die Lebensrealität vieler, vor allem der jüngeren Frauen, fragmentiert ist und dass es den Frauen längst nicht mehr nur um Familienthemen geht. Ihrem Ansatz, wie mehr Frauen für die Politik zu gewinnen sind, hat sie eine kreative Bezeichnung gegeben: „Wir müssen atmende Systeme schaffen.“

Dabei lässt sie sich von zwei Grundgedanken leiten: Zum einen sei es sinnvoll, die Frauen da abzuholen, wo sie sich gerne einbringen möchten. Zum anderen müsse man generationenspezifisch vorgehen: die sehr jungen Frauen hätten vielleicht noch keine explizit politischen Themen und Interessen. Aber man könne sie „über ihre Ideale abholen“ und ihnen anbieten, sich zum Beispiel in Arbeitskreisen auszutauschen. Ältere Frauen wären zwar oft sehr motiviert, hätten aber häufig Hemmschwellen, seien es nicht gewohnt, in der Öffentlichkeit zu wirken. Bei diesen gelte es vor allem, Ängste abzubauen und das Selbstbewusstsein zu stärken. Mit diesem Ansatz hat sie bereits begonnen, ein Projekt zur Mitgliederwerbung bei den Frauen in ihrer Kommune zu entwickeln.

Patricia Peill möchte so „die Statik aus dem politischen System nehmen“, es dynamischer gestalten, um die jeweiligen Lebenswirklichkeiten und Bedürfnisse der Menschen in das System „hineinatmen“ zu lassen.

Europa – das Ende der Treppe?

Für ihre Zukunft in der Politik hat Patricia Peill konkrete Pläne: Sie hat sich für die nächste Europa-Wahl aufstellen lassen, weil in ihrem Bezirk ein entsprechender Listenplatz frei wurde. Würde sie gewählt werden, zöge das einige Veränderungen nach sich. Sie wäre dann Berufspolitikerin, müsste ihren Job kündigen und wäre die Hälfte der Zeit in Brüssel. Die Familie unterstützt ihr Vorhaben, sie ziehen mit ihr an einem Strang. Anders, sagt sie, ginge es auch nicht.

Das, was sie antreibt bei ihrer EU-Kandidatur, ist wieder eine Vision. Sie möchte ihr Herzensthema Jugend im europäischen Rahmen verorten und den Jugendlichen Europa näher bringen. Denn Europa sei so weit weg und überhaupt nicht transparent für die jungen Menschen. Wie eine Lösung aussehen könnte –

auch dafür hat sie bereits an einem „kreativen System“ gebastelt.

Die besondere Mischung aus reflektiertem Weitblick, gesundem Pragmatismus, anpackendem Elan und aus dem Mut, Visionen zu haben, macht Patricia Peill zu einer sehr überzeugenden Politikerin. Man kann sich sofort vorstellen, mit welchem Schwung und Ideenreichtum sie versuchen wird, den jungen Menschen Europa nahe zu bringen – und dass es ihr vielleicht sogar gelingen wird.

Und fast schon möchte man ihren eventuellen Erfolg bei den Europa-Wahlen bedauern. Denn in Nörvenich und in der Kommunalpolitik würde sie auf jeden Fall eine Lücke hinterlassen.

Andrea Wenzl





Kommunalpolitisches Glossar
Ansprechpartner
Literaturtipps
Quellenverzeichnis

[i] Kommunalpolitisches Glossar

- Ausschüsse** sind die Arbeitseinheiten innerhalb der **kommunalen Volksvertretung (>)**. Sie sind jeweils für spezifische kommunalpolitische Themen zuständig. Typischerweise gibt es in Kommunen Ausschüsse zu den Themen Finanzen, Verwaltung, Gesundheit, Jugend, Familie, Soziales, Wirtschaft, Technik, Schule, Kultur, Sport, Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Verkehr. Beratende Ausschüsse führen Vorberatungen zu den Entscheidungen der **kommunalen Volksvertretung (>)** durch und sprechen Empfehlungen zur Beschlussfassung aus. *Beschließende Ausschüsse* sind darüber hinaus befugt, Entscheidungen im Namen der **kommunalen Volksvertretung (>)** zu treffen. Jedes Ratsmitglied arbeitet je nach Fachkompetenz und Interesse in der Regel in mehreren Ausschüssen mit. In den Ausschüssen sind alle **Fraktionen (>)** vertreten. Die zahlenmäßige Zusammensetzung der Ausschüsse entspricht der Mandatsverteilung in der **kommunalen Volksvertretung (>)**. Ein Ausschuss wird in der Regel von einem/einer Ausschussvorsitzenden geleitet.
- Ältestenrat** berät den/die **(Ober-)Bürgermeister/in (>)** in nicht-öffentlicher Sitzung zu aktuellen kommunalpolitischen Angelegenheiten der Stadt oder Gemeinde sowie zur Tagesordnung der Ratsversammlung. Der Ältestenrat besteht aus den Fraktionsvorsitzenden der in der **kommunalen Volksvertretung (>)** vertretenen Fraktionen und wird von dem/der **(Ober-)Bürgermeister/in (>)** geleitet.
- Anträge** sind die Basis, auf deren Grundlage kommunalpolitische Entscheidungen getroffen werden. Politische Anliegen einzelner Ratsmitglieder bzw. einer **Fraktion (>)** werden in Form von Anträgen formuliert und zur Abstimmung in die Ratsversammlung eingebracht. Wird ein Antrag von der **kommunalen Volksver-**

tretung (>) befürwortet, wird die **kommunale Verwaltung (>)** mit der Umsetzung der politischen Entscheidung beauftragt.

Bürgermeister/in ist das Oberhaupt einer Gemeinde oder Stadt. Je nach Einwohnerzahl ist das Amt des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin ein **Ehrenamt (>)** oder ein **Hauptamt (>)**. In größeren Städten gibt es mehrere Bürgermeister/innen, die einem/einer **Oberbürgermeister/in (>)** beigeordnet sind. Die Aufgaben, Entscheidungsbefugnisse und Details zur Wahl des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin unterscheiden sich zwischen den Bundesländern und sind in der Kommunalverfassung der jeweiligen Landesgesetzgebung festgeschrieben. Allen Bürgermeister/innen gemein ist die Aufgabe, die **kommunale Verwaltung (>)** zu leiten und die Stadt oder Gemeinde rechtlich nach außen zu vertreten. Sie sitzen der **kommunalen Volksvertretung (>)** vor und sind damit berechtigt und verpflichtet, die Beschlüsse der Ratsversammlung vorzubereiten, zu überprüfen und umzusetzen. Als Spitze von **kommunaler Verwaltung (>)** und **kommunaler Volksvertretung (>)** sind Bürgermeister/innen zentral für die Vermittlung und Zusammenarbeit zwischen Administration und Politik.

Bürgerbeteiligung ist die Basis des kommunalen Gemeinwesens. Auch ohne politisches Mandat für die **kommunale Volksvertretung (>)** können Bürger/innen kommunales Leben mitgestalten, indem sie sich informieren, ihren Willen bekunden und an Entscheidungen mitwirken.

Sich informieren: Öffentliche Bekanntmachungen, Bürgerversammlungen und die Teilnahme an den Ratsversammlungen und öffentlichen Ausschusssitzungen im Rathaus sind nicht nur Angebote, sondern verfasstes Recht der Bürger/innen auf Information. Bürger/innen können ihre gewählten kommunalen Volksvertreter/innen dort in Aktion erleben und sich von den aktuell anstehenden Alltagsthemen in der Kommune ein Bild machen. Termine werden in der Tageszeitung

bekannt gegeben oder können im Rathaus erfragt werden. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

Willen bekunden: Zivilgesellschaftliche Organisationen, politische Parteien und nicht-parteiliche Gruppierungen diskutieren die Probleme der Kommune und tragen mit Hilfe der Medien zu Meinungsbildung und Lösungsvorschlägen bei. Aber auch unabhängig von einer Mitgliedschaft in Vereinen und Parteien können Bürger/innen ihre Anregungen und Beschwerden an die **kommunale Volksvertretung (>)** richten. Sie können Petitionen und Einwohneranträge formulieren sowie an Anhörungen und Fragestunden teilnehmen. Bürgerbegehren und Bürgerentscheide sind neue, demokratische Instrumente der Bürger/innen. Mit ihnen kann die Änderung von Beschlüssen der **kommunalen Volksvertretung (>)** herbeigeführt werden.

Mitentscheiden: Zivilgesellschaftliche Organisationen sind zwar einflussreiche kommunalpolitische Akteur/innen, Entscheidungen aber werden in der **kommunalen Volksvertretung (>)** getroffen. Gewählte kommunale Mandatsträger/innen regeln die Belange der Kommune. **Kommunalwahlen (>)** sind wichtig, um mitzubestimmen, wer in der eigenen Stadt oder Gemeinde Entscheidungen trifft. Aber auch Personen ohne Mandat können als **Sachkundige/r Bürger/in (>)** oder **Sachkundige/r Einwohner/in (>)** ernannt werden, um in **Ausschüssen (>)** und **Fachbeiräten (>)** Mandatsträger/innen zu beraten. In ausgewählten Bundesländern haben die Bürger/innen einer Kommune außerdem die Möglichkeit, den/die **Bürgermeister/in (>)** vor Ende der Amtsperiode abzuwählen.

Fachbeiräte sind von der **kommunalen Volksvertretung (>)** gebildete Gremien, die die **kommunale Verwaltung (>)** und die **Ausschüsse (>)** in speziellen Fragen beraten.

Direktwahl ist der übliche Wahlmodus des **(Ober-)Bürgermeisters/der (Ober-)Bürgermeisterin (>)**. Die Gemeinde- und Stadtoberhäupter werden in allgemeiner, freier, gleicher und geheimer Wahl durch die wahlberechtigte Bevölkerung nach den Grundsätzen des Mehrheitswahlrechts bestimmt. Wahlrechtliche Details wie Amtszeiten, notwendige Mehrheiten, Stichwahlen, passives Wahlalter und Möglichkeiten der Abwahl werden in den Kommunalverfassungen der jeweiligen Landesgesetzgebung unterschiedlich geregelt.

Ehrenämter und Hauptämter hängen von der kommunalpolitischen Funktion ab. Die Ausübung eines kommunalpolitischen Mandats in der **kommunalen Volksvertretung (>)** ist ein unbezahltes Ehrenamt. Ratsmitglieder bekommen jedoch Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder. Mit diesen finanziellen Leistungen werden der Zeitaufwand, der ggf. damit verbundene Dienstausschluss sowie die sonstigen Auslagen, die ihnen durch die kommunalpolitische Tätigkeit entstehen, abgegolten. Die Höhe dieser Leistungen variiert je nach Kommune, Bundesland und kommunalpolitischer Funktion. Je nach Einwohnerzahl der Kommune ist das Amt **des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin (>)** ein Ehrenamt oder ein bezahltes Hauptamt. **Landräte/innen (>)** und **Oberbürgermeister/innen (>)** sind bezahlte kommunalpolitische Hauptämter, die mit dem Status einer politischen Wahlbeamtin als Vollzeittätigkeit ausgeübt werden.

Fraktionen sind die politischen Gruppierungen, die in der **kommunalen Volksvertretung (>)** vertreten sind. Damit eine politische Gruppierung den Fraktionsstatus erhält, ist in der Regel eine Mindestzahl von gewählten Abgeordneten aus der Gruppierung notwendig. Einzelne Abgeordnete, die keinen Fraktionsstatus haben, können sich per Gaststatus anderen Fraktionen anschließen und damit ihre Chance, Mehrheiten für eigene politische Anliegen zu bekommen, erhöhen. Auf kommunaler Ebene sind Fraktionen nicht zwangsläufig mit politischen Parteien gleichzusetzen.

Auch nicht-parteiliche Gruppierungen, wie z. B. **Freie Wählergruppen** (>), können bei entsprechenden Wählerstimmen eine Fraktion in der **kommunalen Volksvertretung** (>) stellen. Geleitet wird eine Fraktion in der Regel von einem/einer Fraktionsvorsitzenden.

Freie Wählergruppen sind nicht-parteiliche Gruppierungen, die ihre politischen Interessen außerhalb von Parteipolitik durchsetzen wollen. Anders als in der Landes- und Bundespolitik können auch Personen ohne Parteizugehörigkeit als Abgeordnete in die **kommunale Volksvertretung** (>) gewählt werden. Mit etwa 40 Prozent der Mandate in kommunalen Volksvertretungen sind die Freien Wähler in Baden-Württemberg, Bayern und Schleswig-Holstein besonders einflussreich.

Kommunale Aufgaben sind Aufgaben der staatlichen Daseinsvorsorge, die nicht von Bund und Ländern geleistet werden, sondern von den Kommunen selbst. Rund 80 Prozent aller Angelegenheiten, die Bürger in Kontakt zu Behörden bringen, werden in kommunaler Selbstverwaltung erledigt. Die kommunale Selbstverwaltungsgarantie ist in Artikel 28 des Grundgesetzes und in den Landesverfassungen als Recht von Kommunen festgeschrieben, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Das Selbstverwaltungsrecht umfasst das Recht,

- Personal auszuwählen, anzustellen, zu befördern und zu entlassen (Personalhoheit)
- die Verwaltungsorganisation selbst zu gestalten (Organisationshoheit)
- Bauleitpläne (Flächennutzungs- und Bebauungspläne) in eigener Verantwortung aufzustellen, um das Gemeindegebiet zu ordnen und zu gestalten (Planungshoheit)
- kommunale Satzungen zu erlassen (Rechtsetzungshoheit)
- die Einnahmen- und Ausgabenwirtschaft eigenverantwortlich zu regeln (Finanz- und Steuerhoheit).

Neben den freiwilligen Aufgaben, die jede Kommune selbständig für sich definiert, gibt es verfassungsrechtlich festgeschriebene Pflichtaufgaben zu bewältigen. Beschlüsse und Gesetze des Bundes und des jeweiligen Bundeslandes müssen an den Bedarf und an die Möglichkeiten der Kommune angepasst werden. Zu den Pflichtaufgaben einer Kommune zählen, ein Grundniveau an Infrastruktur, Dienst- und Sozialleistungen bereitzustellen, die kommunale Sicherheit durch Feuerwehr und Polizei zu gewährleisten sowie die Gemeinde- bzw. Stadtgestaltung voranzutreiben.

Kommunale Gebietskörper- schaften

sind geographisch eingegrenzte kommunale Strukturen. Dazu gehören die Kommunen, die nach Gemeinden und Städten untergliedert sind, sowie Landkreise.

Die derzeit 313 Landkreise bestehen aus kreisangehörigen *Gemeinden*. Der Verwaltungsumfang und die Verwaltungsstruktur der Gemeinden und ihre Anzahl sind je nach Landkreis unterschiedlich und reichen beispielsweise von 6 Gemeinden im Landkreis Ammerland in Niedersachsen bis zu 235 Gemeinden im Eifelkreis Bitburg-Prüm in Rheinland-Pfalz. Nicht alle Gemeinden haben eine eigene Verwaltung, sondern haben sich zur Erledigung ihrer Verwaltungsgeschäfte zu Verwaltungsgemeinschaften unterhalb der Kreisebene zusammengeschlossen. Je nach Bundesland haben diese unterschiedliche Kompetenzen und Bezeichnungen (z. B. „Samtgemeinden“ in Niedersachsen).

Je nach Einwohnerzahl, deren Schwellen je nach Bundesland unterschiedlich hoch festgelegt sind und von 20.000 Einwohnern in Baden-Württemberg bis zu 60.000 Einwohner/innen in Rheinland-Pfalz reichen, werden Gemeinden zu *Städten*. Städte gehören je nach Einwohnerzahl drei Kategorien an: Kleinstadt, Mittelstadt und Großstadt. Zudem werden sie – je nach Zugehörigkeit zu einem Landkreis – in kreisangehörige und kreisfreie Städte unterschieden. Kreisfreie Städte erledigen neben den

einer Gemeinde und Stadt übertragenen Aufgaben auch die Aufgaben eines Landkreises. Der/die **(Ober-)Bürgermeister/in (>)** einer kreisfreien Stadt steht mindestens auf der gleichen Hierarchiestufe wie ein Landrat. In der Regel sind kreisfreie Städte Großstädte (mit mehr als 100.000 Einwohnern) oder größere Mittelstädte. Die kleinste kreisfreie Stadt ist Zweibrücken in Rheinland-Pfalz mit 35.000 Einwohnern; die größte ist München mit 1,3 Millionen Einwohnern. Berlin, Bremen und Hamburg sind als Stadtstaaten Sonderfälle kreisfreier Städte.

Kommunale Verwaltung ist neben der gewählten **kommunalen Volksvertretung (>)** das zweite Organ der kommunalen Selbstverwaltung innerhalb der **kommunalen Gebietskörperschaften (>)**. Der/die Chef/in der Gemeinde- oder Stadtverwaltung ist in der Regel die/der **(Ober-) Bürgermeister/in (>)**. Die kommunale Verwaltung besteht aus Dezernaten oder Ämtern, die jeweils für spezifische kommunalpolitische Themen zuständig sind (z. B. Baudezernat, Einwohnermelde- oder Jugendamt).

Kommunale Volksvertretungen sind die demokratisch gewählten kommunalen Parlamente innerhalb der **kommunalen Gebietskörperschaften (>)**. Gemeinde- und Stadtrat bzw. der Kreistag sind neben der **kommunalen Verwaltung (>)** die zweiten Organe kommunaler Selbstverwaltung. Die genauen Bezeichnungen der kommunalen Volksvertretung in Städten und Gemeinden unterscheidet sich zwischen und innerhalb von Bundesländern: u. a. „Bürgerschaft“ in Hansestädten in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern oder „Gemeindevertretung“ bzw. „Stadtverordnetenversammlung“ und „Stadtvertretung“ in Hessen. Die kommunalen Mandatsträger/innen werden als Gemeinderät/innen oder Stadträt/innen (in Bayern „Gemeinderatsmitglieder“ bzw. „Stadtratsmitglieder“) bezeichnet. Die Gemeinde- und Stadträt/innen kommen in der Regel in monatlichen Abständen zu Ratsversammlungen zusammen und stimmen über **Anträge (>)** zu aktuellen kommunalen Belangen ab.

Das demokratisch gewählte Parlament des Landkreises und damit sein Hauptorgan ist der Kreistag. Er setzt sich aus den gewählten Kreisrät/innen bzw. Kreistagsmitgliedern zusammen. Pflichtausschüsse des Kreistages sind in der Regel der Kreisausschuss, der Rechnungsprüfungsausschuss und der Jugendhilfeausschuss; weitere Ausschüsse können je nach Themenbedarf zusätzlich gebildet werden.

Jede kommunale Volksvertretung regelt die Prinzipien ihrer Zusammenarbeit in einer Hauptsatzung. Sie besteht aus **Fraktionen (>)** und arbeitet in Form von **Ausschüssen (>)** und **Fachbeiräten (>)**. Je nach Größe, Standort und Finanzlage engagiert sich die kommunale Volksvertretung im Rahmen ihrer **kommunalen Aufgaben (>)** für Anliegen, die das Leben in der Kommune attraktiver machen sollen: ob Dorfverschönerung, Wirtschaftsförderung, Jugendprojekte für Migrant/innen, der Bau eines Krankenhauses, Busverkehr, ein neuer Straßenna-me oder die Öffnungszeiten des Schwimmbades.

Die Mitgliedschaft in einer politischen Partei oder **Freien Wählergruppe (>)** erhöht die Chancen auf ein politisches Mandat in der **kommunalen Volksvertretung (>)**, ist in der Kommunalpolitik aber nicht zwingend erforderlich. Spätestens ein Jahr vor den **Kommunalwahlen (>)** werden Kandidat/innen gesucht und Wahllistenplätze vergeben. Listenplätze bestimmen die Reihenfolge, nach der Mandate für die **kommunale Volksvertretung (>)** vergeben werden, je nachdem wie viele Wählerstimmen die politische Partei oder nicht-parteiliche Gruppierung erlangt hat.

Kommunalwahlen erfüllen den Verfassungsauftrag nach Artikel 28 des Grundgesetzes, nach dem die Landkreise, Städte und Gemeinden eine Volksvertretung wählen müssen. **Kommunale Volksvertretungen (>)** werden wie Parlamente nach den Grundsätzen der allgemeinen, freien, geheimen, gleichen und unmittelbaren

Wahl bestimmt. Die Wahl der **kommunalen Volksvertretungen** (>) wird durch die Gesetzgebung des jeweiligen Bundeslandes geregelt. Die Wahlperioden variieren zwischen vier und sieben Jahren.

Das aktive Wahlrecht wird in einigen Bundesländern schon ab 16 Jahren gewährt. Die deutsche oder die EU-Staatsbürgerschaft berechtigen zum aktiven und passiven Wahlrecht auf kommunaler Ebene.

Kumulieren und Panaschieren sind zwei unterschiedliche kommunale Wahlverfahren, die in der Kommunalverfassung der jeweiligen Landesgesetzgebung festgeschrieben sind. Kumulieren (lateinisch *cumulus*) oder auch „Häufeln“, bedeutet, dass man demselben Kandidaten/derselben Kandidatin mehrere Stimmen geben kann. Panaschieren (französisch *panacher*) oder auch „Mischen“ bezeichnet die Möglichkeit, seine Stimmen auf Kandidat/innen verschiedener Listen zu verteilen.

Landrat/Landrätin ist das Oberhaupt eines Landkreises, das die Kreisverwaltung bzw. das Landratsamt leitet und in der Regel dem Kreistag vorsitzt. In den meisten Bundesländern hat der Landrat/die Landrätin den Status eines Wahlbeamten/einer Wahlbeamtin und ist als solche/r an die Weisungen der staatlichen Mittel- und Oberbehörden gebunden. Der Landrat/die Landrätin führt mit Unterstützung der Verwaltung die Beschlüsse des Kreistages aus und vertritt den Landkreis nach außen.

Oberbürgermeister/in ist das Oberhaupt in größeren Städten (kreisfreie Städte, große Kreisstädte, große selbständige Städte, Mittelstädte bzw. große kreisangehörige Städte). Neben dem/der Oberbürgermeister/in gibt es in der Regel einen oder mehrere untergeordnete **Bürgermeister/innen** (>) sowie für spezielle Themen zuständige Dezerent/innen. Aufgaben, Entscheidungsbefugnisse und Details zur Wahl des Oberbürgermeisters/der Oberbürgermeisterin sind in

der Kommunalverfassung des jeweiligen Bundeslandes geregelt.

Sachkundige/r Bürger/in und Sachkundige/r Einwohner/in sind Personen, die von der **kommunalen Volksvertretung (>)** in die **Ausschüsse (>)** und **Fachbeiräte (>)** berufen werden. Sie haben kein politisches Mandat, sind also keine gewählten kommunalen Mandatsträger/innen. Sie beraten in **Ausschüssen (>)** und **Fachbeiräten (>)** kommunale Mandatsträger/innen in ihren Entscheidungen, sind jedoch selbst von einer Abstimmung ausgeschlossen. Sachkundige Bürger/innen müssen das passive Wahlrecht für die **kommunale Volksvertretung (>)** besitzen. Sachkundige Einwohner/innen unterscheiden sich von den Sachkundigen Bürger/innen darin, dass sie nicht die deutsche oder EU-Staatsbürgerschaft haben. Die Anzahl der Sachkundigen Bürger/innen bzw. Einwohner/innen im jeweiligen Gremium muss unter der Anzahl kommunaler Mandatsträger/innen liegen.

[i] Ansprechpartner

Wer sich kommunalpolitisch engagieren möchte, sollte vor Ort mit dem Kennenlernen der kommunalpolitischen Landschaft beginnen. Einerseits bietet jedes Rathaus Informationen zu öffentlichen kommunalpolitischen Veranstaltungen, an denen man als Bürger/in teilnehmen kann.

Andererseits haben die politischen Parteien in jeder Gemeinde oder Stadt Ortsvereine. Mehr Informationen zu den parteipolitischen Ortsverbänden in der eigenen Kommune befinden sich auf den jeweiligen Websites der politischen Parteien.

Wer sich allgemein und regionenunabhängig über Kommunalpolitik informieren möchte, sollte sich an die kommunalpolitischen Abteilungen oder die Frauenorganisationen der politischen Parteien wenden oder die kommunalpolitischen Einheiten der politischen Stiftungen kontaktieren.

Bündnis 90/ Die Grünen

- Grüne Kommunalpolitische Vereinigungen in den Bundesländern
www.kommunale-info.de/index.html?/web/890.htm
- Bundesfrauenrat
www.gruene.de/cms/partei/rubrik/0/186.bundesfrauenrat.htm
- Kommunalpolitische Infothek der Heinrich-Böll-Stiftung
www.kommunale-info.de

CDU

- Kommunalpolitische Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPV)
www.kpv.de
- Frauenunion
www.frauenunion.de

- Arbeitskreis Kommunalpolitik der Konrad-Adenauer-Stiftung
www.kas.de/wf/de/71.5734

- CSU**
- Kommunalpolitische Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPV)
www.kpv.de
 - Frauenunion Bayern
www.fu-bayern.de
 - Referat Kommunalpolitik der Hanns-Seidel-Stiftung
www.hss.de/1727.shtml

- Die Linke**
- Bundesarbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik und parlamentarische Arbeit
www.die-linke.de/index.php?id=710
 - Linke Sozialistische Arbeitsgemeinschaft der Frauen in der Partei
www.lisa-frauen.de
 - Kommunalakademie der Rosa-Luxemburg-Stiftung
www.kommunalakademie.rosalux.de

- FDP**
- Bundesvereinigung liberaler Kommunalpolitiker (VLK)
www.vlk-bundesverband.de
 - Bundesvereinigung Liberale Frauen
www.liberale-frauen.de
 - Themenschwerpunkt „Freiheit und Bürgergesellschaft“ der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
www.fnst-freiheit.org/webcom/show_article.php/_c-419/line-320/_nr-4/_p-2/i.html

- SPD**
- Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK)
www.bundes-sgk.de
 - Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen
www.asf.de
 - Kommunalakademie der Friedrich-Ebert-Stiftung
www.fes-kommunales.de

Wer sich parteiunabhängig kommunalpolitisch orientieren möchte, sollte sich an den Bundesverband bzw. die Landesverbände der Freien Wähler Deutschland wenden.

**Freie Wähler
Deutschland**

- Bundesverband Freie Wähler Deutschland
www.fw-bayern.de/deutschland/home
- Landesverbände Freie Wähler Deutschland
www.fw-bayern.de/deutschland/links
- Bildungswerke der Landesverbände
www.fw-bayern.de/deutschland/bundesverband/bildungswerke

[i] Literaturtipps

Kommunalpolitik allgemein

Die ausgewählte Literatur führt in die Grundlagen der Kommunalpolitik ein und gibt für Kommunalpolitiker/innen wie für interessierte Laien einen umfassenden Überblick über die Strukturen, Aufgabenbereiche und Organe der Kommunalpolitik und über den Beruf des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin.

Bertelsmann-Stiftung / Deutscher Städtetag / Deutscher Städte- und Gemeindebund (2008): Beruf Bürgermeister/in. Eine Bestandsaufnahme für Deutschland, download unter: http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_23926_23927_2.pdf (Zugriff am 12.08.08).

Gisevius, Wolfgang (1999): Leitfaden durch die Kommunalpolitik, Bonn.

Kösters, Winfried / Osner, Andreas (Hg.) (2008): Handbuch Kommunalpolitik – Das politische Mandat professionell gestalten, Berlin.

Osner, Andreas (Hg.) (2005): Personalentwicklung in der Politik. Kommunale Mandatsträger qualifizieren. Politischen Nachwuchs fördern, Gütersloh.

Frauen in der (Kommunal-)Politik

Die ausgewählte Literatur umfasst allgemeine Studien zur Partizipation von Frauen auf unterschiedlichen politischen Ebenen sowie empirische (Regional-)Studien zur Beteiligung von Frauen in den Kommunalvertretungen.

Foster, Helga / Lukoschat, Helga / Schaeffer-Hegel, Barbara (2000): Die ganze Demokratie. Zur Professionalisierung von Frauen für die Politik, 2. Aufl., Herbolzheim.

Geißel, Brigitte (1999): Politikerinnen – Politisierung und Partizipation auf kommunaler Ebene, Opladen.

Hoecker, Beate (2008): 50 Jahre Frauen in der Politik. Späte Erfolge, aber nicht am Ziel, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 24/2008.

Holuscha, Annette (1999): Frauen und Kommunalpolitik. Kommunalpolitische Partizipation von Frauen in Baden-Württemberg am Beispiel der Stadt Ludwigsburg, Konstanz.

Horstkötter, Marianne (1989): Frauen in der Kommunalpolitik. Einflussfaktoren auf die politische Partizipation von Frauen in kommunalen Räten – Eine Regionalstudie, Frankfurt am Main.

Scholz, Anja (2004): Oberbürgermeisterinnen in Deutschland – Zum Erfolg weiblicher Führungspersönlichkeiten, Wiesbaden.

[i] Quellenverzeichnis

Bertelsmann-Stiftung / Deutscher Städtetag / Deutscher Städte- und Gemeindebund (2008): Beruf Bürgermeister/in. Eine Bestandsaufnahme für Deutschland, download unter: http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_23926_23927_2.pdf (Zugriff am 12.08.08).

Bogumil, Jörg / Heinelt, Hubert (Hg.) (2005): Bürgermeister in Deutschland – Politikwissenschaftliche Studien zu direkt gewählten Bürgermeistern, Wiesbaden.

Erichsen, Hans-Uwe (1999): Kommunale Selbstverwaltung und staatliche Organisationsvorgaben, Köln.

Foster, Helga / Lukoschat, Helga / Schaeffer-Hegel, Barbara (2000): Die ganze Demokratie. Zur Professionalisierung von Frauen für die Politik, 2. Aufl., Herbolzheim.

Geißel, Brigitte (1999): Politikerinnen – Politisierung und Partizipation auf kommunaler Ebene, Opladen.

Gisevius, Wolfgang (1999): Leitfaden durch die Kommunalpolitik, Bonn.

Holuscha, Annette (1999): Frauen und Kommunalpolitik. Kommunalpolitische Partizipation von Frauen in Baden-Württemberg am Beispiel der Stadt Ludwigsburg, Konstanz.

Osner, Andreas (2008): Profil eines idealen Ratsmitglieds:
Die „Eier legende Wollmilchsau“ – Wie müssen ehrenamtliche
Politiker(innen) sein? Was müssen sie können? in: Handbuch
Kommunalpolitik – Das politische Mandat professionell gestalten,
Berlin.

Waechter, Kay (1997): Kommunalrecht, Köln.

[i] Autorinnen, Fotograf und Gestaltung

Konzeption und Redaktion Die EAF | Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft ist eine unabhängige und gemeinnützige Organisation mit Sitz in Berlin. Seit 1996 engagiert sich die EAF für eine Gesellschaft, in der Frauen und Männer ihre Potenziale entfalten und Karriere mit Kindern vereinbaren können. Mit Careerbuilding-Angeboten, Organisationsberatung, Studien und Analysen sowie Projekten im Bereich Kommunikation unterstützt die EAF Politik, Wirtschaft und Verwaltung bei der Umsetzung von Chancengleichheit, Führungskräfteentwicklung, Diversity Management und Work-Life-Balance.

Autorinnen **Uta Kletzing** leitet den Bereich Politik und Verwaltung an der EAF. Sie ist Arbeits- und Organisationspsychologin und Absolventin eines Master of Public Policy.

Lydia Leipert arbeitet als freie Journalistin für Print, Radio und Fernsehen in Berlin.

Dr. Helga Lukoschat, Politikwissenschaftlerin, ist Vorstandsmitglied und Geschäftsführerin der EAF sowie Geschäftsführerin der EAF-Tochter Femtec. Hochschulkarrierezentrum für Frauen Berlin GmbH.

Andrea Wenzl ist Sozialwissenschaftlerin und als wissenschaftliche Projektmitarbeiterin an der EAF tätig.

Fotograf **Bernd Hartung** arbeitet in Berlin und weltweit als freier Fotograf mit den Arbeitsschwerpunkten Reportagen und Porträts.

Gestaltung **KALUZA + SCHMID** steht für die Entwicklung und Gestaltung von anspruchsvollen, klaren und zeitgemäßen Lösungen in den Bereichen Grafik- und Eventdesign. Das Büro für Gestaltung wurde 2002 von Martin Schmid und Steffen Kaluza in Berlin gegründet.

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung;
sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Herausgeber:

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
11018 Berlin
Internet: www.bmfsfj.de

Konzeption und Redaktion:

EAF | Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft Berlin
Schumannstr. 5
10117 Berlin
Internet: www.eaf-berlin.de

Bezugsstelle:

Publikationsversand der Bundesregierung
Postfach 4810 09
18132 Rostock
Tel.: 0 18 05 / 77 80 90*
Fax.: 0 18 05 / 77 80 94*
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
Internet: www.bmfsfj.de

Stand:

August 2008

Fotografie:

Bernd Hartung

Gestaltung:

KALUZA+SCHMID GmbH, Berlin

Druck:

DruckVogt GmbH, Berlin

Für weitere Fragen nutzen Sie unser
Servicetelefon: 0 18 01 / 90 70 50**
Fax: 0 30 18 / 5 55 44 00
Montag bis Donnerstag 9–18 Uhr
E-Mail: info@bmfsfj-service.bund.de

* jeder Anruf kostet 14 Cent pro Minute aus dem deutschen Festnetz, abweichende Preise aus den Mobilfunknetzen möglich

** nur Anrufe aus dem Festnetz, 3,9 Cent pro angefangene Minute